



Geschäftsbericht
der DGB-Kreis Region
Köln-Leverkusen-Erft
1997 bis 2001



Stand: 30. Juli 2001

Impressum: DGB-Kreis Region Köln-Leverkusen-Erft
Hans-Böckler-Platz 9
50672 Köln

Druck: Graphik & Druck, Dieter Lippmann
Wissmannstr. 30
50823 Köln

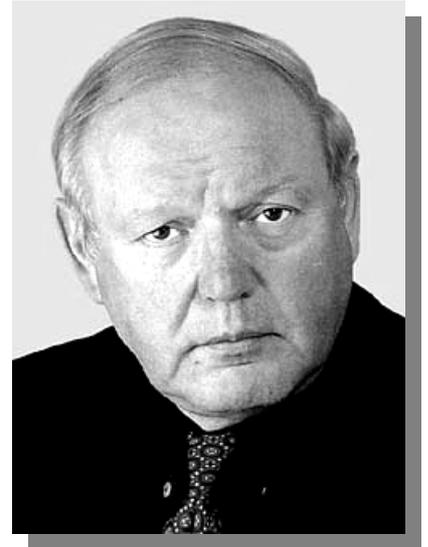
Geschäftsbericht
der DGB-Kreis Region
Köln-Leverkusen-Erft
1997 bis 2001

Inhaltsverzeichnis

01. Vorwort	7
02. Kreisvorstand.....	9
2.1. Zusammensetzung des DGB-Kreisvorstandes	13
2.2. Hauptberufliche Mitarbeiter im DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft.....	14
03. Personengruppenausschüsse	15
04. Einleitung zum Bericht	17
05. Arbeit der Ortskartelle	19
5.1. Ortskartell Bedburg.....	20
5.2. Ortskartell Bergheim.....	20
5.3. Ortskartell Brühl.....	21
5.4. Ortskartell Elsdorf	21
5.5. Ortskartell Erftstadt.....	22
5.6. Ortskartell Frechen	22
5.7. Ortskartell Hürth	23
5.8. Ortskartell Kerpen.....	23
5.9. Ortskartell Leverkusen.....	24
5.10. Ortskartell Wesseling.....	25
06. Aktionen und Konferenzen.....	27
6.1. Maiveranstaltungen 1997-2001	27
6.2. Kampagne zur Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes (2001)	29
6.3. Wehrmachtsausstellung (1999)	30
6.4. Doppelte Staatsbürgerschaft (1999)	31
6.5. Demonstrationen / Bündnisse gegen Rechts	31
6.6. 150 Jahre Märzrevolution (1998)	32
6.7. Arbeitskreise mit Arbeitgebern Köln.....	33
6.8. Kommunalwahl.....	34
6.9. Kundgebung „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (1998)	35
6.10. Kampagne gegen den geplanten Verkauf von GAG und Grubo (2001)	36

07. Handwerkskammer und Innung	37
08. Arbeitsmarktpolitik.....	39
09. Berufliche Bildung	41
9.1. Berufsbildungsausschuss der IHK zu Köln.....	41
9.2. Ausbildungsplatzsituation / Ausbildungskonsens	42
10. Ausländische Arbeitnehmer	43
11. Frauenarbeit	44
12. Seniorenarbeit	45
13. Sozialwahlen 1999.....	46
14. Öffentlichkeitsarbeit.....	47
15. Kommunalpolitik	48
16. Wirtschafts- und Regionalpolitik.....	49
17. Bildungsarbeit	50
17.1. Bildungsarbeit durch Arbeit und Leben	50
17.2. Bildungsarbeit mit dem DGB-Bildungswerk NRW e.V.	51
18. Radioclub / Radiowerkstatt.....	52
19. Jugendarbeit.....	54
19.1. Gremienarbeit	54
19.2. Bildungsarbeit	57
19.3. Jugendverbandsarbeit	59
19.4. Jugendcafe	60
19.5. DGB-Jugend NRW	61
20. DGB-Vertretungen in Institutionen und Vereinen	63
21. DGB-Haus / VTG	71
22. Mitgliederstand.....	73
23. Haushalt.....	77
24. Dokumentationen	81

01. Vorwort



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Vorstand des DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft legt euch den Geschäftsbericht für die Zeit von September 1997 bis September 2001 vor.

Die Arbeit des Vorstandes des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft war in den letzten vier Jahren hauptsächlich von zwei Aspekten geprägt:

Zum Ersten stand die soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Mittelpunkt der Arbeit des Vorstandes. Zum Zweiten gab es tiefgehende organisatorische Veränderungen im DGB-Kreis sowie bei den Mitgliedsgewerkschaften. Dieser Veränderungsprozess hält an. Zur Zeit bildet sich die neue Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Dazu gehört auch, dass der DGB-Kreis mit der Kreiskonferenz um den Rheinisch-Bergischen Kreis erweitert wird. Es wird in den nächsten vier Jahren Aufgabe des Kreisvorstandes sein, den neu hinzukommenden Bereich der Kolleginnen und Kollegen aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis in die Arbeit des DGB-Kreises zu integrieren.

Trotz dieser fortdauernden politischen, sozialen, wirtschaftlichen und organisatorischen Veränderungsprozesse ist es uns gelungen, Kontinuität in der Arbeit beizubehalten.

Ich möchte im Namen des DGB-Kreisvorstandes den Mitgliedsgewerkschaften, ihren Funktionären sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DGB für ihren Einsatz herzlich danken. Da ich mich nach 13 Jahren als DGB-Kreisvorsitzender nicht mehr zur Wahl stellen werde, möchte ich mich auch persönlich für die solidarische Unterstützung meiner Arbeit bei allen Funktionärinnen und Funktionären der Mitgliedsgewerkschaften, aber insbesondere bei den Mitgliedern des DGB-Kreisvorstandes und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der DGB-Kreisgeschäftsstelle herzlich bedanken.

Konrad Gilges
Kreisvorsitzender

02. Kreisvorstand

Der Kreisvorstand hat im Berichtszeitraum in der Regel an jedem vierten Montag eines Monats, außer in den Ferienzeiten, getagt. Das waren zehn Vorstandssitzungen im Jahr. Insbesondere ist zu begrüßen, dass die Vorsitzenden oder ihre Stellvertreter der Ortskartelle im DGB-Kreis regelmäßig an diesen Sitzungen teilnahmen. Dadurch wurde die Integration der Stadt Leverkusen und des Erftkreises gefördert.

Der Kreisvorstand hat mehrere Stellungnahmen und Aufrufe beschlossen, die sich mit der aktuellen politischen Situation, mit den Entwürfen der Haushaltspläne sowie mit anderen politischen bedeutenden Fragen beschäftigten. Einige dieser Stellungnahmen werden wir im Anhang dokumentieren. Nachfolgend die Auflistung der Stellungnahmen.

- Stellungnahmen in den Jahren **1998, 1999, 2000 und 2001** zu den Haushaltsplanentwürfen der Stadt Köln, der Stadt Leverkusen und des Erftkreises
- Aufruf zu den Personalratswahlen am **28. Februar 2000**
- Wahlaufzur Oberbürgermeisterwahl am **03. September 2000**
- Aufruf zur Ausländerbeiratswahl
- Erklärung des DGB-Kreisvorstandes zur Kurdenfrage mit dem Titel: „Die Kurdenfrage kann nur politisch gelöst werden“
- Stellungnahme zur Erweiterung und Ausbau des Flughafens Köln/Bonn und des Godorfer Hafens
- Spendenaufruf für Corinto / Nicaragua
- Stellungnahme zum Jugendarbeitsschutzgesetz

Diese Stellungnahmen und Aufrufe wurden in der Regel in der Öffentlichkeit beachtet. Hinzu kamen Presseerklärungen und Pressegespräche zu aktuellen politischen und gewerkschaftlichen Fragen.

Der Kreisvorstand hat mehrere Sitzungen außerhalb des DGB-Hauses durchgeführt:

- 16. Februar 1998:** Arbeitsamt Köln
- 23. März 1998:** Stadtparkasse Köln
- 25. Mai 1998:** Rathaus Leverkusen
- 19. April 1999:** Kölner Verkehrsbetriebe
- 23. November 1999:** Kreishaus des Erftkreises (Bergheim)
- 24. Januar 2000:** Innungskrankenkasse Köln Rhein-Sieg

Im Berichtszeitraum fanden mehrere Gespräche mit Vertretern von Institutionen oder gesellschaftspolitischen Vertretern statt. Diese wurden entweder außerhalb des DGB-Hauses oder anlässlich der Kreisvorstandssitzung geführt.

Am **24. November 1997** fand ein Gespräch mit dem Stadtsuperintendenten, Herrn Schick, und dem Superintendenten, Herrn Frey, statt.

Am **16. Februar 1998** fand beim Arbeitsamt Köln ein Gespräch mit den Direktoren der Arbeitsämter Köln, Brühl und Bergisch-Gladbach statt.

Am **23. Februar 1998** fand bei der Stadtparkasse Köln ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Stadtparkasse, Herrn Gustav Adolf Schröder, statt.

Am **25. Mai 1998** fand ein Gespräch mit den Wirtschaftsdezernaten und den Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Stadt Köln, der Stadt Leverkusen und des Erftkreises im Rathaus in Leverkusen statt.

Am **12. November 1998** fand ein Gespräch mit dem katholischen Bischof des Erzbistums Köln, Herrn Melzer, im DGB-Haus statt.

Am **19. April 1999** fand ein Gespräch mit dem Aufsichtsrat und dem Betriebsrat der Kölner Verkehrsbetriebe bei den Kölner Verkehrsbetrieben statt.

Am **23. November 1999** fand ein Gespräch mit dem Kölner Schul- und Weiterbildungsdezernenten, Herrn Henseler, sowie mit dem Dezernenten des Erftkreises, Herrn Hoffmann, im Kreishaus Bergheim statt.

Am **28. Februar 2000** hat der Polizeipräsident, Herr Klaus Steffenhagen, ein Gespräch mit dem DGB-Kreisvorstand geführt.

Am **27. März 2000** fand ein Gespräch mit Vertretern des Katholikenausschusses statt.

Der Kreisvorstand hat diese Gespräche vor- und nachbereitet. Zum Teil wurden über diese Gespräche gemeinsame Pressemitteilungen veröffentlicht.

Der Kreisvorstand hat zu seinen Sitzungen Experten eingeladen, um bestimmte Schwerpunktthemen ausgiebig zu beraten.

Am **25. Oktober 1999** fand ein Gespräch mit den „Arbeitgebern Köln“ statt.

Am **23. November 1999** wurde der Kollege Max Beier, Mitglied des Vorstandes der GEW, eingeladen, um über die „Agenda 2000“ zu berichten.

Am **27. März 2000** hat die Kollegin Ulrike Komp, örtliche Leiterin der DGB-Rechtsschutz-GmbH, über die Arbeit der Rechtsschutz-GmbH berichtet.

Am **23. Oktober 2000** hat Herr Ministerialdirektor Georg Recht, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, den Mitgliedern des Kreisvorstandes das Rentenkonzept der Bundesregierung erläutert.

Nachdem sich die kommunalpolitischen Mehrheitsverhältnisse während des Berichtszeitraum im DGB-Kreis grundlegend verändert haben, hat der Kreisvorstand beschlossen, mit den neu gewählten Oberbürgermeistern und dem Landrat des Erftkreises Gespräche zu führen.

Am **22. Januar 2001** fand das Gespräch im DGB-Haus mit dem Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Herrn Paul Hebbel, statt.

Am **07. Mai 2001** fand das Gespräch mit dem Landrat des Erftkreises, Herrn Werner Stump, im DGB-Haus statt.

Am **24. September 2001** ist ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Köln, Herrn Fritz Schramma, vereinbart.

Der Kreisvorstand hat sich im Berichtszeitraum mit Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen beschäftigt. Nachfolgend eine Auswahl:

- Veranstaltungen zur Bundestagswahl 1998 und Unterstützung der Kampagne des Bundesvorstandes
- Veranstaltungen zur Kommunalwahl und zur Wahl des Oberbürgermeisters
- Aktivitäten zu den Sozialwahlen 1999
- Veranstaltung des DGB zur Wehrmachtsausstellung
- Teilnahme an der Demonstration des DGB am 12. September 1998 in Dortmund
- Veranstaltungen zur Berufsorientierung gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und dem Arbeitsamt Köln
- Kampagne zur Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes in 2001

Der Kreisvorstand hat sich im Berichtszeitraum der Tradition der gewerkschaftlichen Bewegung verpflichtet gefühlt. Aus diesem Grund hat er mehrere Veranstaltungen durchgeführt, die der Traditionspflege dienen und die gewerkschaftliche Geschichte im Bewusstsein der Kolleginnen und Kollegen erhalten sollten.

- 1) 1998 war der 150. Jahrestag der Revolution von 1848. Dieses Jahr war auch das Gründungsjahr des „1. Kölner Arbeitervereins“ mit dem ersten Vorsitzenden, Andreas Gottschalk. Im Rahmen dieses Erinnerungsjahres fanden statt: a) eine Ringvorlesung an der Kölner Universität; b) eine Veranstaltung am Gründungsort des Arbeitervereins, dem Gürzenich und c) die Restaurierung der Grabstätte von Andreas Gottschalk durch den DGB-Kreis und die Industriegewerkschaft BAU.
- 2) Am 16. Februar 2001 fand anlässlich des 50. Todestages von Hans Böckler auf dem Melatenfriedhof eine Feierstunde und Kranzniederlegung mit dem DGB-Bundesvorsitzenden, Dieter Schulte, und dem Oberbürgermeister der Stadt Köln, Fritz Schramma, statt. Zur Zeit bemüht sich der Kreisvorstand darum, dass eine Erinnerungsplakette am ehemaligen Wohnhaus von Hans Böckler in Köln-Bickendorf, Akazienweg, angebracht wird.

- 3) Anlässlich der Wiederkehr des Gründungskongresses des DGB vor über 50 Jahren hat der DGB-Kreisvorstand im Oktober 2000 zu einem Jahresempfang geladen. An diesem Jahresempfang haben teilgenommen der Kreisvorstand, die Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Vertreter von Institutionen, Arbeitsamt, Arbeitsgericht usw.. Der Kreisvorstand hat beschlossen, auch in den nächsten Jahren anlässlich des Gründungskongresses des DGB zu einem Jahresempfang einzuladen.

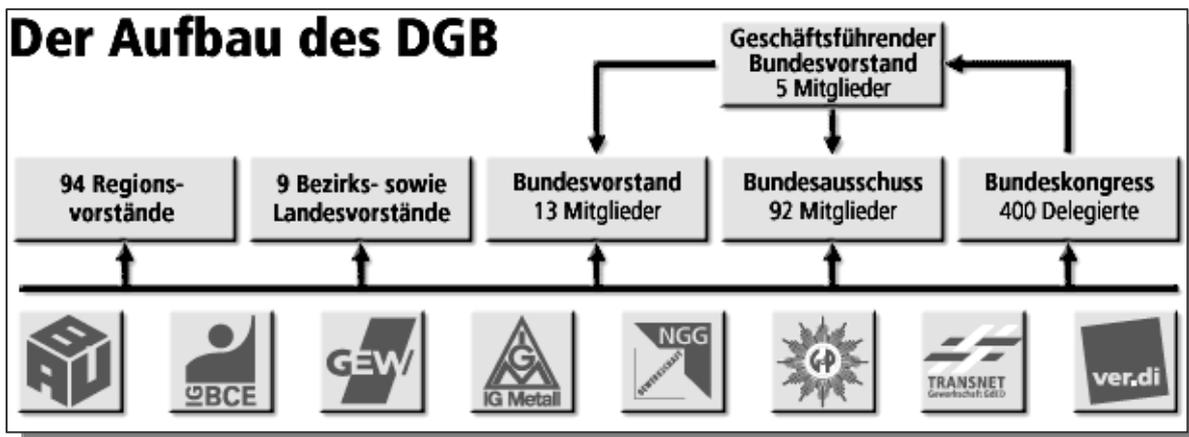
Der DGB hat sich an der Kulturaktion Köln/Liverpool beteiligt und dabei unter anderem eine Fotoausstellung unter dem Titel: „Arbeiterstadt Liverpool“ organisiert.

Der DGB-Kreisvorstand hat sich im Berichtszeitraum mit der Vorbereitung und Organisation der 1. Mai-Veranstaltungen 1998, 1999, 2000 und 2001 in der Stadt Köln, im Erftkreis und in der Stadt Leverkusen beschäftigt.

Ähnliches gilt für den „Internationalen Frauentag“ für die Jahre 1998, 1999, 2000 und 2001.

Der Kreisvorstand hat sich regelmäßig mit nachfolgenden Themen beschäftigt:

- Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern Köln,
- Tarifaueinandersetzung,
- Rechtsradikalismus,
- Arbeitsmarktlage,
- Benennung von Vertretern in Verbänden und Organisationen,
- Regio Rheinland,
- Bezirksplanungsrat sowie der Strukturpolitik,
- verkehrspolitische Fragestellungen
- und zum Letzten mit der DGB-Jugendarbeit.



Quelle: <http://www.dgb.de>

2.1. Zusammensetzung des DGB-Kreisvorstandes

Kreisvorsitzender: Konrad Gilges IG BAU

Stimmberechtigte Mitglieder des Kreisvorstandes:

Helmut Kaiser	IG BCE
Ernst Schwarzenberg	IG Metall
Heinrich Arnolds	ÖTV / ver.di

Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften im DGB-Kreisvorstand:

	Vertreter/in	Stellvertreter/in
IG BAU	Wilhelm Schmitz (vormals Bruno Sujata)	Thomas Schicktanz (vormals Markus Schroer)
IG BE	Peter Kühnen (bis Oktober 1997)	Gernot Broy (bis Oktober 1997)
IG BCE	Gerd Hengsberger	Hans-Joachim Gerloff
Transnet, GdED	Wilfried Otten	Willi Becker Herbert Büttner
GEW	Karl-Josef Hermann (vormals N. Gatzen-Stadter)	NN (vormals Max Beier)
HBV	Berndt Petri	Rolf Claes (vormals Volker Sprink)
GHK	Hans-Josef Langela (bis Ende 1999)	Klaus Bauer (bis Ende 1999)
IG Medien	Dieter Haas (vormals Bernd Fiegler)	Manfred Krings (vormals Dieter Haas)
IG Metall	Dr. Witich Roßmann (vormals Theo Röhrig)	Karl Reuber
NGG	Ernst Busch	Hendrik Zuidema
ÖTV	Peter Meyer	Walter Büchner (vormals Franz Corneth)
GdP	Reinhard Soll	Stefan Bauer, Horst Schweitzer
DPG	Heinz Mattar (vormals Peter Zimmermann und Friedrich Caspers)	Friedrich Caspers (vormals Heinz Mattar und Peter Zimmermann)
ver.di	Karl-Heinz Müller (ab Mai 2001)	Peter Densborn (ab Mai 2001)

Beratende Mitglieder:

Vera Hartmann Wilms, Vorsitzende des Kreis-Frauenausschusses, HBV / ver.di
Stellvertreterin: Hermine Knoth, ÖTV / ver.di

Fred Balsam, Vorsitzender Kommission Handwerk, IG Metall
Stellvertreter: Hans Mühling, IG BAU

Kamel Üresin, Vorsitzender Kommission Ausländer, IG Metall
Stellvertreter: Salman Kemal, IG Metall und Ates Süleyman, GEW

Vorsitzende der Ortskartelle, die als Gäste zur DGB-Kreisvorstandssitzung eingeladen werden:

Philipp Appelt	Ortskartell Bedburg
Heinrich Arnolds	Ortskartell Bergheim
Helmut Roll	Ortskartell Brühl
Peter Ruhnke	Ortskartell Elsdorf
Horst Schulz	Ortskartell Erftstadt
Herbert Weiß	Ortskartell Frechen
Heinz Mau	Ortskartell Hürth
Wilfried Adach	Ortskartell Kerpen
Heinz Odendahl	Ortskartell Leverkusen
Hubert Wanner	Ortskartell Wesseling

Revisoren:

Günter Kobiolka	IG BCE
Karl Reuber	IG Metall
Matthias Liese (ausgeschieden)	ÖTV / ver.di

2.2. Hauptberufliche Mitarbeiter im DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft

Jochen Naumann	Organisationssekretär
Ralf Woelk	Jugendbildungsreferent (ausgeschieden 01/2000)
Jörg Mährle	Jugendbildungsreferent (ab 04/2000)
Helma Krebs	Kassiererin (ausgeschieden 06/1999)
Veronika Höch	Sekretärin des Organisationssekretärs
Gisela Langner	Sekretärin des Kreisvorsitzenden und ab 07/1999 Kassiererin

03. Personengruppenausschüsse

DGB-Kreis-Frauenausschuss:

Vorsitzende:	Vera Hartmann-Wilms	HBV / ver.di
Stellvertreterin:	Hermine Knoth	ÖTV / ver.di
2. Stellvertreterin:	Christa Lier	IG Metall
Anzahl der Mitglieder:	16	

DGB-Kreis-Jugendausschuss: Existiert nicht mehr

Kommission Ausländer:

Vorsitzender:	Kamil Üresin	IG Metall
Stellvertreter:	Süleymann Ates	GEW
Anzahl der Mitglieder	15	

Kommission Handwerk:

Vorsitzender:	Fred Balsam	IG Metall
Stellvertreter:	Hans Mühling	IG BAU
Anzahl der Mitglieder:	11	

Radioclub Böcklerplatz:

Vorsitzender:	Gerd Diefenthaler	GdP
Stellvertreter:	Willi Wilden	IG Metall
Stellvertreterin:	Waltraud Brandt	ÖTV / ver.di
Anzahl der Mitglieder:	19	

04. Einleitung zum Bericht

Im Berichtszeitraum von 1997 bis 2001 fand in der Bundesrepublik und im DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft ein politischer Wandel statt. Die konservativ-liberale Bundesregierung unter Helmut Kohl wurde durch eine rot-grüne Regierung unter Führung von Gerhard Schröder abgelöst. Nach den Kommunalwahlen im Herbst 1999 haben sich im DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft grundlegend die Mehrheitsverhältnisse verändert. Die Oberbürgermeister von Köln und Leverkusen sowie der Landrat des Erftkreises werden durch die CDU gestellt. In den Stadt-, Gemeinde- und Kreisparlamenten hat in der Regel die CDU entweder eine absolute Mehrheit oder ist der bestimmende kommunalpolitische Faktor. Diese Veränderungen haben Auswirkungen nicht nur auf die politische, gesamtgesellschaftliche Entwicklung sondern auch auf die konkrete Lebenslage der Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften.

Mit der Änderung der Mehrheitsverhältnisse in Berlin ist die Hoffnung einhergegangen, dass die Deregulierungspolitik der Kohl-Regierung in der rechtlichen und sozialen Stellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beendet wird (Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, Kündigungsschutzgesetzgebung, erhöhte Beitragsleistung für Sozialversicherungen usw.). Die neue Bundesregierung hat auch wie versprochen im ersten Jahr ihrer Regierungszeit durch die sogenannten Korrekturgesetze (Verbesserung des Kündigungsschutzes, Wiederherstellung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Regulierung der 630 DM-Arbeitsverhältnisse und der Scheinselbstständigkeit usw.) ihre Versprechungen gegenüber den Arbeitnehmern eingehalten. Der Gradmesser für eine soziale Politik der neuen Regierung bleibt aber die Entwicklung der Arbeitsmarktlage.

Die Arbeitsmarktlage in Köln, in Leverkusen und im Erftkreis hat sich seit 1997 positiv entwickelt:

	Mai 1997		Mai 2001	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Arbeitsamt Köln	58.326	14,3	50.752	11,7
Arbeitsamt Bergisch Gladbach	31.442	10,7	26.924	8,7
Arbeitsamt Brühl	21.457	8,6	19.808	7,4

Arbeitslose im Berichtsmonat Mai
Quelle: Arbeitsamt

Der DGB-Kreisvorstand hält es aber nach wie vor für notwendig, dass die Mittel des Eingliederungstitels schwerpunktmäßig für die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingesetzt werden. Es ist zunehmend festzustellen, dass es eine Spaltung

des Qualifikationsangebotes und des Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt gibt. Diese Spaltung zwischen Angebot und Nachfrage muss mit verbesserter Qualifikation schon im vorberuflichen Bereich, d.h. in der schulischen Bildung und in der Erstausbildung, aber auch in der Fort- und Weiterbildung überwunden werden.

Die Entwicklung des Industriesektors in der Kölner Region war auch im Berichtszeitraum nicht frei von Krisen. Große Unternehmen der Elektro- und Metallindustrie wie KHD, heute Deutz-AG, F&G sowie die Firma Ford haben diese krisenhafte Entwicklung noch nicht ganz überstanden. Im Chemiesektor sind zu nennen die Entwicklung bei der Firma Clouth und im Chemiapark Knapsack. Auch dem Baugewerbe ist es nicht gelungen, die Krise zu überwinden. Die Ursachen hierfür waren aber teilweise „hausgemacht“. Die Unternehmen haben selber mit der Entlassung von einheimischen Fachkräften und der Beauftragung von Subunternehmen die Baupreise zerstört. Sie haben damit den Imageverlust im Bauhandwerker zu verantworten und leiden nun an einem Mangel qualifizierter Handwerker.

Die Annahme, dass die Industrie in den letzten Jahren erheblich an Basis verloren hat, kann in diesem Zusammenhang aber nicht aufrecht erhalten werden. In einer neueren Untersuchung der IHK Köln und Düsseldorf wird nachgewiesen, dass die Verschiebung von industrieller Produktion zum Dienstleistungsbereich geringer war, als bisher angenommen wurde. Durch Outsourcing und Aufspaltung von Betriebsteilen fand vielmehr ein organisatorischer bzw. formaler Wechsel vom industriellen Bereich zum Dienstleistungsbereich statt.

Der Groß- und Einzelhandel hat im Berichtszeitraum immer wieder versucht - und es ist ihm mit Unterstützung der kommunalen Parlamente leider auch gelungen - das Ladenschlussgesetz rechtswidrig zu interpretieren, um die Öffnungszeiten an Samstagen, aber insbesondere an Sonntagen durchzusetzen. Proteste der zuständigen Gewerkschaften sind bei der Mehrheit der kommunalpolitischen Repräsentanten auf wenig Resonanz gestoßen. Der Kreisvorstand sah sich daher veranlasst, in einem Schreiben an den zuständigen Arbeitsminister des Landes NRW zu protestieren.

Nach wie vor unterliegt die Wirtschaft in der Kölner Region tiefen Veränderungen. Nicht nur der Verlust von Arbeitsplätzen im produzierenden und wertschöpfenden Bereich schreitet fort, sondern auch im Dienstleistungsgewerbe gibt es einen zunehmenden Rationalisierungsdruck. Diese Veränderungen erfordern von den Gewerkschaften flexible Reaktionen, damit der relativ hohe Organisationsgrad, den es in der Kölner Region gibt, auch künftig aufrecht erhalten werden kann.

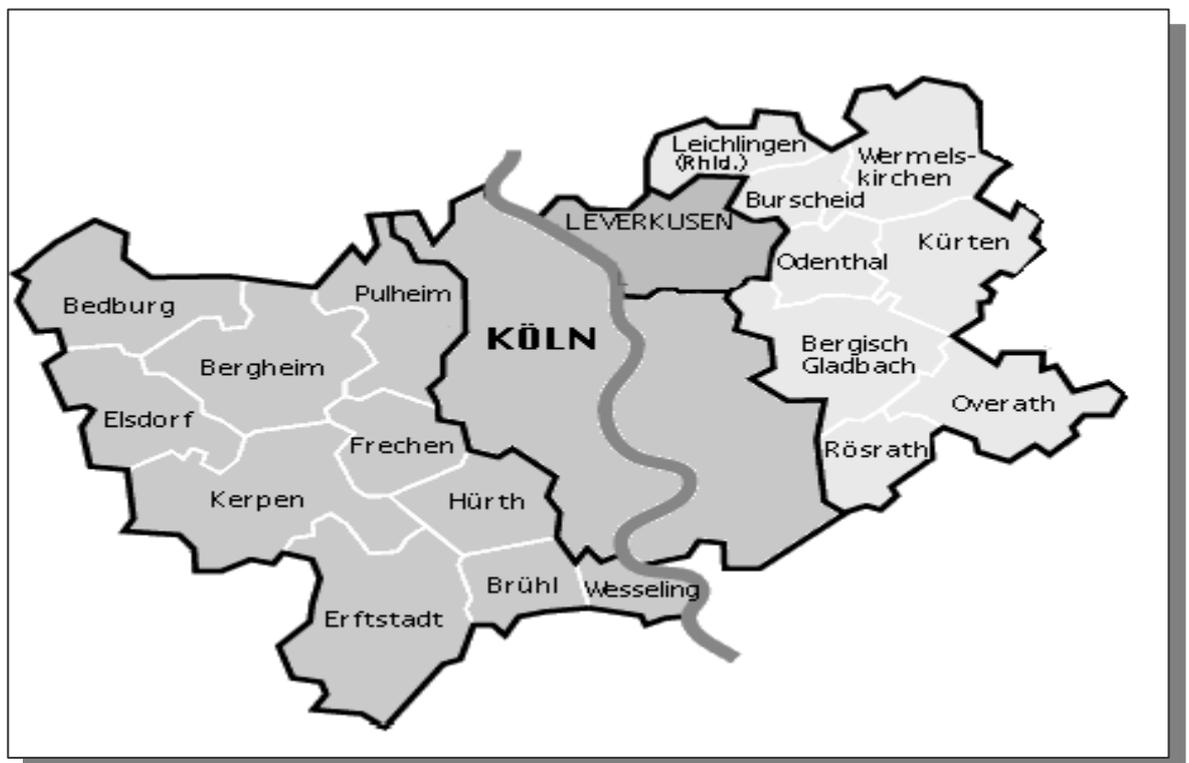
Der Kreisvorstand kommt bei der Beurteilung seiner Arbeit trotz tiefgehender wirtschaftlicher, sozialer und organisatorischer Veränderungen zu einer positiven Bilanzierung. Es ist gelungen, insbesondere den Mitgliedsgewerkschaften, auf die veränderten Bedingungen einzugehen. Aus diesem Grunde erwarten wir eine positive Entwicklung auch in Zukunft für die Gewerkschaften im DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft.

05. Arbeit der Ortskartelle

In der Ortskartellarbeit wird gewerkschaftliches Wirken für den Einzelnen sichtbar und praktisch erfahrbar. Ortskartelle haben die Aufgabe - abhängig von der örtlichen Situation - die Gewerkschaften in der jeweiligen Kommune darzustellen und zu unterstützen. Insbesondere sollen sie gewerkschaftliche Interessen gegenüber den kommunalen Parlamenten, Behörden und gesellschaftlich relevanten Kräften vertreten.

Aufgrund der sehr weiten Ausdehnung des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft und der sehr unterschiedlichen Gewichtungen der Kommunalpolitik in den Städten und Gemeinden von Leverkusen und dem Erftkreis kommt der Arbeit der Ortskartelle eine hohe Bedeutung zu. Die Ortskartellvorsitzenden nehmen daher mit beratender Stimme an den Kreisvorstandssitzungen teil.

Die Arbeit in den Ortskartellen ist ehrenamtlich. Die in den Ortskartellen tätigen Kolleginnen und Kollegen sind auch in Funktionen ihrer Einzelgewerkschaft verankert. Die für die Ortskartellarbeit notwendige Verwaltungsarbeit wird durch die DGB-Kreisgeschäftsstelle in Köln erledigt.



DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft + Rhein.Berg.

5.1. Ortskartell Bedburg

Die letzte Delegiertenversammlung im Ortskartell Bedburg fand am 31. Oktober 1995 statt. Neben den Beisitzern wurden gewählt als

Vorsitzender: Philipp Appelt, Lamersend 16 a, 50181 Bedburg, ÖTV / ver.di
Stellvertreter: Reiner Franz, Friedrich-Ebert-Straße 62, 50181 Bedburg, IG BCE.
Schriftführer: Rolf Kaltenhäuser, Steifensandstr. 10, 50181 Bedburg, ÖTV / ver.di

In den Ortskartellvorstandssitzungen wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Tagebau Garzweiler
- Abschaffung der kommunalen Doppelspitze in Bedburg
- Haushaltssituation in Bedburg
- Tarifsituation
- DGB-Reform
- Bedburger Arbeitsmarktbericht
- 1. Mai.

Im Berichtszeitraum fand ein Gespräch mit den Spitzen der Stadt Bedburg statt. Ebenso fand eine Betriebsbesichtigung des Wasserwerkes statt.

5.2. Ortskartell Bergheim

Die letzte Delegiertenversammlung im Ortskartell Bergheim fand am 21. März 1995 statt. Neben den Beisitzern wurden gewählt als

Vorsitzender: Hubert Rogge, Dieselstr, 3, 50126 Bergheim, ÖTV / ver.di; seit
01.12.1997: Heinrich Arnolds, Ursulastr. 12, 50129 Bergheim, ÖTV /
ver.di
Stellvertreter: Hans Schlüßel, Freiheitsstraße 3 a, 50126 Bergheim, IG BCE.
Schriftführer: Peter Hörren, Andersenstraße 17, 50127 Bergheim, IG BCE.

In den Ortskartellvorstandssitzungen wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Durchführung der Mai-Kundgebung 2000
- Sozialwahlen 1999
- Arbeitsmarktbericht für Bergheim
- Situation in den Bergheimer Betrieben
- Arbeitslosenarbeit
- Mitgliederwerbung
- Situation des Anschlußtagebaus Garzweiler II.
- Gesundheitspolitik im Erftkreis
- Vergabep Praxis der Stadt Bergheim
- Tarifsituation

Es fand darüber hinaus ein Gespräch mit dem Bürgermeister, Jürgen Peters, statt. Am 24. November 2000 wurde eine Betriebsbesichtigung des neuen BOA-Kraftwerkes in Niederaußem durchgeführt.

5.3. Ortskartell Brühl

Die letzte Delegiertenversammlung im Ortskartell Brühl fand am 2. Dezember 1996 statt. Neben den Beisitzern wurden gewählt als

Vorsitzender: Helmut Roll, Theismühle 5, 50321 Brühl, IG BCE
Stellvertreter: Wolfgang Skoda, An der Linde 4, 50321 Brühl, ÖTV / ver.di
Schriftführerin: Ingeburg Ahrens, Auf dem Kamm 94, 50321 Brühl, ÖTV / ver.di

In den Ortskartellvorstandssitzungen wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Ausländerpolitik in Brühl
- Arbeitsmarkt in Brühl und dem Erftkreis
- Brühler Verkehrssituation
- Tarifsituation
- 1. Mai
- Bildungsarbeit im Ortskartell Brühl
- Situation der Brühler Betriebe und Verwaltung

Es wurde die Fa. DEA besichtigt. Darüber hinaus wurde eine eigene Infostandaktion in Brühl durchgeführt. Das Brühler Ortskartell nahm an den jährlichen Veranstaltungen der Stadt zum Gedenken an die sogenannte Reichspogromnacht mit reger Beteiligung teil. Der besondere Schwerpunkt des Ortskartells Brühl lag in einer umfangreichen Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit Arbeit und Leben/VHS-Rhein-Erft.

5.4. Ortskartell Elsdorf

Die letzte Delegiertenversammlung im Ortskartell Elsdorf fand am 29.11.1993 statt. Neben den Beisitzern wurden gewählt als

Vorsitzender: Peter Ruhnke, Stadionweg 19 h, 50189 Elsdorf, IG BCE.
Stellvertreter: Fritz Knopf, Prompersweg 3 b, 50189 Elsdorf, ÖTV / ver.di
Schriftführerin: Marianne Freitag, Randerathstr. 8, 50189 Elsdorf, NGG.

In den Ortskartellvorstandssitzungen wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Arbeitsmarktsituation in Elsdorf
- 1. Mai
- Bildungsarbeit im Ortskartell
- Möglichkeiten im Ausländerbeirat der Gemeinde Elsdorf

- Vorstellungen des neuen Beigeordneten der Gemeinde Elsdorf, Johannes Mies
- Wirtschaftsförderung in der Gemeinde Elsdorf.

5.5. Ortskartell Ertstadt

Die letzte Delegiertenversammlung im Ortskartell Ertstadt fand am 28. September 1995 statt. Neben den Beisitzern wurden gewählt als

Vorsitzender: Horst Schulz, von-Leibnitz-Str. 26, 50374 Ertstadt, ÖTV / ver.di
Stellvertreter: Dieter Waschkie, Am Beissel 16, 50374 Ertstadt, IG Metall.

In den Ortskartellvorstandssitzungen wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Gespräch mit Repräsentanten der Stadt Ertstadt
- Berichte aus den Gewerkschaften
- Pflegeversicherung
- Arbeitsmarktsituation in Ertstadt
- Mitgliederwerbung
- Situation von Schwerbehinderten
- 1. Mai
- Bildungsarbeit im Ortskartell
- Arbeit der Fa. START
- Kommunalwahl 1999
- Bündnis für Arbeit

Im Berichtszeitraum fanden Besichtigungen der Firmen Trienekens, DEA und Dom-Sicherheitstechnik statt.

5.6. Ortskartell Frechen

Die letzte Delegiertenversammlung im Ortskartell Frechen fand am 08.06.2000 statt. Neben den Beisitzern wurden gewählt als

Vorsitzender: Herbert Weiß, Winand-Kaiser-Str. 46, 50226 Frechen, IG BCE.
Stellvertreterin: Evelyn Jarosch, Werner-Erkenz-Str. 15 a, 50226 Frechen, GEW.
Schriftführer: Gerhard Meyer, Breslauer Straße 11, 50226 Frechen, IG BCE.

In den Ortskartellvorstandssitzungen wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Arbeitsmarktsituation in Frechen
- Leiharbeitsunternehmen "START"
- Situation zum Anschlussstgebau Garzweiler II.
- Tarifsituation
- Gewerkschaftsarbeit in Frechen

- 1. Mai
- Bildungsarbeit im DGB-Ortskartell
- Zwangsarbeiter in Frechen
- Pflegeversicherung
- Situation der Ausländer in Frechen.

Im Berichtszeitraum fanden Informationsveranstaltungen in der Frechener Innenstadt statt. Im Jahre 1999 wurde eine einwöchige Bildungsurlaubsfahrt in die Partnerstadt Kapfenberg durchgeführt. Es wurden Betriebsbesichtigungen bei den Firmen Vereinigte Steinzeugwerke und Brikettfabrik Wachtberg durchgeführt.

5.7. Ortskartell Hürth

Die letzte Delegiertenversammlung im Ortskartell Hürth fand am 28.10.1997 statt. Neben den Beisitzern wurden gewählt als

Vorsitzender: Heinz Mau, Gustav-Freytag-Straße 40 a, 50354 Hürth, IG BCE
Stellvertreter: Karl-Ernst Forisch, Deutscher Ring 2 50354 Hürth, IG BCE
Schriftführerin: Marlene Daum, Ringstraße 40 a, 50354 Hürth, HBV / ver.di

In den Ortskartellvorstandssitzungen wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Sozialwahlen 1999
- 1. Mai
- Situation in den Hürther Betrieben
- Arbeitsmarktsituation in Hürth
- gesetzliche Krankenversicherung
- Leiharbeitsunternehmen "START"
- Tarifpolitik in Europa
- Altersteilzeit – eine Alternative zum Vorruhestand
- Situation der Mieter; Gespräch mit dem deutschen Mieterbund
- Gespräch mit dem Bürgermeister der Stadt Hürth, Walther Boecker

Ein besonderer Schwerpunkt des Ortskartells Hürth lag in einer umfangreichen Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit Arbeit und Leben/VHS Rhein-Erft. Im Berichtszeitraum fand eine Betriebsbesichtigung der Fa. DEA statt.

5.8. Ortskartell Kerpen

Die letzte Delegiertenversammlung im Ortskartell Kerpen fand am 7.11.1995 statt. Neben den Beisitzern wurden gewählt als

Vorsitzender: Wilfried Adach, Hauptstraße 322, 50169 Kerpen, ÖTV / ver.di
Stellvertreter: Fritz Quadt, Waldweg 11, 50169 Kerpen, IG BCE.
Schriftführer: Bernd Dieter Thelen, Maehnstraße 32, 50171 Kerpen, HBV / ver.di

In den Ortskartellvorstandssitzungen wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Sozialwahlen 1999
- Arbeitsmarktsituation in Kerpen
- Situation in den Kerpener Betrieben und Verwaltungen
- Gespräch mit dem Bürgermeister der Stadt Kerpen, Ralf Valkhysers
- 1. Mai
- Situation um Garzweiler II.
- Gespräch mit Repräsentanten des Ausländerbeirates der Stadt Kerpen
- Situation von RWE/Rheinbraun nach der Fusionierung

Es fand eine Besichtigung der Rettungs- und Feuerwache der Stadt Kerpen und der Bohr- und Wasserwirtschaftsabteilung der Firma Rheinbraun statt. Das DGB-Ortskartell Kerpen hat eine zentrale Mai-Kundgebung durchgeführt.

5.9. Ortskartell Leverkusen

Die letzte Delegiertenversammlung im Ortskartell Leverkusen fand am 21.06.2000 statt. Neben den Beisitzern wurden gewählt:

Vorsitzender: Heinz Odendahl, Auf der Griesse 30, 51371 Leverkusen, ÖTV / ver.di
Stellvertreter: Franz Mayer, Liebigstr. 85, 51373 Leverkusen, IG BCE
Schriftführer: Werner Czaplík, Rotdornallee 21, 51399 Burscheid, IG BCE

In den Ortskartellvorstandssitzungen wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Haushalt der Stadt Leverkusen
- 1. Mai
- Internationaler Frauentag
- Bildungsarbeit im Ortskartell Leverkusen
- Arbeitsmarktsituation in Leverkusen
- Arbeitsförderungsreformgesetz
- Ausbildungsstellensituation in Leverkusen
- Situation an den Schulen in Leverkusen
- Sozialwahlen 1999
- Kommunalwahl 1999
- Arbeit der Fa. JOB-Service
- Beschäftigungsförderung in Leverkusen
- Ehrung von NS-Verfolgten in Leverkusen
- Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen

Ein weiterer Schwerpunkt des Ortskartells Leverkusen lag in einer umfangreichen Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit Arbeit und Leben / VHS-Leverkusen. Es fand eine Betriebsbesichtigung der Fa. AWL statt

5.10. Ortskartell Wesseling

Die letzte Delegiertenversammlung im Ortskartell Wesseling fand am 26. November 1996 statt. Neben den Beisitzern wurden gewählt als

Vorsitzender: Hubert Wanner, Dieselstraße 13, 50389 Wesseling, IG BCE
Stellvertreter: Hans Heider, Westring 28, 50389 Wesseling, ÖTV / ver.di
Schriftführer: Bernd Puth, Liebigstraße 2, 50389 Wesseling, IG BCE

In den Ortskartellvorstandssitzungen wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- 1. Mai
- Tarifsituation
- Situation in den Wesseling Betrieben und Verwaltungen
- Arbeitsmarktsituation in Wesseling
- Sozialwahlen 1999
- Neuregelungen in der GKV
- Podiumsdiskussion mit den Bürgermeisterkandidaten in Wesseling vor der Kommunalwahl 1999.
- Gespräch mit KAB, CDA und AfA Wesseling

Im Berichtszeitraum fanden Infostand-Veranstaltungen in der Wesseling Innerstadt im Vorfeld des 1. Mai statt.

Es fand eine Besichtigung der Firmen DEA-Wesseling, Degussa-Wesseling, GO-Werk Hürth sowie eine Tagebaubefahrung statt.

Ein weiterer Schwerpunkt des OK-Wesseling lag in einer umfangreichen Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit Arbeit und Leben / VHS-Rhein Erft.



Titel des in 1996 beschlossenen Grundsatzprogramms

06. Aktionen und Konferenzen

Nachfolgend stellen wir die im Berichtszeitraum stattgefundenen wichtigsten Aktionen und Konferenzen dar.

6.1. Maiveranstaltungen 1997-2001

Im Berichtszeitraum von 1998 bis 2001 hat der DGB-Kreisvorstand, wie in den Jahren vorher, Mai-Veranstaltungen in Köln, im Erftkreis und in Leverkusen durchgeführt. In jedem Jahr standen die Mai-Veranstaltungen unter einem besonderem Motto:

1998: Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

1999: Neues Handel. Für unser Land

2000: Jetzt aufbrechen: Für mehr Beschäftigung

2001: Zukunft braucht alle Köpfe. Mitbestimmung gewinnt

6.1.1. Köln

An den Mai-Veranstaltungen in Köln nahmen in der Regel über 5.000 Kolleginnen und Kollegen teil. Die Veranstaltungen bestanden aus drei Teilen, der Demonstration, die vom Hans-Böckler-Platz bis zum Alter Markt ging, der Kundgebung, die auf dem Alter Markt stattfand und dem anschließenden Mai-Fest.

Hauptredner der Mai-Veranstaltung 1998 war Michael Geuenich, geschäftsführender DGB-Bundesvorstand.

Hauptrednerin der Mai-Veranstaltung 1999 war Dr. Ursula Engelen-Kefer, stellv. DGB-Bundsvorsitzende.

Hauptredner der Mai-Veranstaltung 2000 war Klaus Wiese, Bundesvorsitzender der IG BAU.

Hauptrednerin der Mai-Veranstaltung 2001 war Ingrid Sehrbrock, geschäftsführender DGB-Bundesvorstand.

6.1.2. Erftkreis

Im Erftkreis fanden im Berichtszeitraum ebenfalls vier Maikundgebungen in Hürth (1998), Frechen (1999), Bergheim (2000) und Kerpen (2001) statt. Die Teilnehmerzahl belief sich zwischen 450 und 600 Personen. Der eigentlichen Maikundgebung ging immer ein Demonstrationzug voraus.

Hauptredner der Mai-Veranstaltung 1998 war Helmut de Jong, Betriebsratsvorsitzender des Tagebaues Garzweiler.

Hauptredner der Mai-Veranstaltung 1999 war Detlef Looz, Bezirksleiter der IG BCE Alsdorf.

Auf der Maikundgebung 2000 fand eine Talk-Runde mit örtlichen Betriebsräten zur Situation der Arbeitnehmer im Erftkreis statt.

Hauptredner der Mai-Veranstaltung 2001 war Norbert Sassenbach, IG BCE Bezirksleitung Nordrhein.

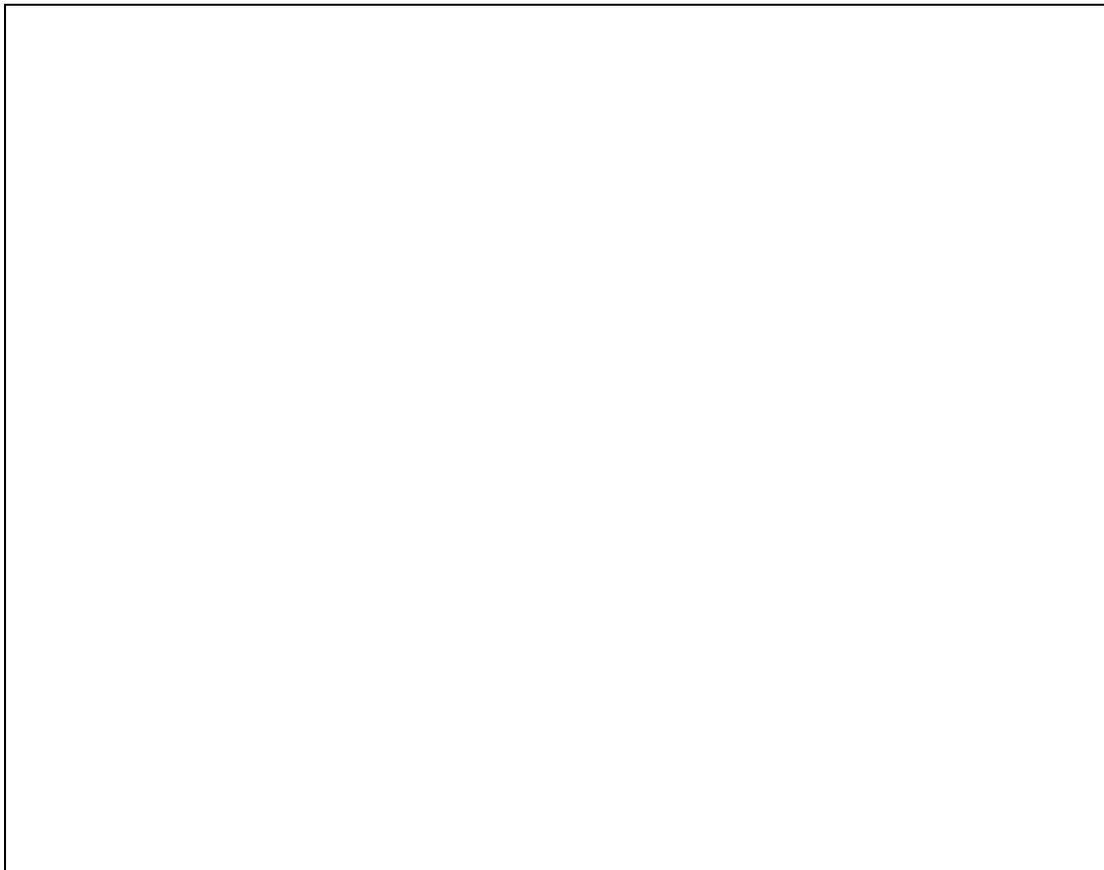
6.1.3. Leverkusen

In Leverkusen fand letztmalig 1998 eine „klassische“ Maikundgebung mit Detlef Fahlbusch, Bezirksleiter der IG BCE Nordrhein, als Hauptredner statt. Auf Grund der objektiv zu geringen Resonanz bei dieser Form der Mai-Veranstaltung hat das DGB-Ortskartell Leverkusen 1999 erstmalig einen Arbeitnehmerempfang ausgerichtet. Dies hat der Bürgermeister der Stadt Leverkusen zum Anlass genommen, ab 2000 gemeinsam mit dem DGB einen Arbeitnehmerempfang durchzuführen.

Der erste gemeinsame Arbeitnehmerempfang fand am 27.04.2000 im Industriemuseum Sensenhammer statt. Hauptredner war der Vorsitzende des DGB-Kreises/Region Köln-Leverkusen-Erft, Konrad Gilges, MdB.

Beim zweiten Arbeitnehmerempfang des Oberbürgermeisters der Stadt Leverkusen und des DGB am 27.04.2001 war Hauptredner der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Herbert Mai.

Kölnischer Stadt-Anzeiger, 27.04.1999



6.2. Kampagne zur Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes (2001)

Die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes wurde im DGB-Kreis mit einer breit angelegten Informationskampagne und einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

Am **31. Januar 2001** fand eine Betriebsrätekonferenz im Hotel Mondial in Köln statt. Referenten waren Ministerialrat Wolfgang Koberski vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Dr. Witich Roßmann, 1. Bevollmächtigter der IG-Metall, Verwaltungsstelle Köln. An der Veranstaltung haben ca. 450 Betriebsräte teilgenommen.

Am **21.04.2001** haben Info-Standaktionen der Gewerkschaften und Ortskartelle an folgenden Orten stattgefunden:

- | | |
|------------------------------|---------------------------|
| - Rudolfplatz | DPG / ver.di |
| - Clodwigplatz | IG-Medien / ver.di |
| - Wallrafplatz | NGG |
| - Hauptbahnhof | Transnet |
| - Heumarkt | IG BAU |
| - Wiener Platz | HBV / ver.di / DGB-Jugend |
| - Fußgängerzone Porz | IG BCE |
| - Fußgängerzone Wiesdorf | OK-Leverkusen |
| - Fußgängerzone Frechen | OK-Frechen |
| - Fußgängerzone Horrem | OK-Kerpen |
| - Einkaufszentrum Hürth-Park | OK-Hürth |

Vom DGB-Kreis/Region Köln-Leverkusen-Erft wurde eine eigene Zeitung mit örtlichen Bezügen zur Betriebsratswahl – Auflagenhöhe 50.000 – erstellt. Diese Zeitungen wurden überwiegend an den Infoständen und am 01. Mai 2001 verteilt.

Im Vorfeld des 1. Mai 2001 wurden 27 Rundfunkspots, die auf die Problematik der Betriebsratswahl hinwiesen und zur Teilnahme an den Maikundgebungen in Köln und Kerpen aufriefen, bei Radio Köln, Radio Leverkusen und Radio Erft gesendet.

Es fanden drei Fachkonferenzen zur Problematik der Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes statt, bei denen die anwesenden Kolleginnen und Kollegen ausführlich über die geplanten Neuerungen informiert wurden:

- **09.05.2001** für Betriebsräte aus Handwerks- sowie Klein- und Mittelbetrieben
- **16.05.2001** für Betriebsräte der Informations- und Telekommunikationsbetriebe
- **21.05.2001** für Betriebsräte aus Großbetrieben



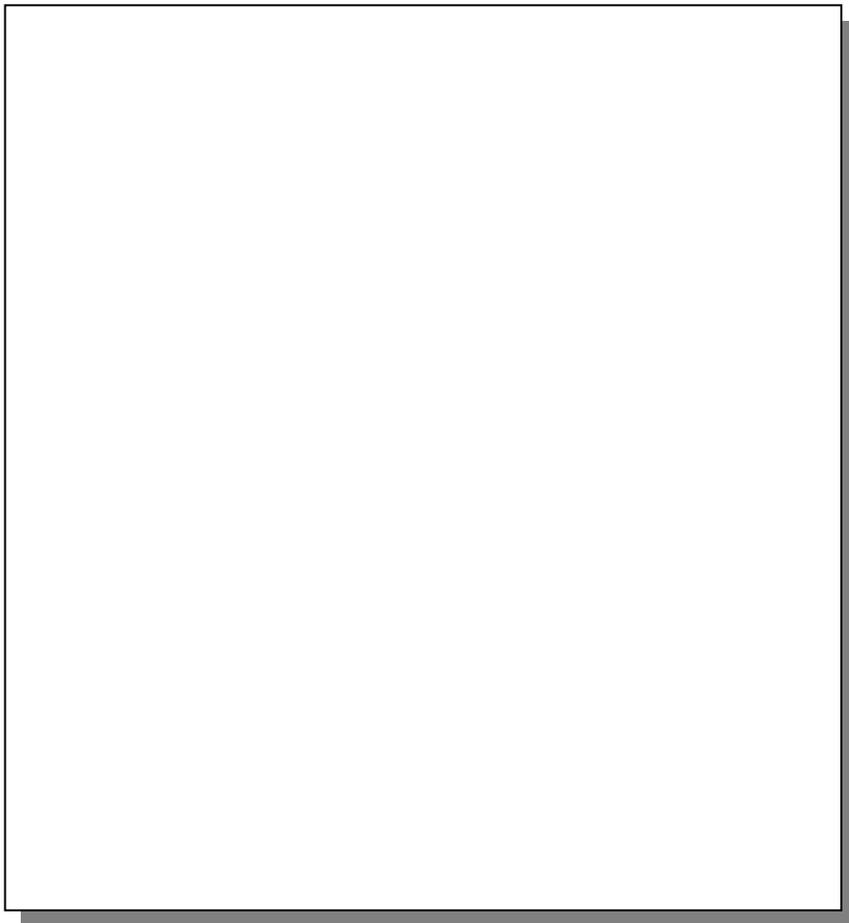
Postkartenmotiv zur Kampagne des DGB-Bundesvorstandes

6.3. Wehrmachtsausstellung (1999)

Im Rahmen der in Köln gezeigten Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ beteiligte sich der DGB mit einer Podiumsdiskussion an der aktuellen Auseinandersetzung. Für die Diskussion - Thema: Wenn der Befehl zum Gewissenskonflikt wird - konnte Volker Happe (WDR) als Moderator gewonnen werden. An der Podiumsdiskussion beteiligt waren neben Konrad Gilges auch Oberst a.D. Helmut Prieß vom „Darmstädter Signal“ und Oberst Helmuth Freiherr von Maltzahn.

Bei der Podiumsdiskussion sollten folgende Fragen erörtert werden: Wie demokratisch ist die Bundeswehr? Gibt es Grenzen der Befehlsgewalt und des Gehorsams? Was darf der „Arbeitgeber Bundeswehr“ dem „Arbeitnehmer Soldat“ befehlen? Kann der Soldat „Nein“ sagen bei bestimmten Einsatzorten? Muss sich der Soldat außerhalb der Kaserne loyal seinem Arbeitgeber gegenüber Verhalten?

Da zum Zeitpunkt der Ausstellung Bundeswehrangehörigen nicht gestattet war, die Wehrmachtsausstellung zu kommentieren (Kölner Rundschau, 12.05.1999), richtete sich das Augenmerk überwiegend auf den aktuellen Einsatz der Bundeswehr im Kosovo. Dabei zeigte sich, dass der Einsatz im Kosovo von den Beteiligten sehr unterschiedlich bewertet wurde. Die Bewertung reichte vom „humanitärer Einsatz“ bis zum „Angriffskrieg“. Obwohl das Recht auf eine Befehlsverweigerung aus Gewissensgründen von keinem Teilnehmer bestritten wurde, konnte keine Einigkeit über die daraus entstehenden Konsequenzen gefunden werden.



Kölner Rundschau
12.05.1999

6.4. Doppelte Staatsbürgerschaft (1999)

Als Reaktion auf die Unterschriftenkampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft in 1999 hat der DGB-Kreisvorstand eine Resolution verabschiedet und die Mitglieder aufgefordert, sich nicht an der CDU-Kampagne zu beteiligen.

Der DGB sah die geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes als einen wichtigen Beitrag zur Integration von ausländischen Mitbürger/innen. Der DGB war der Auffassung, dass die Unterschriftenaktion das zum großen Teil sehr positive Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen und Kulturen gefährde und gleichzeitig Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile gegen Ausländer/innen fördere und damit eher zu einer Spaltung der Gesellschaft führe. Der Kreisvorstand rief die deutschen und ausländischen Kolleginnen und Kollegen auf, sich nicht von der CDU-Kampagne provozieren zu lassen und sich in den Betrieben dafür einzusetzen, dass Unterschriftensammelaktionen nicht stattfinden dürfen.

6.5. Demonstrationen / Bündnisse gegen Rechts

Gewerkschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus und für das friedliche Zusammenleben der Kulturen hat eine lange Tradition. Die Zusammenarbeit und Kooperation mit verschiedenen Bündnissen und Initiativen gehörte zum festen Bestandteil unserer Arbeit.

Zu nennen sind vor allem: Der Runde Tisch für Ausländerfreundlichkeit sowie der Trägerkreis der Interkulturellen Woche, die beide vor Jahren unter Beteiligung des DGB gegründet wurden. Dazu kommt aber beispielsweise auch die Mitgliedschaft im Förderverein des ELDE-Hauses.

Bei den Aktivitäten ist besonders die große Demonstration gegen einen Aufmarsch von Neonazis am **09. November 2000** zu erwähnen, an der sich der DGB durch eine breit gestreute Flugblattaktion in den Betrieben sowie durch eine intensive Pressearbeit beteiligte. An der Demonstration und dem anschließenden Musikprogramm von „Arsch hu“ nahmen ca. 25.000 Bürger/innen teil.

Aber auch an den Demonstrationen gegen den NPD-Aufmärsche am **22. Mai 1999** und am **02. Oktober 1999** hat sich der DGB-Kreis jeweils mit einem eigenen Aufruf und einer Unterstützung der Initiative „Köln stellt sich quer“ beteiligt.

Kölner Stadt-Anzeiger,
29.11.2000

6.6. 150 Jahre Märzrevolution (1998)

In 1998 erinnerte der DGB mit drei Veranstaltungsbloeken an die Märzrevolution von 1848 sowie an die Gründung des ersten Kölner Arbeitervereins.

Das Prunkstück der Aktivitäten war ohne Zweifel ein „Revolutionsfest“ am 15. Mai 1998 im Gürzenich. An diesem historischen Ort fanden im Mai und Juni 1848 die ersten drei Sitzungen des Kölner Arbeitervereins statt.

Mit einer Mischung aus Musik- und Textbeiträgen, eingebettet in eine szenische Rahmenhandlung, wurde mit dem Revolutionsfest an die Ereignisse der Märzrevolution erinnert. Die einzelnen Beiträge wurden von engagierten Kolleginnen und Kollegen der IG Medien bzw. von freischaffenden Künstler/innen und Autor/innen vorbereitet. Zu nennen sind vor allem Walter Münster, Nikolaus Gatter und Hansi Frank, die den Text und die Musik beisteuerten, sowie Fritz Bilz als Ideengeber und Claudia Butta als künstlerische Leiterin. Das Programm wurde musikalisch untermalt von der Rolly-Brings-Band.

Mit einer hochkarätig besetzten Ringvorlesung am Historischen Seminar der Kölner Universität haben wir uns auf wissenschaftlicher Ebene der Märzrevolution genähert. Unter dem Titel „Die Revolution 1848/49 - Rahmenbedingungen und Trägerschichten“ fanden folgende Vorlesungen statt:

- 27.04.1998:** Prof. Hans-Ulrich Wehler: Die „Deutsche Doppelrevolution“ - Erfolgreiche industrielle Revolution und gescheiterte politische Revolution
- 11.05.1998:** Prof. Wolfgang Schneider: Die Rolle der Arbeiterschaft in der Revolution 1848/49
- 25.05.1998:** Prof. Dr. Christof Dipper: Bauern und Agrarbewegung in der Revolution 1848/49
- 08.06.1998:** Prof. Wolfgang Mommsen: Die ungewollte Revolution
- 22.06.1998:** Prof. Dr. Hans Boldt: Das deutsche Verfassungsproblem 1848/49

Schließlich ist auch noch auf die Restauration des Grabmals von Andreas Gottschalk hinzuweisen, dem ersten Vorsitzenden des ersten Kölner Arbeitervereins. Mit maßgeblicher Unterstützung von Fachleuten der IG BAU konnte die Grabplatte erneuert werden.

Im Rahmen einer Gedenkstunde am 08. September 1998 erfolgte eine Kranzniederlegung am Grab von Andreas Gottschalk. Neben Redzitataten aus der ursprünglichen Begräbnisveranstaltung, vorgetragen von Fritz Bilz, hielten der DGB-Kreisvorsitzende, Konrad Gilges, sowie der Kölner Oberbürgermeister, Norbert Burger, eine Rede. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung vom Rheinbraun-Orchester, das einige Lieder der Revolution und der Arbeiterbewegung vortrug.

6.7. Arbeitskreise mit Arbeitgebern Köln

Ende 1999 vereinbarte der DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft mit den Arbeitgebern Köln einen regelmäßigen Informations- und Gedankenaustausch. Hierzu wurden drei Kommissionen gebildet, die paritätisch besetzt wurden.

6.7.1. Kommission 1: Aus- und Weiterbildung

Die Kommission 1 beschäftigte sich überwiegend mit der Ausbildungssituation in Köln. Als wesentliches Ergebnis wurde ein Positionspapier zur Qualifikation von Schulabgänger/innen erarbeitet. Unter dem Titel „Fit für Ausbildung und Beruf“ wurden dabei verstärkte Bemühungen eingefordert, Jugendliche gezielt auf den Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf vorzubereiten. Neben der Stärkung von fachlichen Qualifikationen forderten Arbeitgeber Köln und DGB vor allem den Ausbau einer projektorientierten Zusammenarbeit von Schule und Betrieben sowie den Einsatz neuer Medien bei der Berufswahlvorbereitung. Daneben sollten die Eltern stärker als bisher durch geeignete Angebote in die Berufswahlphase einbezogen werden.

Das Positionspapier wurde im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt und bei einer gut besuchten Podiumsdiskussion erläutert. An der Podiumsdiskussion nahmen neben Konrad Gilges (DGB) und Heinz-Werner Bonjean (Arbeitgeber Köln) auch der Direktor des Arbeitsamtes Köln, Karl Peter Fuß, und der Schulamtsdirektor des Schulamtes der Stadt Köln, Harald Grieser, teil.

Das Papier wurde sowohl vom DGB-Landesbezirk, als auch von der Landesregierung sehr positiv bewertet.

In Vorbereitung ist zur Zeit ein weiteres Positionspapier, das sich ausführlich mit der Einbeziehung von (Migranten-)Eltern in den Berufswahlprozess beschäftigt.



6.7.2. Kommission 2: Arbeitsmarktpolitik

Die Kommission 2 hat sich hauptsächlich mit der Kölner Arbeitsmarktpolitik beschäftigt - besonders mit der Struktur der Arbeitslosen und der angebotenen Ausbildungsstellen. Zudem wurden die Möglichkeiten einer viel passgenaueren Vermittlung von Arbeitslosen erörtert. Dabei wurden auch überlegt, wie eine zielgerichtete Fortbildung und Umschulung entsprechend den Bedürfnisse des Kölner Arbeitsmarktes sichergestellt werden kann.

Als vorläufiges Ergebnis wurde ein Anforderungsprofil an die Struktur des Kölner Arbeitsamtes erstellt und der Eingliederungstitel des Kölner Arbeitsamtes neu überarbeitet. Es bleibt Aufgabe dieses Arbeitskreises, in Zukunft über die Einhaltung des erstellten Anforderungsprofils zu wachen.

6.7.3. Kommission 3: Regionale Wirtschaftsfragen und Wirtschaftsvereinigungen

In der Kommission 3 wurden struktur- und wirtschaftspolitische Problemstellungen der Kölner Region diskutiert. Dabei stellten sich erhebliche Unterschiede zwischen den Vorstellungen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber heraus.

Der notwendige Abstimmungsprozess unter den Gewerkschaften hat sich zudem als ausgesprochen zähflüssig erwiesen. Eine abschließende Bewertung der Arbeit der Kommission 3 kann für den Berichtszeitraum daher nicht erstellt werden.

6.8. Kommunalwahl

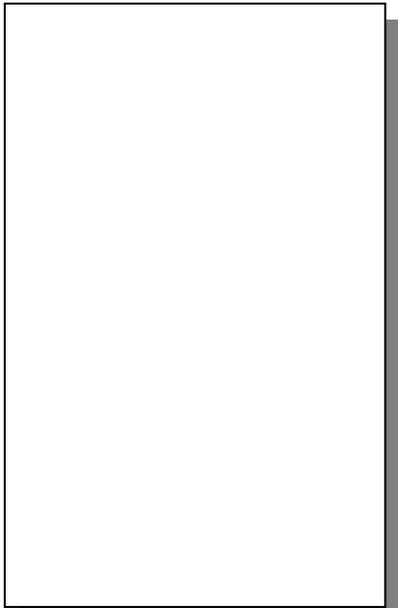
Kommunalwahlen haben eine wichtige Funktion für die Entwicklung einer Region. Der DGB-Kreis hat es daher immer als seine Aufgabe verstanden, in Zeiten des Wahlkampfes auf die Situation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hinzuweisen. So wurden beispielsweise Wahlaufrufe zur Oberbürgermeisterwahl in Köln am 03.09.2000 und zur Kommunalwahl am 12.09.1999 für Köln, den Erftkreis und Leverkusen verfasst.

Im Rahmen der Kommunalwahl 1999 fanden Podiumsdiskussionen mit den Oberbürgermeisterkandidaten in Köln und den Landratskandidaten im Erftkreis statt. Ferner wurden zur Kommunalwahl 1999 drei Fachkonferenzen zu folgenden Themen durchgeführt:

- | | |
|-------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------|
| 13. August 1999: | Thema: Wirtschafts- und Strukturpolitik in Köln
Moderation: Konrad Gilges, DGB |
| 20. August 1999: | Thema: Infrastruktur und Verkehrspolitik in Köln
Moderation: Franz Corneth, ÖTV / ver.di |
| 27. August 1999: | Thema: Öffentliche Beschäftigung in Köln
Moderation: Theo Röhrig, IG Metall |

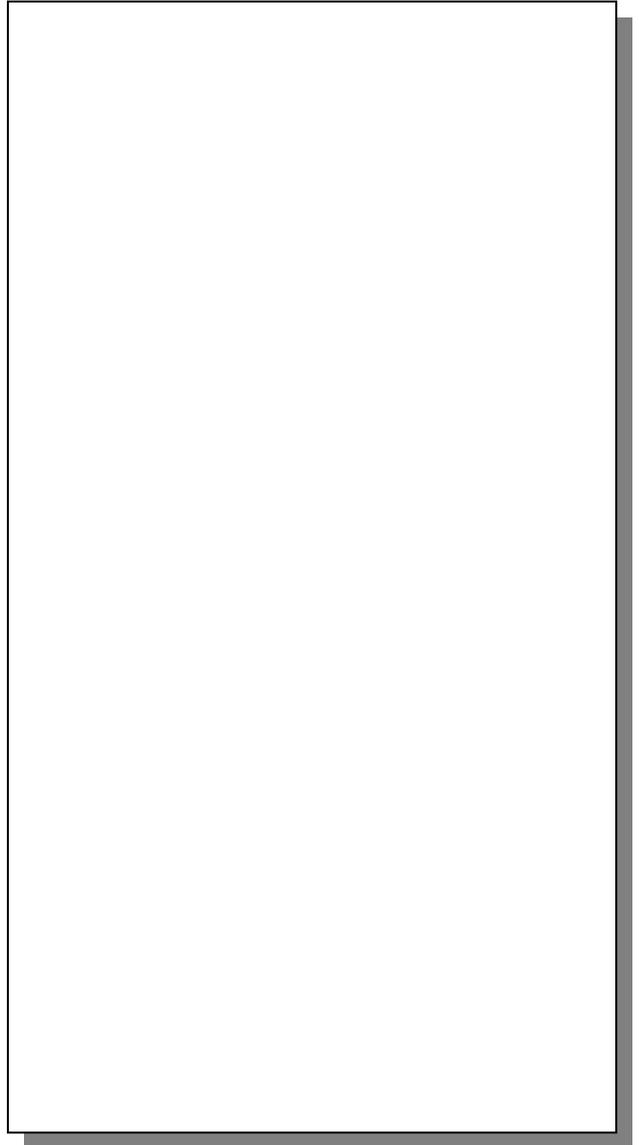
Vor dem Hintergrund der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre hat die DGB-Jugend Köln zur Kommunalwahl eine Informationsschrift für Erstwähler/innen veröffentlicht. Neben

allgemeinen Informationen zum Wahlverfahren und Wahlrecht stellten sich die aussichtsreichsten Kandidaten für die Direktwahl zum Kölner Oberbürgermeister vor (Klaus Heugel, SPD; Anne Lütkes, Bündnis90/DIE GRÜNEN; Harry Blum, CDU).



Kölnner Stadt-Anzeiger, 14.04.1999

Flyer der DGB-Jugend Köln
zur Kommunalwahl 1999



6.9. Kundgebung „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (1998)

Im Rahmen der bundesweiten DGB-Kampagne „Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ hatte der DGB-Bundesvorstand zu einer zentralen Kundgebung für Nordrhein-Westfalen nach Dortmund am 12. September 1998 aufgerufen.

Unter anderem haben dort gesprochen:

- Dieter Schulte, DGB-Bundesvorsitzender
- Klaus Zwickel, Vorsitzender der IG-Metall
- Herbert Mai, Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV

Mit 12 Sonderbussen sind aus dem Bereich des DGB-Kreises/Region Köln-Leverkusen-Erft mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen nach Dortmund gefahren.

6.10. Kampagne gegen den geplanten Verkauf von GAG und Grubo (2001)

Mit einer Dringlichkeitsentscheidung haben CDU und FDP am 03. Juli 2001, kurz vor den Sommerferien, einem grundsätzlichen Verkauf der städtischen Anteile von GAG und Grubo zugestimmt. Dieser Grundsatzbeschluss zum Verkauf städtischer Wohnungen war nach Meinung des DGB-Kreisvorstandes aus drei Gründen falsch:

1. Sozialpolitisch, weil die Stadt ohne Not das wichtigste Steuerungsinstrument zur Wohnungsverorgung von hilfsbedürftigen Haushalten aus der Hand gibt;

2. Wohnungspolitisch, weil mit Sicherheit das Mietenniveau insgesamt deutlich ansteigt, weil der Zugriff auf Belegungsrechte sowohl im Neubau als auch beim Auslaufen der Bindungen im Bestand aufgegeben wird;

3. Fiskalpolitisch, weil bei einer ehrlichen Saldierung der Auswirkung auf die Finanzen deutliche Nachteile für die Stadt Köln entstehen: Dem einmaligen Erlös von erwarteten 1 Mrd. DM, die eine Zinsminderausgabe von etwa 50 Mio. DM im Jahr darstellen, stehen mit Sicherheit anfallende Mehrausgaben im Bereich der Sozialhilfe, des Wohngeldes, des notwendigen Neueinkaufs von Belegungsrechten und einer erforderlichen Neuausrichtung der Wohnungsnotfall-Unterbringung entgegen.

Bürgerbegehren für den Erhalt der städtischen Anteile an GAG und Grubo gem. § 26 Gemeindeordnung NRW

Ich bin dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln über Folgendes entscheiden:

- Soll das Eigentum der Stadt Köln an den Mietwohnungen der GAG und der Grubo GmbH in dem bisherigen Umfang erhalten bleiben?
- Soll der am 03.07.2001 von CDU, FDP und Republikanern gefasste Ratsbeschluss zum grundsätzlichen Verkauf der von der Stadt an der GAG gehaltenen Aktien und der an der Grubo gehaltenen Gesellschaftsanteile aufgehoben werden?

Begründung:

Sicheres und bezahlbares Wohnen ist ein hohes Gut für die Menschen und für den sozialen Frieden in der Stadt. Kommunale Wohnungsgesellschaften erbringen hierzu einen wesentlichen Beitrag. Sie helfen nicht nur den Mieterinnen und Mietern der städtischen Wohnungen, sie dämpfen auch die Preisentwicklung im allgemeinen Mietwohnungsmarkt. Kommunale Wohnungsunternehmen sind Garanten für eine sozial verantwortliche Wohnungspolitik. Sie bieten Hilfe für bedürftige Haushalte, sichern die Erhaltung gemischter Wohnviertel, vermitteln Sicherheit beim Wohnen und im Wohnumfeld, geben Schutz vor Luxusmodernisierungen und bei Umwandlungen und gestalten unsere Stadt mit.

Deshalb dürfen die Geschäftsanteile an GAG und Grubo nicht verkauft werden.

Vertretungsberechtigte:

- Hans-Jürgen Oldiges, Nerthusstraße 4, 51107 Köln, Geschäftsführer des Mietervereins Köln e. V.
- Konrad Gilges, MdB, Leyendeckerstr. 4a, 50825 Köln, Vorsitzender DGB Köln
- Franz Meurer, Pfarrer, Höhenberger Str. 15, 51103 Köln

Unterschriftsberechtigt:

Alle Bürgerinnen und Bürger, die zu den Kommunalwahlen in Köln wahlberechtigt sind.

Text des Bürgerbegehrens

Aus diesen Gründen unterstützte der DGB-Kreisvorstand das vom Mieterverein Köln e.V. initiierte Bürgerbegehren gegen den Verkauf mit einer breit angelegten Mobilisierungskampagne (Pressemitteilungen, Info-Stände im Gewerkschaftshaus, Verteilung von Unterschriftenlisten an die Gewerkschaften und Betriebe).

Da die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren erst im Oktober 2001 abgeschlossen wird, kann an dieser Stelle noch kein Ergebnis dargestellt werden.

07. Handwerkskammer und Innung

Nach wie vor ist es Aufgabe der DGB-Kreise, am Sitz der Handwerkskammer koordinierend die Handwerksarbeit zu betreuen. Im DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft ist hierfür der DGB-Handwerksausschuss zuständig. Dieser traf sich im Berichtszeitraum jeweils zweimal pro Jahr vor der Frühjahrs- und Herbstvollversammlung der Handwerkskammer zu Köln. Auf diesen Sitzungen wurden die anstehenden Vollversammlungen der Handwerkskammer vorbereitet und Berichte aus den Vorstandssitzungen gegeben.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Handwerksausschusses war die Vorbereitung der Handwerkskammerwahl am 28.02.2000. Wie schon bei der vorangegangenen Wahl gab es auch diesmal eine gemeinsam getragene Liste des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft und des Kolping-Werkes, Diözesanverband Köln. Es wurde festgelegt, dass der DGB den Vizepräsidenten in Person des Kollegen **Fred Balsam** stellt und den Vorsitz des Berufsbildungsausschusses bei der Handwerkskammer zu Köln durch Kollegen **Hans-Peter Kerzmann** übernimmt.

Der Handwerksausschuss beschäftigte sich zudem mit der Besetzung der Selbstverwaltungspositionen der Innungskrankenkasse. Leider gelang es nicht, aus den Reihen der Versicherten der IKK-Regionaldirektion Köln – immerhin die größte Regionaldirektion in der IKK-Nordrhein – ein Mitglied in den Verwaltungsrat der IKK-Nordrhein zu delegieren.

Einen Schwerpunkt auf den Vollversammlungen der Handwerkskammer zu Köln bildete die Finanzierung der überbetrieblichen Ausbildung. Insgesamt wurde dabei bedauert, dass sich die Landes- und Bundesregierung immer weiter aus der Finanzierung der überbetrieblichen Ausbildung zurückzogen.

Besonders strittig verliefen auf den Vollversammlungen die Diskussionen über die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes. Viele Handwerksmeister sprachen sich vehement gegen die Reformvorschläge der Bundesregierung zum Betriebsverfassungsgesetz aus und übersahen dabei, dass nach Recherchen des Vizepräsidenten der Handwerkskammer zu Köln, Fred Balsam, nur in ca. 330 Betrieben des Kammerbezirkes – was ungefähr 1 % entspricht – überhaupt Betriebsräte bestehen.

Betriebsräte sparen Prozesskosten

Vermittelt ein Betriebsrat, landen nur 0,1% aller Streitfälle zwischen „Arbeit und Kapital“ vor einer Einigungsstelle und 0,3% vor Gericht. Diesen Beleg für die nahezu reibungslose Zusammenarbeit [...] erbrachte eine Erhebung des Kölner Institutes der deutschen Wirtschaft.

[...] Die deutsche Sozialpartnerschaft hat sich also bewährt. Von 1990 bis 1998 wurde im Schnitt auf je 1.000 Beschäftigte nur an 13 Tagen als Folge eines Streiks nicht gearbeitet. In den Niederlanden waren es 23, in Großbritannien 32, in den USA sogar 43 Tage.

aus: Mitbestimmungs-Kurier, Zeitung des
DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft
zum 1. Mai 2001

Was die Zusammenarbeit zwischen Handwerkskammer zu Köln und den Kreishandwerkerschaften anbelangt, so war die Ansiedelung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten ein ständiger Streitpunkt. Aus gewerkschaftlicher Sicht muss befürchtet werden, dass bei Anhalten des Trends zur weiteren Dezentralisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten das gesamte Finanzgerüst für den Butzweiler Hof zusammenbricht.

Die Mitgliedsgewerkschaften IG-Metall und IG-BAU waren auf der jährlichen Handwerksmesse in Köln erfolgreich präsent ebenso wie die DGB-Jugend. Auf besondere Initiative des Vizepräsidenten der Handwerkskammer zu Köln, Fred Balsam, fand im Rahmen der jährlichen Handwerksmesse in Köln ein europäischer Gesellentag statt, der weit über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus Beachtung, Anerkennung und Lob fand.

Die zehn ausbildungsstärksten Berufe im Handwerk

	Zahl der Auszubildenden	davon weiblich in %
1. Kraftfahrzeugmechaniker	2.207	1,3
2. Friseur	1.754	90,7
3. Elektroinstallateur	1.573	0,8
4. Gas- u. Wasserinstallateur	1.472	0,5
5. Maler und Lackierer	1.317	8,5
6. Tischler	1.048	10,8
7. Dachdecker	762	0,8
8. Metallbauer	647	2,0
9. Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	535	0,2
10. Bäcker	355	16,9
alle Ausbildungsberufe	16.924	21,4

Quelle: Handwerkskammer zu Köln; Stand: 31.12.2000

		kein Abschluss	Sonderschule	Hauptschule	qual. Hauptsch.	mittlere Reife	ohne FH-Reife	FH-Reife	Hochschulreife	ohne FH/Hochschule	FH-Abschluss	Hochschulabschluss
Ratsuchende	insges.	1371	64	2080	2264	4798	793	348	2503	1038	136	136
	männl.	863	40	1270	1294	2311	377	199	954	511	54	38
	weibl.	508	24	810	970	2487	416	149	1549	527	82	98
Bewerber	insges.	83	5	362	824	1938	394	140	643	286	2	10
	männl.	50	4	223	482	977	186	65	252	132	1	4
	weibl.	33	1	139	342	961	208	75	391	154	1	6
nicht vermittelte Bewerber	insges.	50	5	196	363	730	166	77	245	140	1	6
	männl.	32	4	112	200	363	80	39	101	61	0	2
	weibl.	18	1	84	163	367	86	38	144	79	1	4

Ratsuchende und Bewerber nach Schulbildung beim Arbeitsamt Köln vom Oktober 2000 bis Mai 2001 gemeldet. Quelle: Arbeitsamt Köln

08. Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktpolitik im DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft konzentrierte sich zum überwiegenden Teil auf die Vertretung in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsamtsbezirke Köln, Brühl und Bergisch Gladbach. Dabei stellte der DGB folgende alternierenden Vorsitzenden:

Arbeitsamt Köln:	Witich Roßmann (IG Metall)
Arbeitsamt Bergisch Gladbach:	Elke Hanack (DGB)
Arbeitsamt Brühl:	Jochen Naumann (DGB)

Die Arbeitsmarktlage in der Kölner Region war besonders kritisch im Vergleich zu den beiden anderen Arbeitsmarktregionen. Lag doch die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den letzten vier Jahren kontinuierlich über dem Bundes- und auch Landesdurchschnitt. Dennoch konnte ein stetiger und auch nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit verzeichnet werden.

	Mai 1997		Mai 2001	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Arbeitsamt Köln	58.326	14,3	50.752	11,7
Arbeitsamt Bergisch Gladbach	31.442	10,7	26.924	8,7
Arbeitsamt Brühl	21.457	8,6	19.808	7,4

Arbeitslose im Berichtsmonat Mai
Quelle: Arbeitsamt Köln

Die absoluten Zahlen in diesen drei Arbeitsamtsbezirken dokumentieren, welcher großen Belastung der Arbeitsmarkt einerseits ausgesetzt war; andererseits sind aber auch die Entlastungseffekte unverkennbar.

Nicht unwesentlich zu diesem Erfolg hat die Arbeit mit dem – vor Ort selbstverwalteten – Eingliederungstitel geführt, deren Effizienz durch die zwingend für jedes Arbeitsamt zu erstellenden Eingliederungsbilanz überprüft werden konnte.

Vor dem Hintergrund der äußerst differenzierten Arbeitsmarktlage in jedem Arbeitsamtsbezirk war aber eine regionale Vergleichbarkeit der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik nur in Ansätzen möglich. Daher hat der DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft in Zusammenarbeit mit den übrigen DGB-Kreisen im Regierungsbezirk Köln einen Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung gebeten, unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten einen Überblick über die Eingliederungsbilanzen der beteiligten Arbeitsämter zu erstellen.

Die Verwaltungsausschüsse haben sich in den letzten vier Jahren schwerpunktmäßig mit folgenden Fragen beschäftigt:

- Allgemeine Entwicklung des Arbeitsmarktes
- Berufsberatung und Lehrstellensituation
- Steigerung der Vermittlungsarbeit
- Gestaltung des Eingliederungstitels

Die Problemgruppen am Arbeitsmarkt waren nach wie vor Langzeitarbeitslose, Arbeitslose mit nicht ausreichender Qualifikation, Ausländer, Jugendliche und alleinerziehende Frauen. Die Chancen dieser Gruppen, einen ihren Befähigungen entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten, wurden immer geringer.

Neben der nach wie vor viel zu hohen Arbeitslosigkeit, war in allen drei Arbeitsamtbezirken ein zunehmender Fachkräftemangel zu verzeichnen. Hier wurde die einseitige Sicht vieler Unternehmer und Unternehmensleitungen in den letzten Jahren deutlich, alle Probleme nur noch nach der offensichtlichen Kosten/Nutzenrechnung zu betrachten. Ein Gutteil des objektiv zu beklagenden Fachkräftemangels lag in der Weigerung vieler Unternehmer und Unternehmensleitungen begründet, über den aktuellen eigenen Fachkräftebedarf hinaus auszubilden.

Besonders ausgeprägt stellte sich der Fachkräftemangel in der Kölner Region im Bereich der Informations- und Kommunikationsberufe dar. Die Greencard-Aktion der Bundesregierung schuf hier erste Abhilfe. Vor Ort war aber klar, dass dies alleine nicht ausreichte. Deswegen hat das Arbeitsamt Brühl – mit voller Unterstützung der Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsausschuss – im Verbund mit Kommunen, Kommunalverbänden, Unternehmen und wissenschaftlichen Instituten ein regionales Kompetenzzentrum für Informations- und Kommunikationstechnologie errichtet.

Der DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft hat im Rahmen der Zusammenarbeit mit den ARBEITGEBERN KÖLN eine eigene Arbeitsgruppe installiert, um gemeinsame Interessen in der Arbeitsmarktpolitik der Kölner Region zu formulieren. Ein umfangreicher Arbeitskatalog wurde erstellt und dem Arbeitsamt Köln übergeben.

Für alle drei Arbeitsamtsbezirke war der strukturelle Wandel von der produzierenden Wirtschaft hin zum Dienstleistungsstandort unverkennbar. Besonders signifikant war dabei auch der Wandel hin zur Medienwirtschaft. Hierbei ist aber anzumerken, dass diese Veränderungen überwiegend als Ergebnis einer Umstrukturierungs- und Auslagerungspolitik der Unternehmer und Unternehmensleitungen bewertet werden muß. Bei diesen Umstrukturierungsprozessen ging das traditionelle „Normalarbeitsverhältnis“ immer weiter zu „Gunsten“ differenzierteren und auch rechtlich schwierigeren Arbeitsverhältnissen zurück.

Als besonders wirksam haben sich die Maßnahmen der Europäischen Union für die ESF-kofinanzierte Arbeitsmarktpolitik erwiesen. Hier wurde analog zu Eingliederungstitel der Bundesanstalt für Arbeit ein arbeitsmarktrelevantes, passgenaues Instrument der Arbeitsförderung geschaffen, durch das besonders Personen aus Problemgruppen einen Wiedereinstieg in die Arbeitswelt erleichtert wurde.

09. Berufliche Bildung

9.1. Berufsbildungsausschuss der IHK zu Köln

Die letzten Jahre waren auch in diesem Gremium von kontinuierlicher Mitarbeit der Arbeitnehmerbank geprägt. Nach dem Weggang von Ralf Woelk (DGB) in 2000 übernahm Ulrike Göking (NGG) die Funktionen der Sprecherin der Arbeitnehmerbank und der alternierenden Vorsitzenden.

Neben den Beratungen über die Rechtsvorschriften im Rahmen der Aus- und Weiterbildung, die in der Regel einvernehmlich erfolgten, stand die Lage auf dem Ausbildungsmarkt im Vordergrund der inhaltlichen Beratungen. Hier hat sich in den letzten Jahren - nicht zuletzt durch das Sofortprogramm der Regierung Schröder - eine deutliche Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt und damit auch bei der Diskussion im Ausschuss gezeigt. Es darf aber nicht vergessen werden, dass der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit und das rechnerisch fast ausgeglichene Verhältnis zwischen Ausbildungsplatzsuchenden und freien Ausbildungsplätzen überwiegend durch eine Ausweitung außerbetrieblicher Ausbildung und subventionierter Ausbildungsplätze ermöglicht wurden.

Zu Spannungen zwischen der IHK und der Arbeitnehmerbank führte ein von den Industrie- und Handelskammern NRW in 1999 durchgeführter „Berufsstartertest“. Dieser sollte nach Auskunft der IHK zur Ermittlung der Ausbildungsreife von Schulabgänger/innen dienen. Die Befragung erfolgte ohne Beteiligung der Berufsbildungsausschüsse und stellte damit einen Verstoß gegen das Berufsbildungsgesetz dar. Der Klageweg wegen unterlassener Beteiligung konnte nicht beschritten werden, da hierzu im Ausschuss bisher keine Mehrheit gefunden werden konnte.

Für die künftige Arbeit im Ausschuss zeichnet sich ein weiterer Konflikt ab: Mehr und mehr versucht der DIHT, die Beteiligung von Arbeitnehmervertreter/innen bei der Erstellung von Rechtsvorschriften und im Zentralen Prüfungsausschuss auszuhebeln. Zu nennen sind hier vor allem die Neuordnung von Berufsbildern der Elektroindustrie oder aber die Rechtsvorschrift zum Tourismusfachwirt/in. Der DGB-Bundesvorstand reagierte auf diese Entwicklung mit der „Aktion Kammerjäger“, um die Arbeitnehmervertreter/innen der örtlichen Berufsbildungsausschüsse umfassend zu informieren und ihnen Argumentationshilfen zu geben.

Um die Kommunikation zwischen den Arbeitnehmervertreter/innen der einzelnen Kammerbezirke zu stärken und die Frage der mangelnden Beteiligung verstärkt zu thematisieren, werden sich die Gewerkschaftsvertreter/innen aus Köln, Bonn, Aachen und Düsseldorf künftig regelmäßig zu gemeinsamen Vorbesprechungen treffen. Ein erstes Treffen hierzu fand am 28.06.2001 in Köln statt.

9.2. Ausbildungsplatzsituation / Ausbildungskonsens

Der Ausbildungsmarkt hat sich im DGB-Kreis leicht verbessert. Zumindest rechnerisch hat sich das Verhältnis zwischen Ausbildungsplatzsuchenden und Ausbildungsangeboten in der Kölner Region fast angeglichen.

Hierbei ist kritisch anzumerken, dass das betriebliche Ausbildungsplatzangebot in den letzten Jahren leicht rückläufig war und die positive Entwicklung vielmehr auf die verschiedenen Förderprogramme der Bundesregierung sowie auf eine veränderte Informationsbeschaffung der Jugendlichen selber, die zunehmend das Internet als Informationsquelle nutzten und deswegen weniger die persönliche Beratung des Arbeitsamtes in Anspruch nahmen, zurückzuführen war. Vor diesem Hintergrund bleibt unsere Forderung einer gesetzlichen Regelung zur Umlagefinanzierung von Ausbildungsplätzen, um die Betriebe zur Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zur Berufsbildung zu bewegen, weiterhin bestehen.

Kölner Rundschau 30.01.1999

Die Diskussionen im Rahmen des Ausbildungskonsenses wurden im Berichtszeitraum sehr sachlich und zielorientiert geführt. Beschlüsse über Veranstaltungen und Zustimmungen zu Fördermaßnahmen wurden einstimmig getroffen. Bei den durchgeführten Informationsveranstaltungen ging es vor allem darum, auf Berufe hinzuweisen, bei denen ein Ausbildungsplatzüberangebot vorhanden war. Zu nennen sind hier beispielhaft die Ausbildungsberufe Bäcker und Metzger.

	gemeldete Ausbildungsstellen			unbesetzte Ausbildungsstellen		
	Mai 2001	Mai 2000	Veränderungen %	Mai 2001	Mai 2000	Veränderungen %
Handwerkskammer	1.075	1.347	-20,2	412	375	9,9
IHK Köln	4.467	4.744	-5,8	1.083	1.134	-4,5
Öffentlicher Dienst	240	318	-24,5	88	61	44,3
Landwirtschaftskammer	53	69	-23,2	24	33	-27,3
sonstige	683	671	1,6	307	217	41,5
SUMME	6.517	7.149	-8,8	1.914	1.820	5,2

Gemeldete und unbesetzte Ausbildungsstellen nach Kammerbereichen im Arbeitsamtsbezirk Köln
Quelle: Arbeitsamt Köln

10. Ausländische Arbeitnehmer

Im Berichtszeitraum ist bundesweit die Ausländerfeindlichkeit weiter eskaliert. Obwohl im Bereich des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft keine außergewöhnlichen bzw. gewalttätigen ausländerfeindlichen Exzesse vermeldet werden mussten, ist im Zuge der verschärften Arbeitsmarktsituation auch in der Region eine – völlig irrealen – Verschlechterung des Verhältnisses zu den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern festzustellen.

Nach wiederholten schändlichen Übergriffen in anderen Teilen Deutschlands hat der DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft Aufkleber gegen Rechtsextremismus und für Ausländerfreundlichkeit als Symbol für Schutz und Hilfe im konkreten Ausschreitungsfall erstellt. Sie wurden überwiegend in Ausbildungswerkstätten und Berufskollegs des Erftkreises verteilt. Die öffentliche Resonanz war positiv. Ebenso positiv verliefen die Großdemonstrationen in Köln gegen rechte Gewalt und NPD-Aufmärsche, an denen sich der Ausländerausschuss sowie viele Vertrauensleutekörper und Belegschaftsvertretungen beteiligten.

Die Ausländerarbeit im DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft fand u.a. im DGB-Ausländerausschuss, in der Mitarbeit in den Ausländerbeiräten der Städte und Gemeinden, im „Runden Tisch für Ausländerfreundlichkeit“ in Köln, sowie bei der Mitarbeit z.B. bei der interkulturellen Woche in Köln ihren Ausdruck.

Der Ausländerausschuss des DGB-Kreises tagte zunächst regelmäßig. Seit Monaten musste aber ein Nachlassen der Aktivitäten festgestellt werden. Für die Arbeit im Ausländerausschuss gilt nach wie vor die Geschäftsordnung vom 21.02.1990, in der die allgemeinen Aufgaben formuliert sind.

Folgende Themen, Aktionen, Aktivitäten wurden u.a. im Ausländerausschuss behandelt:

- Multikulturelles Zusammenleben
- Rechtsradikalismus
- Ausländerwahlrecht und Bundestagswahl 1998
- Kommunalwahl 1999
- Visumspflicht für nicht EU-Bürger
- Ausländerbeiratswahlen
- Doppelte Staatsbürgerschaft
- Muttersprachliche Probleme ausländischer Schülerinnen und Schüler
- Probleme der Berufsausbildung bei ausländischen Jugendlichen.
- Beteiligung an Infoständen im Rahmen gewerkschaftlicher Aktionen
- Beteiligung bei den Maiveranstaltungen
- Exkursionsvorhaben nach Kurdistan

11. Frauenarbeit

Der im Berichtszeitraum tätige DGB-Kreis-Frauenausschuss (KFA) konstituierte sich am 12. Januar 1998. Zur Vorsitzenden wurde die Kollegin **Vera Hartmann-Wilms** gewählt. Von den Mitgliedsgewerkschaften haben acht Gewerkschaften Delegierte benannt, die mit Sitz und Stimme im DGB-Kreis-Frauenausschuss des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft vertreten waren.

Vertreterin des DGB-Kreis-Frauenausschusses im DGB-Kreisvorstand war die Kollegin **Vera Hartmann-Wilms**. Sie wurde vertreten von der Kollegin **Hermine Knoth**.

Folgende Themen, Aktionen und Aktivitäten wurden u.a. behandelt:

- Internationaler Frauentag
- Frauenkonferenz am 06.05.1998
- Das 630,-- DM-Gesetz
- Neuer Gesellschaftsvertrag "Frauen wollen eine neue Politik"
- Die neue Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
- Kulturaktion
- Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse
- Europa als Motor in de Geschlechtergleichstellung
- Gender Mainstream
- Privatisierung im öffentlichen Dienst
- Weltmarsch der Frauen
- Konferenz: Zeiten der Arbeit
- Neuregelung des Rentenrechtes
- Berlinexkursion



Ein Großteil der Arbeitskapazität der DGB-Frauenarbeit im DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft wurde durch die Vorbereitung des Internationalen Frauentages in Anspruch genommen. Die Resonanz auf die verschiedenen Frauentage muß durchweg als positiv angesehen werden. Insbesondere der Internationale Frauentag 1999 muß besonders positiv herausgehoben werden.

Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß die Frauenarbeit im DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft von einer sehr geringen Anzahl von Kolleginnen getragen wird. Umso stärker stellt sich für die Zukunft die Notwendigkeit der intensiveren Kooperation der Frauenarbeit in den Mitgliedsgewerkschaften.

12. Seniorenarbeit

Die Seniorenarbeit erfuhr im Berichtszeitraum eine immer stärker werdende Bedeutung. Für den DGB-Kreis/Region Köln-Leverkusen-Erft gliederte sich die Seniorenarbeit einerseits in das Wirken des Seniorenlenkungsausschusses und andererseits in die Seniorenversammlung

Im Seniorenlenkungsausschuss ist unter Leitung von **Walter Malzkorn** (IGM) jede Mitgliedsgewerkschaft mit einer Person vertreten. Infolge der Eigenart dieses Ausschusses fand ein häufiger Wechsel in der Repräsentanz der Mitgliedsgewerkschaften statt.

Der Seniorenlenkungsausschuss tagte in unregelmäßigen Intervallen. Die Information aus der Seniorenarbeit der Mitgliedsgewerkschaften standen dabei im Vordergrund. In den letzten beiden Jahren fanden aber auch regelmäßige Sachinformationen über die politische Dimension der Seniorenpolitik statt.

Die Seniorenversammlungen im DGB-Kreis/Region Köln-Leverkusen-Erft fanden außerhalb der Urlaubszeit im Vierteljahresrhythmus statt. Sozialpolitische Themenfelder hatten dabei eine klare Priorität.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt stellte die geplante Rentenreform der Bundesregierung dar. Kollege Gilges hat als Mitglied im zuständigen Bundestagsausschuss wiederholt zu diesem Thema referiert. Wenn auch nicht bei allen Diskutanten verankert, zeichnete sich aber bei der Mehrheit eine Bejahung der Grundprinzipien der Rentenpolitik der Bundesregierung ab.

Die Seniorenversammlung beschäftigte sich auch mit den sehr kritischen Position des DGB-Bundesvorstandes zur Rentenreformpolitik. Im Laufe der Diskussion zeigte sich durchaus die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Stellungnahme auf die Rentenreformpolitik der Bundesregierung. Zum Thema Rentenreform haben auch die Kollegen **Jochen Naumann**, DGB, und **Dr. Johannes Steffen**, Arbeitskammer Bremen, referiert.

Ferner wurden u.a. folgende Themen diskutiert:

- „Was erwarten wir von der rot-grünen Bundesregierung?“
- „Politische Beteiligung von und mit Senioren“
- „Krieg gegen Jugoslawien – und so weiter“
- „Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und Betrieben – wem nutzt das ?“

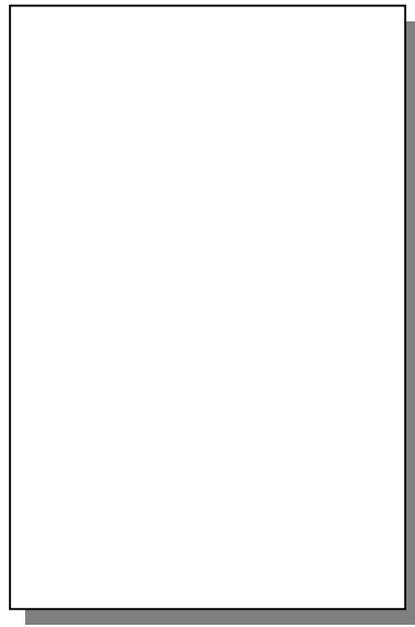
13. Sozialwahlen 1999

Alle sechs Jahre finden die Wahlen für die „Selbstverwalter“ in den Sozialversicherungsgremien (Sozialversicherungswahlen) statt. Der Wahltermin für die Sozialversicherungswahlen war der **26. Mai 1999**. Bei der AOK-Rheinland und der IKK-Nordrhein sowie bei der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz fanden sogenannte „Friedenswahlen“ statt; d.h. auf den Bewerberlisten standen exakt so viele Bewerber wie Positionen zu vergeben waren. Ein eigener „Wahlakt“ war daher nicht erforderlich.

Anders bei allen „Ersatzkassen“ der gesetzlichen Krankenversicherung und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte sowie einigen Berufsgenossenschaften. Hier fanden „Urwahlen“ statt, die wie immer als „Briefwahlen“ durchgeführt wurden.

Das Hauptaugenmerk musste vor dem Hintergrund der „Urwahlen“ und dem Wahlergebnis aus den Sozialwahlen 1993 durch den DGB-Bundesvorstand eindeutig auf den „Angestelltensektor“ gelegt werden. Der DGB-Kreis/ Region Köln-Leverkusen-Erft wurde als Schwerpunktkreis für die Sozialwahlaktivitäten des DGB-Bundesvorstandes mit ausgewählt, weil hier im großstädtischen Bereich überproportional viel Angestellte beschäftigt waren. Folgende Aktivitäten für die Sozialwahlen 1999 wurden im Bereich des DGB-Kreises durchgeführt:

- Info-Stände zur Sozialwahl in Köln
- Plakatierung in Betrieben und Verwaltungen
- Plakatierung in der Stadt Köln
- Pressekonferenzen
- Bereitstellung von Info-Material für Betriebe und Verwaltungen
- Bürgerfunksendung mit persönlicher Vorstellung von Kandidaten zu verschiedenen Sozialversicherungsgremien
- Angestelltenveranstaltung mit dem Bundesangestelltensekretär des DGB, Udo Hanselmann, zum Thema: „Mobbing und Konflikte am Arbeitsplatz“
- Seniorenveranstaltung mit Alexander von Cube zum Thema: „Politische Beteiligung von und mit Senioren.“
- Diskussionsveranstaltung mit Selbstverwaltern zum Thema : „Neue Bundesregierung – neue Sozialpolitik – neue Chancen für die Selbstverwaltung“ , unter Leitung von Kurt Bodewig, MdB, DGB-Landesbezirk NRW.
- Öffentliche Bilanz in den Regionalbeiräten der AOK im Bereich des DGB-Kreises/ Region Köln-Leverkusen-Erft



Kölner Stadt-Anzeiger,
14.04.1999

14. Öffentlichkeitsarbeit

Der DGB-Kreisvorstand, der Kreisvorsitzende, die Organisationssekretäre und der Jugend- und Bildungsreferent haben im Berichtszeitraum zu unterschiedlichen Fragestellungen Pressemitteilungen verfasst. Diese Pressemitteilungen wurden in der Regel von den Medien angenommen und veröffentlicht. Zu einigen Pressemitteilungen fanden zusätzlich Pressegespräche statt, um die Erklärung des Kreisvorstandes bzw. des Kreisvorsitzenden im Pressegespräch zu erläutern.

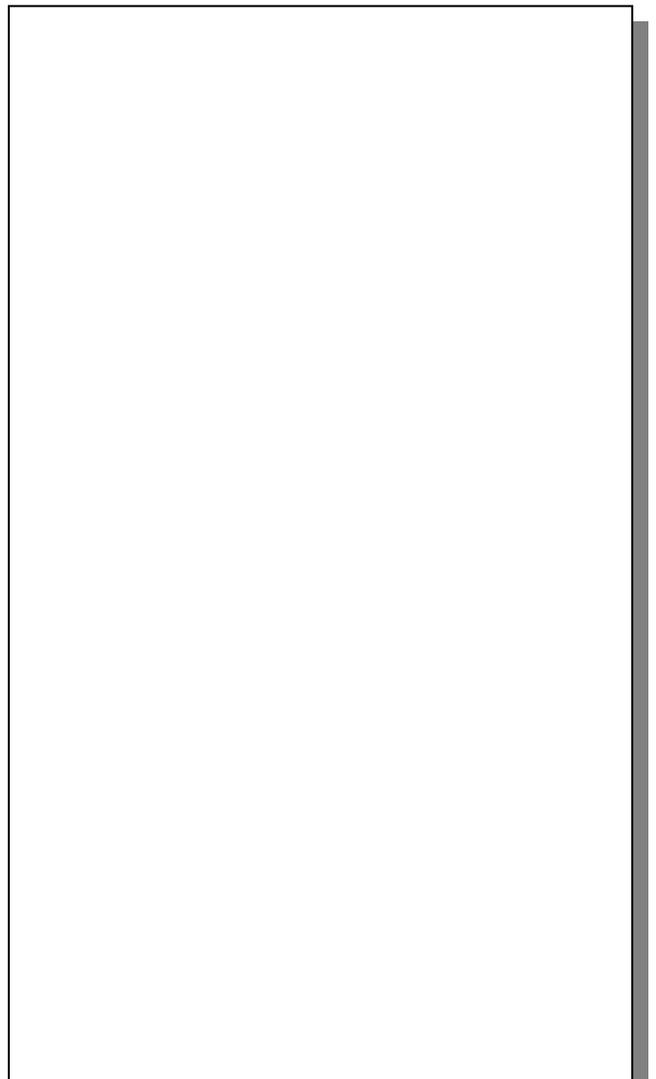
Bis zur organisatorischen Trennung von DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft und DGB-Rechtsschutz-GmbH fand einmal im Jahr ein Pressegespräch mit dem Kreisvorsitzenden und mit den Rechtsschutzsekretären und -sekretärinnen statt, um die Öffentlichkeit über die Arbeit der Rechtsschutzstelle zu informieren.

Gemäß dem Landesrundfunkgesetz ist der DGB Kreis Köln-Leverkusen-Erft in der Mitgliederversammlung der Veranstaltergemeinschaft vertreten. Bei Radio Köln wird der DGB durch den Kollegen Heiko Nigmann, IG Metall, vertreten. Bei Radio Erft durch den Kollegen Gerd Hengsberger, IG CPK, bei Radio Leverkusen durch den Kollegen Hans Erich Hofmann.

Zusammen mit dem gewerkschaftlichen Radioclub „Böcklerplatz“ haben wir im Berichtszeitraum verschiedene Sendungen zu gewerkschaftlichen Themen produziert und bei Radio Köln in der sogenannten Magazinschiene gesendet.

Wir können feststellen, daß die Zusammenarbeit mit den Medien relativ gut ist.

Kölnische Rundschau (Erftkreis), 16.12.98



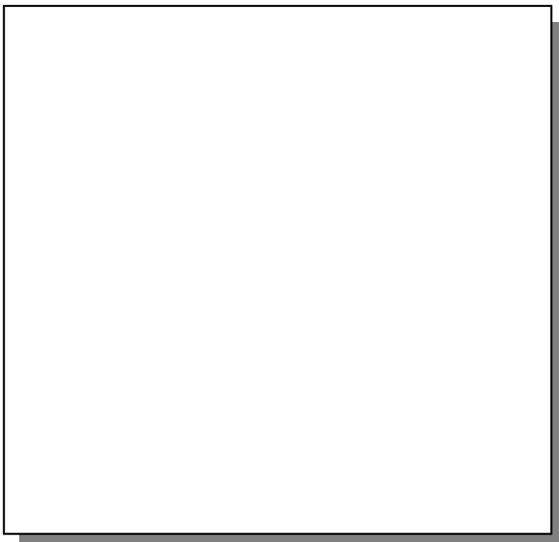
15. Kommunalpolitik

Der DGB-Kreisvorstand hat sich auf vielen Sitzungen mit kommunalpolitischen Fragestellungen beschäftigt. Es fanden Gespräche zwischen dem Vorstand des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft und dem Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen und dem Landrat des Erftkreises statt. Ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Köln wird noch geführt. Es wurden Wahlaufträge zur Oberbürgermeisterwahl in Köln am 03.09.2000 und zur Kommunalwahl am 12.09.1999 für Köln, den Erftkreis und Leverkusen verfasst. Im Rahmen der Kommunalwahl 1999 fanden Podiumsdiskussionen mit den Oberbürgermeisterkandidaten in Köln und den Landratskandidaten im Erftkreis statt. Ferner wurden zur Kommunalwahl 1999 drei Fachkonferenzen durchgeführt.

Anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Partnerschaft zwischen Köln und Liverpool wurde im Gewerkschaftshaus eine Fotoausstellung zur „Arbeiterstadt“ Liverpool präsentiert. Es wurden Gespräche mit den Repräsentanten der kommunalen Wirtschaftsförderung aus Köln, Leverkusen und dem Erftkreis geführt.

Der DGB-Kreisvorstand hat in jedem Jahr nach Einbringung des Haushaltsplanentwurfes durch die Verwaltung der Stadt Köln eine Stellungnahme für den Finanzausschuss und die Fraktionen beschlossen. Diese Stellungnahmen des DGB-Kreisvorstandes fanden immer eine große öffentliche Beachtung. Die Fraktionen im Rat der Stadt Köln reagierten hierauf in der Regel durch Stellungnahmen oder durch sonstige Äußerungen.

Zudem wurden jährlich umfangreiche Stellungnahmen zur Lage der Arbeitnehmer/innen im Erftkreis und in der Stadt Leverkusen abgegeben. Hier kam es zu lebhaften Reaktionen sowohl in der Presse als auch in der kommunalen Öffentlichkeit. Inhalt der Stellungnahmen war in der Regel die Darstellung der Interessenslagen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Mitglieder des DGB-Kreisvorstandes waren im Berichtszeitraum in kommunalen Gremien und Ausschüssen als Vertreter des DGB tätig, u.a. im Wirtschaftsausschuss, im Ausländerbeirat, im Jugendhilfeausschuss und den Arbeitsgemeinschaften nach § 75 Kinder- und Jugendhilfegesetz der Stadt Köln, sowie im Ausländerbeirat und im Jugendhilfeausschuss der Stadt Leverkusen. Darüber hinaus waren viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Bezirksvertretungen, Räten und im Kreistag des Erftkreises tätig.



Kölner Rundschau, 04.02.1999

16. Wirtschafts- und Regionalpolitik

Der DGB-Kreisvorstand hat sich im Berichtszeitraum mehrmals mit der Wirtschafts- und Regionalpolitik beschäftigt. Er hat, soweit es notwendig war, Stellungnahmen abgegeben bzw. durch Gespräche mit Vertreter/innen der Handwerkskammer, der IHK und der kommunalen Wirtschaftsdezernate seinen Standpunkt dargelegt. Er hat sich u.a. informiert anlässlich einer Kreisvorstandssitzung in Leverkusen über die Wirtschafts- und Strukturpolitik der Stadt Köln, der Stadt Leverkusen und des Erftkreises.

Der DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft war durch seinen Vorsitzenden im Vorstand des Vereins „Regio Rheinland, Köln, Bonn und Nachbarn e.V.“, im Bezirksplanungsrat (ab 2001 Regionalrat Köln) und im Wirtschaftsausschuss des Rates der Stadt Köln vertreten.

In Arbeitskreisen und Unterausschüssen insbesondere im Verein Regio Rheinland engagierten sich Vertreter des DGB-Kreises. Über diese Vertretung des DGB-Kreisvorsitzenden und der anderen Mitglieder aus dem DGB-Kreis war es möglich, auf die Politik Einfluss zu nehmen sowie Vorschläge und Anregungen an die Institutionen zu geben, die den Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprachen.

Der DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft setzte sich im Berichtszeitraum intensiv mit der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik der Landesregierung auseinander. Er wurde aufgefordert, Stellungnahmen bei der Beantragung von Förderungskrediten aus dem Landeshaushalt abzugeben.

Leverkusener Anzeiger, 03.02.1999

17. Bildungsarbeit

Im Bildungsbereich werden entscheidende Weichenstellungen für die allgemeine wie auch berufliche Entwicklung eines jeden Menschen vorgenommen.

Wesentlich ist, daß sich dies nicht nur individuell vollzieht, sondern auch immer im Kontext der gesellschaftlichen Lage des jeweiligen Teilnehmers steht. Nicht zuletzt deshalb lag ein deutlicher Akzent der Arbeit im DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft für den Berichtszeitraum in diesem gewerkschaftlichen Betätigungsfeld.

17.1. Bildungsarbeit durch Arbeit und Leben

Die Tradition der Bildungsarbeit der örtlichen Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben in Köln wurde fortgesetzt. Es ist festzustellen, daß die Betriebsbesichtigungen Kölner Betriebe und Einrichtungen besonders große Nachfrage fanden. Auch die Rhetorik- und Arbeitsrechtsseminare bei Arbeit und Leben Köln wurden gut besucht. Nach einer stagnierenden Zwischenphase im Bereich der Bildungsplanung, die mit der organisatorischen Umstrukturierung der Kölner Volkshochschule einherging, konnte mit dem Sommersemester 2001 wieder eine Verstetigung dieser Arbeit verzeichnet werden.

Dennoch bleibt kritisch anzumerken, daß es nach wie vor nur in Ansätzen gelingt, die Funktionsträger der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit zur Seminarteilnahme zu bewegen.

Konzipiert wurde die Bildungsarbeit von Arbeit und Leben Köln durch einen achtköpfigen Vorstand. Dieser bestand je zur Hälfte aus Vertretern des DGB und der Volkshochschule Köln.

Den DGB vertraten die Kollegen:

Konrad Gilges, MdB
Jochen Naumann
Witich Roßmann
Jürgen Reichert.

Im Bereich Leverkusen führte die örtliche Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben die begonnene Arbeit fort. Neben Einzelveranstaltungen, die alle in der Form des Abendseminars durchgeführt wurden, gab es einen Gesprächskreis "Industriegeschichte zur Gewerkschaftsgeschichte seit 1945". Diese "Geschichtswerkstatt" hat sich zum Ziel gesetzt, die Industriegeschichte Leverkusens aufzuarbeiten. Darüber hinaus fanden jeweils zwei

Exkursionen im Rahmen der Bildungsarbeit von Arbeit und Leben statt. Auch in der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Leverkusen wurde die Arbeit durch einen Vorstand konzipiert und betreut. Er bestand aus je drei Vertretern der Volkshochschule und des DGB. Den DGB vertraten die Kollegen:

Jochen Naumann
Heinz Odendahl
Franz Mayer

Ebenfalls im gewohnten Umfange bewegte sich die Arbeit in der örtlichen Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Rhein-Erft. In Form von Abendseminaren wurden im Wintersemester jeweils zwei gesellschaftspolitische Themen in den Orten Wesseling, Brühl und Hürth angeboten.

Im Vorstand von Arbeit und Leben Rhein-Erft vertraten den DGB die Kollegen:

Jochen Naumann
Helmut Roll
Hubert Wanner
Heinz Mau

Das Ortskartell Erftstadt plant mit der Volkshochschule Erftstadt in absehbarer Zukunft eine weitere örtliche Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben zu gründen.

Ferner sind erste Schritte zur Wiederbelebung der örtlichen Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben mit der Volkshochschule Frechen unternommen worden. Obwohl in Frechen die Teilnehmerzahl deutlich zu wünschen übrig ließ, gelang es hier, zu einem hoffnungsfrohen Neuanfang zu kommen.

Am 21. April 1997 wurde eine regionale Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben für den Bereich des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft gegründet. Neben der Organisation einzelner Bildungsveranstaltungen, z.B. in Form von Bildungsurlaubsseminaren, zielte die regionale Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben hauptsächlich darauf, die Bildungswerbung zu straffen bzw. durch Synergieeffekte zu effektiveren.

17.2. Bildungsarbeit mit dem DGB-Bildungswerk NRW e.V.

Trotz der schon seit vielen Jahren vorgenommenen restriktiven Finanzbewilligungen gelang es im Berichtszeitraum weiterhin, Bildungsseminare in Zusammenarbeit mit dem DGB-Bildungswerk NRW e.V. durchzuführen.

Ein Abendseminar zum Thema „Die Kommunalpolitik des Erftkreises aus Arbeitnehmersicht“ fand ebenso ihren Teilnehmerkreis wie einwöchige Bildungsurlaubsseminare zu den Themen: „Die soziale Dimension des werdenden Europas“, „Globalisierung – zwischen Mythos und veränderter Wirklichkeit“ sowie „Wirtschafts und Sozialbedingungen in Europa“.

18. Radioclub / Radiowerkstatt

Die lokale Radiogruppe „Böcklerplatz“ arbeitet schon seit vielen Jahren kontinuierlich und sendet regelmäßig Beiträge im Programm des Radio Köln. Auf regelmäßig stattfindenden Sitzungen werden die einzelnen Sendebeträge vor- und nachbereitet sowie die Nutzung der Radiowerkstatt abgesprochen.

Der Berichtszeitraum war vor allem durch einen einschneidenden Technikwechsel gekennzeichnet. Als anerkannte Radiowerkstatt musste der Radioclub die von der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen vorgeschriebenen Wechseln von der analogen Aufnahmetechnik zur digitalen, computergestützten Technik vollziehen. Dieser Wechsel war zum einen mit umfangreichen finanziellen Ausgaben im Bereich der Technikbeschaffung verbunden, als auch mit erheblichen Qualifizierungsbemühungen bei den aktiven Kolleginnen und Kollegen. Beides gelang mit Hilfe der finanziellen Förderung durch die GfL (Gewerkschaften für Lokalfunk) des DGB-Landesbezirkes.



Hierbei ist anzumerken, dass die technischen Anforderungen für die Anerkennung als Radiowerkstatt von der LfR weiter angehoben werden, so dass auch künftig weitere Investitionen notwendig sind. Zu nennen sind z.B. eine Telefonhybridanlage, um telefonische Interviews zu führen und tragbare DAT-Rekorder, um Straßeninterviews zu führen.

Der Radioclub hat sich im Berichtszeitraum einen festen Sendeplatz beim Radio Köln erarbeitet und produzierte fast jede Woche einen Beitrag. An dieser Stelle muß aber darauf hingewiesen werden, dass gerade im zweiten Halbjahr 2000 einige Beiträge aufgrund einer akuten Personalknappheit nicht produziert werden konnten. Dies galt besonders für die Kolleginnen und Kollegen, die für die technische Betreuung, d.h. für die Aufnahme und den digitalen Schnitt verantwortlich waren.

Aus dieser Situation hat sich der Radioclub dank einer „Werbekampagne“ wieder erholt. Es gelang, neue Kollegen für die Arbeit im Radioclub zu gewinnen und umfangreich im Bereich Tontechnik zu qualifizieren.

Dennoch kann die Arbeit des Radioclub langfristig nur gesichert werden, wenn regelmäßig neue Kolleginnen und Kollegen das Team durch ihre kontinuierliche Mitarbeit verstärken und die Gewerkschaften den Bürgerfunk stärker als Bestandteil ihrer Öffentlichkeitsarbeit nutzen.

Die Radiogruppe wird seit vielen Jahren geleitet und zusammengehalten durch die ehrenamtliche Tätigkeit ihres Vorsitzenden Gerd Diefenthaler. Ohne sein Engagement bzw. den Einsatz des Vorstandes und der aktiven Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften könnte der gewerkschaftliche Radioclub nicht überleben. Für ihre ausnahmslos ehrenamtliche Tätigkeit und die damit verbundene Öffentlichkeitswirksamkeit gebührt ihnen unsere Anerkennung.

Im Berichtszeitraum hat der Radioclub eine große Zahl sehr unterschiedlicher Themen aus den Bereichen Politik, Kultur, Wirtschaft und Arbeitsleben behandelt. Beispielhaft zu nennen sind:

- Jugendarbeitslosigkeit
- Richtig bewerben
- Ausbildungschancen
- Neue Ausbildungswege
- Kölner Arbeitsloseninitiativen
- Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
- Berichte zum 1. Mai
- Gewerkschaft: gestern und heute
- Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes
- Job-Parade in Dortmund
- Traditionspflege des Karnevals
- Tuntenball - Show em Veedel
- Kinderhörspiel „Frau Dick“
- Schulstreß
- 10 Jahre Zartbitter e.V.
- Verkehrssicherheitstraining für Kinder
- Graffiti im Stadtbild
- Drogen
- Alternativmedizin
- Kommunalwahl
- Alle Regler gegen Rechts
- NS-Zwangsarbeiter
- Tumulte um Ex-DDR Spionagechef Markus Wolf
- Brauchen wir noch eine Wehrpflicht?
- Kriminalstatistik Köln

Radioclub Böcklerplatz

**Bürgerfunk lebt
vom Mitmachen**

Radioclub Böcklerplatz
c/o DGB Kreis Köln-Lev.Erft
Hans-Böckler-Platz 9
50672

Info-Flyer aus 2001

19. Jugendarbeit

19.1. Gremienarbeit

Jugendarbeit umfasst nicht nur die Arbeit MIT Jugendlichen sondern auch FÜR Jugendliche. Die DGB-Jugend vertrat in verschiedenen Gremien die Interessen von Jugendlichen allgemein, und der Gewerkschaftsjugend im Besonderen, beispielsweise im Jugendring der Stadt Köln, im Ausschuss für Jugendarbeitsschutz beim staatlichen Amt für Arbeitsschutz oder im Jugendhilfeausschuss der Stadt Köln.

19.1.1. Jugendarbeitsschutzausschuss:

Im letzten Geschäftsbericht wurde die Arbeit des Jugendarbeitsschutzausschusses beim staatlichen Amt für Arbeitsschutz als wenig effektiv beschrieben. Dies hat sich in diesem Berichtszeitraum deutlich geändert. Nach einer dreijährigen Pause gelang es, den Ausschuss neu zu konstituieren und seine Arbeit auf eine tragfähige Basis zu stellen.

Besonders hervorzuheben ist die regelmäßige Präsenz des Ausschusses auf der Handwerksmesse. Hierbei gelang es, auf die Belange des Jugendarbeitsschutzes, besonders auf das Thema „Allergie und Berufswahl“, sowie auf das Problem der Kinderarbeit in Köln hinzuweisen. Die Arbeit des Ausschusses war dabei von einer vertrauensvollen und sachorientierten Zusammenarbeit der Arbeitsgeber- und Arbeitnehmervertreter/innen sowie den Vertreter/innen des staatlichen Amtes für Arbeitsschutz geprägt.

19.1.2. Jugendring der Stadt Köln:

Der Jugendring ist ein Zusammenschluss von aktiven Jugendverbänden in Köln. Er bündelt und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Rat und Verwaltung. Aus diesem Grund kam der Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring eine besondere Bedeutung zu. Zu nennen ist hier vor allem die Mitarbeit im Vorstand und im Arbeitskreis Jugendhilfe sowie der enge Kontakt zu den Mitgliedsverbänden.

Die DGB-Jugend ist als einer der mitgliederstärksten Verbände mit sechs Delegierten auf den Vollversammlungen vertreten. Von politischer Bedeutung waren vor allem zwei Diskussionen: a) Einführung einer Jugendleiter-Karte; b) Einführung der neuen bezirklichen und städtischen Arbeitsgemeinschaften (hierzu später mehr).

19.1.3. Jugendhilfeausschuss:

Ein Vertreter der DGB-Jugend ist als stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss der Stadt Köln vertreten. Das ordentliche Mandat wird zur Zeit von einem Vertreter der Kölner Falken wahrgenommen. Obwohl der DGB-Vertreter bisher kaum das stellvertretende Mandat wahrnehmen musste, war die DGB-Jugend bemüht, den Kontakt zu den im Ausschuss vertretenen Parteien und Verbänden zu intensivieren. Hierzu gehörte vor allem die Teilnahme an den vorbereitenden Sitzungen des Arbeitskreises Jugendhilfe der SPD-Fraktion.

19.1.4. Städtische Arbeitsgemeinschaften:

Im Jahr 2000 hat sich die Struktur der städtischen Jugendhilfe deutlich verändert. Unter dem Aspekt der Koordination und Kooperation verbandlicher Jugendarbeit wurden verschiedene bezirkliche und städtische Arbeitsgemeinschaften gegründet. Als anerkannter Träger der Jugendarbeit und als Träger einer Jugendberatungsstelle ist die DGB-Jugend in einigen der gegründeten Arbeitsgemeinschaften vertreten: AG 78 Jugendsozialarbeit; AG 78 Jugendverbandsarbeit; AK Beratungsstellen.

Da sich die AGen aber immer noch im Aufbau befinden und ihre Aufgaben und Kompetenzen bisher noch nicht ausreichend geklärt sind, kann zu diesem Zeitpunkt keine Bewertung erfolgen. Die DGB-Jugend wird diesen Gründungsprozess in enger Abstimmung mit den anderen betroffenen Jugendverbänden kritisch-konstruktiv begleiten.

19.1.5. Schulkonferenzen von berufsbildenden Schulen:

Laut Schulmitwirkungsgesetz können Gewerkschaften an den berufsbildenden Schulen Arbeitnehmervertreter/innen mit beratender Stimme benennen. Schulkonferenzen haben zum Teil maßgebende Entscheidungsbefugnisse, z.B. bei der Budgetplanung, bei der Formulierung schulscharfer Ausschreibungen, bei der Besetzung der Rektorenstellen. Leider ließ in diesem Bereich wie schon im vorhergehenden Berichtszeitraum die Mitarbeit der Arbeitnehmervertreter/innen sehr zu wünschen übrig. Bei einer Befragung von zehn Berufsschulen teilten uns sieben mit, dass in den letzten zwei Jahren kein(e) Gewerkschaftsvertreter(in) an den Schulkonferenzen teilgenommen hat. Gewerkschaften berauben sich damit einer guten Möglichkeit, den Kontakt zu Schulen und Kollegium auf- und auszubauen, auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen und gewerkschaftliche Positionen mit Nachdruck zu vertreten.

19.1.6. Ausbildungskonsens:

Die DGB-Jugend war auch im Rahmen des Kölner Ausbildungskonsenses vertreten. Während sich bis 1998 ein deutlicher Konfrontationskurs zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter/innen bemerkbar machte, war die Zeit ab 1999 vor allem durch ein deutliches Bemühen aller Seiten gekennzeichnet, die Situation auf dem Ausbildungsmarkt

zu verbessern, durch geeignete Informationsveranstaltungen auf freie Ausbildungsplätze hinzuweisen und Qualifizierungsmaßnahmen zu unterstützen. Auch wenn nicht zuletzt durch diese Bemühungen in Köln statistisch gesehen das Verhältnis von Ausbildungsplätzen zu Bewerber/innen bei annähernd 100 Prozent liegt, kann immer noch nicht von einer Entwarnung auf dem Ausbildungsmarkt gesprochen werden, da vor allem Schüler/innen mit Migrationshintergrund immer noch erhebliche Schwierigkeiten haben, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. Weitere Informationen in Kapitel: 9.2. Ausbildungsplatzsituation / Ausbildungskonsens.

19.1.7. Berufsbildungsausschuss der IHK:

Ein wichtiger Bereich innerhalb der Gremienarbeit stellt die Mitarbeit im Berufsbildungsausschuss der IHK dar. Hier fungierte ein Vertreter der DGB-Jugend bis 2000 als alternierender Vorsitzender. Während die inhaltliche Arbeit im Ausschuss, d.h. vor allem die Verabschiedung von neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen, sachlich-konstruktiv und weitgehend einstimmig erfolgte, zeichnete sich bei einer Befragung von Schulabgänger/innen in 1999 eine deutliche Konfliktlinie zwischen der IHK und den Arbeitnehmervertreter/innen ab: Die Befragung wurde von der IHK ohne Information oder Beteiligung des Berufsbildungsausschusses durchgeführt. Die Presse nahm die Befragung dankbar mit der Schlagzeile auf, daß SchülerInnen zu dumm für eine Ausbildung seien. Von Seiten der Arbeitnehmervertreter wurde das gesamte Verfahren im Ausschuss heftig kritisiert. Es bleibt abzuwarten, ob die IHK den Berufsbildungsausschuss bei künftigen Anlässen frühzeitig informiert und beteiligt. Mehr hierzu in Kapitel: 9.1. Berufsbildungsausschuss der IHK zu Köln.

19.1.8. Förderverein Hans-Böckler-Berufskolleg:

Zum Hans-Böckler-Berufskolleg besteht nicht nur auf Grund des Namens eine traditionell gute Beziehung. Der DGB war auch innerhalb des Fördervereins aktiv - leider aber nicht in dem Maße, wie es von beiden Seiten gewünscht wurde, da sich die Sitzungstermine des Fördervereins häufig mit anderen Terminen überschneiden. Dennoch gelang es im Berichtszeitraum unter dem Motto „miteinander leben - miteinander arbeiten“ einen Aktionstag gegen Rechts zu organisieren, an dem ca. 150 Schüler/innen teilnahmen und sich mit dem Themen Rechtsextremismus und Gewalt beschäftigten.

19.1.9. Beiräte Schule/Beruf

Mit Erlass vom 23.09.1999 wurden in Nordrhein-Westfalen sogenannte „Beiräte Schule / Beruf“ eingerichtet, mit dem Ziel, im Dialog von Schule, Arbeitsverwaltung, Kammern, Arbeitgebern und Gewerkschaften, den Berufswahlorientierungsprozess von Schülerinnen und Schülern zu optimieren. Die DGB-Jugend war personell in den Beiräten der Stadt Köln und der Stadt Leverkusen vertreten. Da die Beiräte erst ab Mitte 2000 ihre Arbeit aufgenommen haben, kann zur Zeit noch keine Bewertung der Arbeit erfolgen.

19.2. Bildungsarbeit

Neben der Gremienarbeit spielte die Bildungsarbeit eine wichtige Rolle. Das Angebot umfasste verschiedene Schwerpunkte: Schülerseminare der DGB-Jugend, Beratungsstelle an der Hauptschule Borsigstr., Schulbesuche, Jugendarbeit der Gewerkschaften. Dabei hat sich in den letzten Jahren in Köln eine Aufgabenteilung herauskristallisiert: Während sich der DGB überwiegend auf die schulische Vorfeldarbeit an allgemeinbildenden Schulen spezialisierten, richtete sich das Angebot der Gewerkschaften überwiegend an Jugendliche in der Berufsausbildung.

19.2.1. Berufsvorbereitungsseminare:

Zu den schon klassisch zu nennenden Angeboten der DGB-Jugend gehörten mehrtägige Seminare mit Schüler/innen von Haupt- und Kollegschaften. Inhaltlich befassten sich die Seminare überwiegend mit dem Übergang Schule/Beruf, d.h. Lebenswegplanung, Bewerbungstraining, Rechte und Pflichten in der Ausbildung, betriebliche Interessenvertretung, Mitbestimmung, Geschichte der Gewerkschaften usw.

Wegen der hohen Kostensteigerung für Unterkunft und Verpflegung wurde die Zahl der Seminare ab 2000 deutlich reduziert. In 2001 überarbeitete die DGB-Jugend das Konzept der vorhandenen Schülerseminare. Dabei wurden die Inhalte aktualisiert und der Ablaufplan gestrafft, um kostengünstigere Seminare anzubieten.

19.2.2. Beratungsstelle an der Hauptschule Borsigstrasse:

In 1999 wurde an der Hauptschule Borsigstrasse eine Beratungsstelle „Übergang Schule / Beruf“ eingerichtet, mit dem Ziel, ähnlich wie bei den vorgenannten Schülerseminaren, Jugendlichen umfangreiche Hilfe und Beratung bei der Ausbildungsplatzsuche zu bieten.

Um die Attraktivität des Beratungsangebotes zu steigern, wurden vier PC-/ Internetarbeitsplätze eingerichtet. Die neuen Medien wurden und werden dabei zum einen gezielt bei der Berufswahlberatung und beim Bewerbungstraining eingesetzt, zum anderen aber auch für PC-Schulungen. Die Beratungsstelle war während der Schulzeit in der Regel an drei Tagen in der Woche von 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr geöffnet. Die Öffnungstage standen unter einem besonderen Motto, z.B. Berufsorientierung, PC-/Internetschulung, Bewerbungen schreiben und richteten sich in der Regel an Schüler/innen eines bestimmten Jahrganges bzw. einer bestimmten Altersklasse. Daneben fanden zum Teil unter Beteiligung von anderen Institutionen, z.B. Arbeitsamt, pro familia, JAV Ford, spezielle „Mädchentage“ statt.

Öffnungszeiten, inhaltliches Angebot und Zielgruppe wurden langfristig geplant und kommuniziert. Diese langfristige Planung war notwendig, um den großen Zuspruch der Schüler/innen zu kanalisieren. Sie war zudem hilfreich, da die Schüler/innen ihre Teilnahme entsprechend ihrer Interessen ausrichten konnten.

19.2.3. Schulbesuche / Unterrichtsgestaltung:

In Köln ist die Bereitschaft von Schulen und Lehrer/innen sehr groß, externe Referent/innen bei der Gestaltung einzelner Unterrichtsstunden einzuplanen. Im Berichtszeitraum erfolgten eine Vielzahl solcher „Einsätze“, die sich inhaltlich überwiegend an folgenden Themen orientierten: Geschichte der Gewerkschaften / Funktion und Ziele von Gewerkschaften / Mitbestimmung / Tarifverträge / Jugendarbeitslosigkeit / Rechtsextremismus / Bewerbungstraining.

Besonders hervorzuheben ist eine Podiumsdiskussion an einem Kölner Gymnasium im Vorfeld der Landtagswahl 2000, bei der neben Parteienvertretern auch ein Arbeitgeber und ein DGB-Vertreter über das Thema Jugendarbeitslosigkeit diskutierten und sich den sehr kritischen und fundierten Fragen der Jugendlichen stellten.

19.2.4. Qualifikation von ehrenamtlichen Kolleg/innen:

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit kann nicht ausschließlich durch hauptamtliche Mitarbeiter/innen erfolgen. Um ein breit gefächertes Angebot aufrecht zu erhalten, ist ehrenamtliches Engagement zwingend erforderlich. Neben der Rekrutierung neuer Kolleg/innen stand daher immer auch eine Qualifizierung der ehrenamtlichen Kolleg/innen auf der Tagesordnung. Im Berichtszeitraum gelang es, jährlich drei Teamerqualifikationen durchzuführen. Thematisch wurden dabei folgende Schwerpunkte behandelt: Soziale Kompetenz, Methodentraining, PC-Schulungen, Entwicklung von Materialien für die Bildungsarbeit.

Die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen der DGB-Jugend Köln trafen sich im Berichtszeitraum in jedem Monat - außer in der Ferienzeit - zum sogenannten TeamerInnenarbeitskreis. Hier wurden zum einen die Bildungsangebote der DGB-Jugend besprochen und organisiert. Zum anderen wurden aber auch aktuelle gewerkschaftliche Themen diskutiert. An dieser Stelle muß den ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen, die überwiegend aus dem studentischen Umfeld der Gewerkschaften kommen, für ihr starkes Engagement unsere Anerkennung ausgesprochen werden.

19.2.5. Politische Bildung:

Neben dem Schwerpunkt Übergang Schule / Beruf fanden im Berichtszeitraum auch verschiedene Aktionen und Veranstaltungen statt, die eher dem Feld politische Bildungsarbeit zuzuordnen sind.

In 2000 fand beispielsweise eine Veranstaltung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Jugend in Deutschland“ statt, wobei der Kölner DGB-Jugendsekretär die Bereiche Jugendarbeitslosigkeit und Rechtsextremismus betreute. Ebenfalls in 2000 beteiligte sich die DGB-Jugend Köln an der Auftaktveranstaltung zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“. Mit einem Infostand informierten wir über die verschiedenen Möglichkeiten, sich innerhalb von Gewerkschaften und DGB ehrenamtlich zu engagieren.

Da bei der Kommunalwahl 1999 das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt wurde, informierte die DGB-Jugend Schüler/innen mit einer eigenen Broschüre „Das erste Mal tut gar nicht weh ..“ ausführlich über das Wahlrecht und forderte Jugendliche auf, sich an der Wahl zu beteiligen.

In 1998 wurde ein „Historischer Rundgang durch Köln“ angeboten, um auf die revolutionären Ereignisse von 1848 aufmerksam zu machen.

19.2.6. Bildungsarbeit der Gewerkschaften:

Schließlich ist auch die (Jugend-) Bildungsarbeit der Gewerkschaften zu nennen, die zum großen Teil unabhängig vom DGB und von DGB-Strukturen stattfand. Gerade im Bereich der Qualifizierung von JAVen und Auszubildenden organisierten die Kölner Gewerkschaften ein umfangreiches Bildungsangebot, an dem zum Teil bis 130 Jugendliche pro Seminar teilnahmen. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit umfasste aber auch die Gestaltung von Unterrichtsstunden an Berufskollegs sowie Aktionen an und mit Berufsschulen.

19.3. Jugendverbandsarbeit

Die DGB-Jugend ist ein nach § 75 Kinder- und Jugendhilfegesetz anerkannter Träger der Jugendhilfe. Sie ist gleichzeitig ein anerkannter Jugendverband. Im Bereich der Jugendverbandsarbeit sind vor allem drei Bereiche zu nennen, in denen die DGB-Jugend Köln aktiv war:

19.3.1. Koordination der gewerkschaftlichen Jugendarbeit:

Bei aller Selbstständigkeit der gewerkschaftlichen Jugendarbeit stand im Berichtszeitraum vor allem der Informationsfluss zwischen DGB und den Gewerkschaften im Vordergrund. Hierzu wurde versucht, ein regelmäßiges Treffen der Jugendsekretäre zu organisieren, was aber nur zum Teil gelang. Auf diesen Treffen wurden aber auch gemeinsame Aktionen, wie z.B. die Berufsschulaktion 2000, besprochen und organisiert.

Trotz verschiedener Ansätze gelang es im Berichtszeitraum nicht, einen Kreisjugendausschuss als organische Vertretung der Gewerkschaftsjugend neu zu gründen.

Die Jahre 2000 und 2001 waren zudem geprägt von der Diskussion über eine neue Jugendeinrichtung. Ausführliches hierzu folgt im Kapitel 19.4. Jugendcafe.

19.3.2. Arbeiterjugendbündnis:

Ein wichtiger Bereich der Jugendverbandsarbeit stellte das sogenannte Arbeiterjugendbündnis dar. In ihm sind neben den Jugendorganisationen der Gewerkschaften auch befreundete Organisationen (Falken, AWO, Naturfreunde, Jusos) vertreten. Im Berichtszeit-

raum befasste sich das Arbeiterjugendbündnis vor allem mit den Themen Shell-Jugendstudie, der Neuordnung der bezirklichen Jugendhilfeplanung, der Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl, der Ausbildungsplatzsituation in Köln und dem drohenden Auszug der Falken aus der Bottmühle.

Natürlich gab es auch gemeinsame Aktionen: Schon klassisch zu nennen ist ein enge Zusammenarbeit beim 1. Mai mit Infoständen und zum Teil mit einer Mai-Fete. Ein großes Presseecho fand die gemeinsame Jugendveranstaltung in der Schildergasse zur Bundestagswahl 1998.

19.3.3. Bündnisse gegen Rechts:

Bündnisarbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt gehörte auch im Berichtszeitraum zu den kontinuierlichen Arbeitsschwerpunkten der DGB-Jugend. Besonders hervorzuheben ist die Gegendemonstration gegen einen Aufmarsch von Neonazis am 9. November 2000. Dabei gelang es, ein breites Bündnis aus Vertreter/innen von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden, Initiativen und Kultur zu initiieren, und ca. 25.000 Gegendemonstranten zu mobilisieren. Mehr hierzu in Kapitel: 6.5. Demonstrationen / Bündnisse gegen Rechts.

19.4. Jugendcafe

Das DGB-Jugendcafe im Bahnhof Köln-West war lange Zeit ein zentraler Anlaufpunkt für gewerkschaftliche Jugendarbeit. Leider mussten die Räume zum 31.12.2000 aufgegeben werden.

Die Konzeption des Jugendcafe sah vor, dass der Gewerkschaftsjugend Räume für ihre Aktivitäten zur Verfügung gestellt wurden. Diverse Versuche, das Cafe durch kulturelle Veranstaltungen (Autorenlesungen, Live-Musik etc.) zu einem belebten Treffpunkt zu gestalten, scheiterten - nicht zuletzt auch durch den Lärm des Bahnbetriebes.

Das Cafe entwickelte sich daher in den letzten Jahren zu einer „Feteneinrichtung“. Inhaltliche Veranstaltungen wurden mehr und mehr in das Gewerkschaftshaus verlagert. Mit verantwortlich ist dafür sicherlich auch, dass die Räume des Jugendcafes durch den Fettenbetrieb stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Aus diesen Gründen hat sich die Gewerkschaftsjugend und der Kreisvorstand entschlossen, die Räume aufzugeben.

Innerhalb der Gewerkschaftsjugend bestand sehr schnell Einigkeit darüber, dass eine neue Jugendeinrichtung notwendig ist. Ein eigens gegründeter Arbeitskreis hat daher in 2000 unter dem Arbeitstitel „Jugendbüro - on top“ ein Konzept für eine neue Jugendeinrichtung erarbeitet. Stichworte: Offene Jugendeinrichtung, tägliche Öffnungszeiten, Beratungs- und Schulungsangebot für Schüler/innen, Auszubildende und JAVen.

Als Standort der neuen Einrichtung wurde das Ladenlokal (ehemalige bfw-Räume) favorisiert. Eine Entscheidung über die Räume ist bisher noch nicht getroffen, da durch die

Gründung von ver.di ein neues Raumnutzungskonzept im Gewerkschaftshaus notwendig wird. Aus diesem Grund ist die Gewerkschaftsjugend bemüht, Ersatzräume im Umfeld des Gewerkschaftshauses zu finden.

19.5. DGB-Jugend NRW

Neben den Aktivitäten vor Ort gibt es auch vielfältige Aktivitäten auf DGB-Landesebene, an denen sich die DGB-Jugend Köln beteiligte. Diese Aktivitäten werden überwiegend in den monatlich stattfindenden Abteilungssitzungen der DGB-Jugendsekretäre und im Landesbezirksjugendausschuss organisiert und koordiniert. Zu nennen sind vor allem:

19.5.1. DGB-Jugendreisen:

In den Jahren 1997 bis 1999 führte die DGB-Jugend Köln eigene Jugendreisen durch. Da das lokale Angebot in den drei Jahren immer weniger von Jugendlichen angenommen wurde, wurde in 2000 keine eigene Reise mehr angeboten.



Statt dessen unterstützte die DGB-Jugend Köln mit Betreuer/innen und Werbung das Jugendreiseangebot des Landesverbandes, das unter dem Motto „anders reisen“ seit Jahren angeboten wird. Es ist beabsichtigt, den Kontakt mit Kölner Teilnehmer/innen künftig auch über die eigentlichen Reisen hinaus auszubauen.

19.5.2. DGB-Jugendbildungszentrum:

Das Jugendbildungszentrum Hattingen ist die zentrale Bildungseinrichtung der DGB-Jugend NRW. Um den Kontakt zum Bildungszentrum aufrecht zu erhalten, beteiligen sich die DGB-Jugendsekretäre vor Ort an der Ausgestaltung des Bildungsprogramms. Der Kölner Jugendsekretär ist dabei für die Durchführung von zwei Seminaren zuständig, die sich mit aktuellen, tagespolitischen Themen beschäftigen.

Zudem ist der Kölner Jugendsekretär für die Neukonzeption der DGB-Jugend-NRW-Homepage verantwortlich und hat hierzu im Jahr 2000 ein ausführliches Konzept vorgelegt.

19.5.3. Berufsschulaktion 2000:

Das Thema der beruflichen Erstausbildung war auch im Berichtszeitraum ein wichtiger Bereich der landeszentralen Aktivitäten. Die größte Aufmerksamkeit hatte dabei die Berufsschulaktion 2000, die unter dem Motto „Brennpunkt Ausbildung“ stand. Mit einem Feuerwehrwagen wurden landesweit 23 Berufsschulen angefahren und die Schüler/innen

über ihre Erfahrungen befragt. Köln war an dieser Aktion mit einem Standort beteiligt. Dabei zeigte sich, dass die Bereitschaft von Kölner Schulen und Lehrer/innen, Gewerkschaften in den Unterricht zu integrieren, im Vergleich zu vielen anderen Städten in NRW, außergewöhnlich gut ist.

Als Ergebnis dieser gelungenen Aktion bestehen innerhalb der Gewerkschaftsjugend Überlegungen, eine ähnliche Aktion in Eigenregie durchzuführen.

19.5.4. Skate 4 Jobs:

In 1999 machte die DGB-Jugend mit einem anderen landeszentralen Event, „Skate 4 Job“, auf die Ausbildungsplatzsituation NRW aufmerksam. Jugendliche wurden aufgerufen, sich mit Inlinern in Dortmund an einem Demonstrationszug für mehr Ausbildungsplätze zu beteiligen. Natürlich gab es auch ein buntes, jugendgerechtes Kulturprogramm.

Die DGB-Jugend Köln beteiligte sich an dieser Aktion zum einen an der Planung, zum anderen durch eine breit angelegte Mobilisierungskampagne an den Kölner Schulen.

19.5.5. Jobparade NRW:

Die größte landeszentrale Veranstaltung im Berichtszeitraum war mit Sicherheit die Jobparade NRW in Dortmund. Unter dem Motto „jobs 4 party - party 4 jobs“ mobilisierte die Gewerkschaftsjugend nicht nur zu einem großen Techno-Umzug durch die Dortmunder Innenstadt nach Vorbild der Loveparade. Sie thematisierte auch die Ausbildungsplatzsituation in NRW. Gleichzeitig konnten sich interessierte Jugendliche über das Medium Internet und durch ein Informationszelt (Job-Point) über die Themen Berufswahl und Bewerbung informieren. Mit der Veranstaltung konnten nach Presseberichten ca. 20.000 Jugendliche zu der damit größten Mai Kundgebung in NRW mobilisiert werden. Das Presseecho, gerade im Bereich des Ruhrgebietes, war ungewöhnlich positiv.



Die DGB-Jugend war aufgrund ihrer Erfahrungen durch die Beratungsstelle an der Hauptschule Borsigstraße maßgeblich an der Organisation und Gestaltung des Jobpoint beteiligt.

20. DGB-Vertretungen in Institutionen und Vereinen

Arbeitsamt Köln, Verwaltungsausschuss

Mitglieder:

Konrad Gilges	DGB
Walter Büchner	ÖTV / ver.di
Dr. Witich Roßmann	IG Metall
Gerd Hengsberger	IG BCE
Andreas Spielberg	IG BAU
Martin Burkhard	IG Medien / ver.di
Peter Prochnau	DAG / ver.di

Stellvertreter:

Jochen Naumann	DGB
Robert Spitz	ÖTV / ver.di
Horst Grübna	DPG / ver.di
Ernst Busch	NGG
Bernd Petri	HBV / ver.di
Gabriele Dreier-Heitfeld	DAG / ver.di
Horst Wirtz	DAG / ver.di

Arbeitsamt Brühl, Verwaltungsausschuss

Mitglieder:

Jochen Naumann	DGB
Heinz Jüssen	IG BCE
Petra Laukötter-Pötthoff	DAG / ver.di
Karl Panitz	DGB
Karl Reuber	IG Metall

Stellvertreter:

Karl-Josef Dauvermann	IG BCE
Gerhard Meyer	IG BCE
Werner Schäfer	bfw / DGB
Herbert Weiß	IG BCE
Wolfgang Wittlake	DAG / ver.di

Arbeitsamt Bergisch Gladbach, Verwaltungsausschuss

Mitglieder:

Rolf Dresbach	IG Metall
Elke Hannack	DGB
Horst Zimmersmanns	IG Metall
Reinhild Kölzer	IG Metall
Jochen Naumann	DGB
Rolf Bühler	IG BCE

Stellvertreter:

Norbert Kemper	IG Metall
Werner Schäfer	bfw / DGB
Gudrun Klenke	DAG / ver.di
Ernst Otto Radcke	IG Metall
Hans Machl	ACA
Klaus Offermann	ACA

Handwerkskammer

Handwerkskammer-Vizepräsident:	Fred Balsam	IG Metall
Vorsitzender des Berufsbildungsausschusses:	Hans-Peter Kerzmann	IG Metall
Mitglieder im Berufsbildungsausschuss:	Franz-Josef Hürten Hans-Peter Kerzmann	IG BAU IG Metall
Stellvertreter:	Frank Frohmann Ralf Biry Maternus Burauen	IG BAU IG BAU IG BAU

Industrie- und Handelskammer zu Köln

Vorsitzende des Berufsbildungsausschusses:	Ulrike Göking	NGG
Mitglieder im Berufsbildungsausschuss:	Jörg Feldmann Ulrike Göking Jutta Kleborn Karsten Kaus Peter Prochnau Jörg Mährle	IG BCE NGG IGMed./ ver.di IG Metall DAG / ver.di DGB
Stellvertreter:	Uwe Baasch C. von Fürstenberg Heinz Hergarden Ulrike Körber Werner Schäfer Dorotee Wenner	IG Metall ÖTV / ver.di GdED ÖTV / ver.di ÖTV / ver.di DAG / ver.di
Mitglieder im Schlichtungsausschuss:	Martin Burkhard Ernst Busch Jörg Feldmann Jörg Gonsior Friedel Müller Heiko Nigmann Gerd Hartkämper Karsten Kaus Jörg Mährle Waltraud Brück-Nuxol Gabriele Dreier-Heitfeld Peter Prochnau	IGMed./ver.di NGG IG BCE ÖTV / ver.di HBV / ver.di IG Metall IG Metall IG Metall DGB DAG / ver.di DAG / ver.di DAG / ver.di

**Selbstverwaltung – AOK Rheinland –
- Regionaldirektion Köln/Regionalbeirat –**

Mitglieder:

Bernd Petri	HBV / ver.di
Robert Spitz-Hörter	ÖTV / ver.di
Anneliese Weyers	NGG
Günter Hilgers	IG Medien / ver.di
Karl Reuber	IG Metall
Ekrem Aytekin	IG BAU
Anton Tillmann	IG BAU

Stellvertreter:

Theo Röhrig	IG Metall
Bernd Denker	HBV / ver.di
Ulla Breuer	ÖTV / ver.di
Josef Schneider	IG BAU
Theo Quodt	ÖTV / ver.di
Binali Edis	ÖTV / ver.di
Ernst Koch	ÖTV / ver.di

**Selbstverwaltung – AOK Rheinland –
- Regionaldirektion Erftkreis/Regionalbeirat -**

Mitglieder:

Christian Faßbender	ÖTV / ver.di
Alfons Müller	IG Metall
Joachim Naumann	DGB
Helmut Wolf	IG BCE
Horst Schulz	ÖTV / ver.di
Udo Schäfer	IG Metall
Karl Reuber	IG Metall

Stellvertreter:

Susanne Köllen-Pohl	ÖTV / ver.di
Hans-Peter Vosen	ÖTV / ver.di
Franz Schorn	IG BAU
Manfred Weber	IG BCE
Adolf Faßbender	IG Metall
Manfred Schneider	IG Metall
Albert Geusgen	IG Metall

**Selbstverwaltung – AOK Rheinland –
- Regionaldirektion Leverkusen/Regionalbeirat -**

Mitglieder:

Heinz Odendahl	ÖTV / ver.di
Hermann-J. Kentrup	IG BCE
Gerhard Ostrowski	IG BCE
Wilbert Peters	IG Metall
Marlies Fritz	HBV / ver.di
Dieter Gräf	IG Metall
Giancarlo Proietti	IG Metall

Stellvertreter:

Walter Adams	ÖTV / ver.di
Heinz Giese	IG BCE
Heinrich Jonschko	IG Metall
Andreas Voerste	IG BAU
Kai Lenz	IG BCE

**Selbstverwaltung – IKK Nordrhein –
- Regionaldirektion Köln/Rhein-Sieg/Regionalbeirat -**

Mitglieder:

Frank Fahr	IG Metall
Karl-Heinz Garbe	IG Metall
Karl-Heinz Glienke	IG BAU

Stellvertreter:

Hans-Peter Heinen	IG Metall
Günter Schmitz	NGG
Metin Bektas	IG BAU

Heinrich Pauli	IG BAU	Bert Schnitzler	IG BAU
Gerd Pöhlmann	NGG	Werner Peter	IG BAU
Rolf Schmidt	IG Metall		

**Selbstverwaltung – IKK Nordrhein –
- Regionaldirektion Bonn und Erftkreis/Regionalbeirat -**

Mitglieder:

Werner Sturm	IG Metall
Hubert Brühl	IG Metall
Siegfried Matheis	IG Metall
Gisela Goetz	IG Metall
Lothar Groß	IG BAU
Fritz Dinkelbach	IG Metall
Matthias Biry	IG BAU

Stellvertreter:

Hans-Peter Kerzmann	IG Metall
Peter Ortsiefer	IG Metall

**Ausschuss für Jugendarbeitsschutz
beim Staatlichen Amt für Arbeitsschutz**

Mitglieder:

Markus Römer	IG BCE
Friedel Müller	HBV / ver.di
Jörg Gonsior	ÖTV / ver.di
Ulrike Göking	NGG
Jörg Mährle	DGB
Volker Wenner	DAG / ver.di

Stellvertreter:

Matthias Jacobs	IG BCE
Karsten Kaus	IG Metall
Ulrike Körber	ÖTV / ver.di
Thomas Held	DPG / ver.di
Guido Grüning	DGB
Michael Bauer	DAG / ver.di

Jugendring Stadt Köln

Delegierte:

David Waschkowitz	IG Metall
Matthias Jacobs	IG BCE
Jörg Mährle	DGB
Sandra Birkholz	ÖTV / ver.di
Benjamin Gruschka	IG Metall
Ulrike Göking	NGG

Stellvertreter:

Karsten Kaus	IG Metall
Martina Mörsdorf	HBV / ver.di

Regio Rheinland, Köln, Bonn und Nachbarn e.V.	Konrad Gilges	DGB
Bezirksplanungsrat:	Konrad Gilges	DGB
Runder Tisch für Ausländerfreundlichkeit	Konrad Gilges	DGB
Wirtschaftsbeirat der Stadtparkasse Köln	Konrad Gilges	DGB
Wirtschaftsausschuss des Rates der Stadt Köln	Konrad Gilges	DGB
Ausbildungskonsens Köln	Elke Hanack Peter Prochnau Jörg Mährle	DGB DAG / ver.di DGB
Ausländerbeirat der Stadt Köln	Kamil Üresin	IG Metall
Trägerkreis Interkulturelle Woche	Jörg Mährle	DGB
Kreisbeirat für Vertriebene- und Spätaussiedlerfragen beim Landrat des Erftkreises	Jochen Naumann	DGB
KALZ-Beirat	Jochen Naumann	DGB
Vorstand Arbeit und Leben	Jochen Naumann Dr. Witich Roßmann Konrad Gilges Jürgen Reichert	DGB IG Metall DGB ÖTV / ver.di
Jugendhilfe e.V.	Walter Büchner	ÖTV / ver.di
Beirat Schule/Beruf Stadt Köln	Jörg Mährle	DGB

Beirat Schule/Beruf Stadt Leverkusen	Jörg Mährle	DGB
Beirat Schule/Beruf Erftkreis	Jochen Naumann	DGB
Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen	Hermine Knoth	ÖTV / ver.di

Kommissionen mit ARBEITGEBER KÖLN

AK 1 „Aus- und Weiterbildung“	Karsten Kaus	IG Metall
	Fred Balsam	IG Metall
	Jörg Mährle	DGB
AK 2 „Arbeitsmarktpolitik“	Theo Röhrig	IG Metall
	Walter Büchner	ÖTV / ver.di
	Konrad Gilges	DGB
AK 3 „Regionale Wirtschaftsfragen“	Gerd Hengsberger	IG BCE
	Willi Schmitz	IG BAU
	Berndt Petri	HBV / ver.di

21. DGB-Haus / VTG

Die DGB-Vermögensverwaltung verfügt in Köln über 3 Häuser, Hans-Böckler-Platz 1, 3 und 9. Ein viertes Haus Venloer Straße 44 ist im Bau. Der wahrscheinliche Bezug soll im März 2002 stattfinden.

Die Häuser werden verwaltet von der AGI in Hamburg. Im Jahre 2001 findet eine Neuausschreibung dieser Verwaltung durch die VTG statt. Durch die Neubildung der Gewerkschaft ver.di finden vor Ende des Berichtszeitraums Gespräche und Verhandlungen statt, über die veränderte Unterbringung der Mitgliedsgewerkschaften in den DGB-Häusern.

Die Mieter im DGB-Haus haben einen nicht rechtsfähigen Verein gegründet, die „Mietergemeinschaft im DGB-Haus“. Vorsitzender der Mietergemeinschaft ist der Kreisvorsitzende. Kassierer der 2. Bevollmächtigte der IG Metall, Karl Reuber, Schriftführer der Hausmeister, Werner Lehnert. Die Mietergemeinschaft hat ein eigenes Konto eingerichtet, was der Prüfung der Revision des DGB-Kreises unterliegt. Die Versammlung der Mietergemeinschaft findet in der Regel 1 x im Jahr statt. Nach Bedarf mehrmals.

22. Mitgliederstand

Gewerk- schaft	Arbeiter		Angestellte		Beamte		Arbeitslose, Rentner usw.		unter 25 Jahre	weiblich	nach Gesch. Stelle	Mit- glieder ge- samt
	Gesamt	dav. weibl.	Gesamt	dav. weibl.	Gesamt	dav. weibl.	Gesamt	dav. weibl.				
BAU KLE	5.438	1.188	546	188	-	-	-	-	444	1.376	5.985	5.985
IG BCE Köln	13.820	776	4.196	1.087	-	-	-	-	1.251	1.863	18.016	
IG BCE Lev.	8.746	1.014	3.723	1.356	-	-	-	-	1.873	2.370	12.469	
IG BCE Alsd.	4.481	96	1.561	324	-	-	-	-	581	420	6.042	
IG BCE KLE	27.047	1.886	9.480	2.767	-	-	-	-	3.705	4.653		36.527
GdED Köln	2.083	250	357	156	1.923	237	2.614	653	628	1.296	6.977	
GdED Lev.	900	40	30	10	100	20	-	-	95	70	1.030	
GdED KLE	2.983	290	387	166	2.023	257	2.614	653	723	1.366		8.007
GEW Köln	-	-	858	576	1.973	1.316	-	-	-	1.892	2.831	
GEW Lev.	-	-	67	40	338	193	-	-	-	233	405	
GEW. Erft	-	-	83	54	329	243	56	30	-	327	468	
GEW KLE	-	-	1.008	670	2.640	1.752	56	30	-	2.452		3.704
HBV KLE	1.211	436	7.175	4.702	-	-	-	-	387	5.138	8.386	8.386
IG Med. Köln	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.608	8.315	
IG Med. Lev.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	103	265	
IG Med. KLE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.711		8.580
IGM Köln	24.825	-	6.192	-	-	-	14.593	-	2.494	4.357	45.610	
IGM Lev.	1.255	117	139	66	-	-	665	-	24	183	2.059	
IGM KLE	26.080	117	6.331	66	-	-	15.258	-	2.518	4.540		47.669
NGG KLE	3.482	764	1.490	677	-	-	-	-	330	1.441	4.972	4.972
ÖTV Köln	10.681	2.035	10.299	5.807	939	328	-	-	628	8.170	21.919	
ÖTV Lev.	1.000	252	1.086	675	31	7	-	-	39	934	2.117	
ÖTV Erft	2.016	193	1.105	571	121	39	-	-	86	803	3.242	
ÖTV KLE	13.697	2.480	12.490	7.053	1.091	374	-	-	753	9.907		27.278
GdP Köln	51	5	148	91	2.093	458	-	-	263	554	2.292	
GdP Lev.	9	-	29	20	289	38	-	-	13	58	327	
GdP Erft	18	6	46	34	603	116	-	-	18	156	667	
GdP KLE	78	11	223	145	2.985	612	-	-	294	768		3.286
DPG KLE	3.435	1.879	1.181	722	4.130	1.419	-	-	264	4.020	8.746	8.746
Insgesamt:	83.451	9.051	40.311	17.156	12.870	4.414	17.928	683	9.418	38.372	163.140	163.140

Mitgliederstand am 31. Dezember 2000

Ausländische Arbeitnehmer/innen:

Gewerkschaft	Griechen	Italiener	Jugoslawen	Spanier	Türken	Portugiesen	Sonstige	Insgesamt:
IG BAU KLE	84	155	168	12	738	16	185	1.358
IG BCE Köln	138	196	93	35	594	20	176	1.252
IG BCE Lev.	128	263	264	17	655	8	286	1.621
GdED Köln	-	-	-	-	-	-	-	-
GdED Lev.	-	3	6	-	15	-	-	24
GEW Köln	-	-	-	-	-	-	-	-
GEW Lev.	-	3	-	-	-	-	5	8
GEW. Erft	-	-	-	-	-	-	-	-
HBV KLE	16	57	21	-	129	7	-	230
IG Med. Köln	-	-	-	-	-	-	-	-
IG Med.Lev.	-	-	-	-	-	-	-	-
IGM Köln	357	996	555	171	7.096	54	554	9.783
IGM Lev.	34	27	42	5	77	9	2	196
NGG KLE	-	-	-	-	-	-	-	-
ÖTV Köln	98	269	69	23	1.019	24	372	1.874
ÖTV Lev.	6	11	47	-	38	-	-	102
ÖTV Erft	8	6	9	5	28	3	9	68
GdP Köln	-	-	-	-	-	-	-	-
GdP Lev.	-	-	-	-	-	-	-	-
GdP Erft	1	-	1	-	2	-	-	4
DPG KLE	24	105	16	74	212	246	64	741
Insgesamt:	894	2.091	1.291	342	10.603	387	1.653	17.261

Mitgliederstand am 31.Dezember 2000

23. Haushalt

AKTIVA				
		DM	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Finanzkonten				
	Kasse	1.986,24		3.251,65
	Postgiro	2.810,67		12.077,68
	Banken	353.0088,03		212.720,47
	Abgrenzung Kasse / Bank	0,00	357.884,94	0,00
B. Forderungen				
	Vorschuss Zweigbüro mit Kasse	0,00		0,00
	Bestand Zweckge.Mittel ZwBüro	0,00		0,00
	Vorschuss Handkasse Zweigbüro	0,00		0,00
	Reisekostenvorschuss	0,00		0,00
	Tagungsvorschuss	0,00		0,00
	Sonstige Vorschüsse	0,00		0,00
	Ford.Industrie-/Gewerkschaften	-5.776,23		4.322,28
	Forderungen an Bundesvorstand	0,00		0,00
	Forderungen an Landesbezirk	12.373,71		542,60
	Vollstreckungskosten -1-	0,00		0,00
	Vollstreckungskosten -2-	0,00		0,00
	Sonstige Forderungen	0,00		0,00
	Verrechnungskosten Portokosten	1.801,70		952,30
	Durchlaufende Kosten	0,00	8-399,18	0,00
C. Ford. Zweckgebundener Mittel				
	Jugend	0,00		0,00
	Politische Bildung	0,00		0,00
	Ausländische Arbeitnehmer	0,00		0,00
	Sozialpolitik	0,00		0,00
	Frauen	0,00		0,00
	Einzelmaßnahmen	0,00	0,00	0,00
D. Aktive Rechnungsabgrenzung				
	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
E. Rechtsschutz GmbH				
	Auslagen	-31.247,72	-31.247,72	9.855,522
			=====	=====
			335.036,40	243.722,50
PASSIVA				
A. Haushaltsmittel				
	Haushaltsmittelbestand	74.466,98		74.466,98
	Überschuss / Fehlbetrag	46.656,55	121.123,53	0,00
B. Verbindlichkeiten				
	Erfolgssumme-Rechtsstr. -1-	0,00		0,00
	Erfolgssumme-Rechtsstr. -2-	1.500,00		1.500,00
	Sonstige Verbindlichkeiten	0,00		69.386,61
	Durchlaufende Posten	0,00		0,00
	Verbindl. gegenüber LB	0,00		0,00
	Rechtsschutz-GmbH	30.900,00	76.317,35	0,00
C: Verb. Zweckgeb. Mittel				
	Jugend	83.978,17		56.754,77
	Politische Bildung	0,00		0,00
	Ausländische Arbeitnehmer	0,00		0,00
	Sozialpolitik	0,00		0,00
	Frauen	0,00		0,00
	Einzelmaßnahmen	0,00	83.978,17	0,00
D. Passive Rechnungsabgrenzung				
	Abgrenzungsposten	53.617,35	53.617,35	41.614,14
			=====	=====
			335.036,40	243.722,50

EINNAHMEN-/AUSGABENRECHNUNG

EINNAHMEN	DM	Periode 1-12/00	Periode: 12
Haushaltsmittel			
Haushaltsmittel Bundesvorstand	162.000,00		13.500,00
ZHM vom Landesbezirk			
Zwischensumme		162.000,00	13.500,00
SONSTIGE EINNAHMEN			
Sonstige Einnahmen	1.523,58		
Verkauf von Inventar			
Verkauf von Kfz			
Verkauf von Büromaterial			
Zinserträge	949,77		114,33
Zwischensumme		2.473,35	114,33
SUMME DER EINNAHMEN:		164.473,35	13.614,33
AUSGABEN			
Miete		-30.766,04	-2.474,67
Mietnebenkosten	-30.595,56	-30.595,56	-4.959,35
Reinigungspersonal			
Porto / Fracht		-9.336,80	-283,00
Telefon		-4.887,21	-889,90
Autotelefon / Handy		-1.573,24	-175,14
Telefax		-725,58	
Büromaterial / Drucksachen		-3.553,05	-443,70
Kopierkosten / Kopiererermiete		-5.688,65	-1.387,08
Bücher		-260,37	
Zeitungen / Zeitschriften		-3.470,81	
Reisekosten		-2.566,01	-353,26
PNK - Essenszuschlag			
PNK - Betriebsausflug		-250,00	-250,00
Instandhaltung		-76,56	
Versicherungen			
Internet		-1.232,96	-323,17
Inventaranschaffungen		-217,95	
Beiträge		-110,00	109,35
Nebenkosten des Geldverkehrs		-308,30	-40,85
Sonstige Veraltungskosten		-1.546,77	
Konferenzen / Tagungen		-3.063,30	-70,00
Jugend		-4.116,00	-4.116,00
Frauen			
Arbeitskreis - Handwerk		-81,20	
Arbeitskreis - ausländ. AN		-2.000,00	
Bildungsarbeit		-2.603,89	
Sozialpolitik		-136,00	
sonstige Veranstaltungen		-835,20	
Sonderaktionen		-7.329,35	
1.Mai			
Öffentlichkeitsarbeit			
SUMME DER HAUSHALTAUSGABEN		-117.330,80	-16.793,18
JAHRESERGEBNIS		47.142,55	-3.178,85

24. Dokumentationen

Nachfolgend wollen wir mit einigen ausgewählten Erklärungen, Aufrufen, Stellungnahmen, Presseberichten und Presseauschnitten die vielfältige Arbeit des DGB-Kreis Region Köln-Leverkusen-Erft dokumentieren.

- I. Erklärung des DGB-Kreisvorstandes Köln-Leverkusen-Erft zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Köln 1998
- II. Aufruf des DGB-Kreises/Region Köln-Leverkusen-Erft zur Oberbürgermeisterwahl am 03. bzw. 17. September 2000
- III. Aufruf zur Ausländerbeiratswahl der Stadt Köln am 07. November 1999
- IV. Erklärung vom 22.02.1999: Die Kurdenfrage kann nur politisch gelöst werden
- V. Stellungnahme vom 25.03.1999: CDU und Bündnis 90/Die Grünen gefährden Arbeitsplätze und Investitionen am Köln-Bonner Flughafen und Godorfer Hafen
- VI. Pressemitteilung vom 09.12.1998: Spendenaufruf für Corinto / Nicaragua
- VII. Pressemitteilung vom 18.02.1998: DGB-Kreisvorstand informiert sich bei Direktor und Direktorinnen der Arbeitsämter Köln, Brühl und Bergisch-Gladbach über die Arbeitsmarktsituation
- VIII. Pressemitteilung vom 25.04.2000: Der DGB ruft zur Teilnahme an der 1.-Mai-Kundgebung in Köln auf
- IX. Pressemitteilung vom 05.11.1999: DGB empört über Debatte um künftigen Kölner Polizeipräsidenten
- X. Pressemitteilung vom 26.06.2001: DGB lehnt Verkauf der Wohnungen von GAG und Grubo strikt ab.
- XI. Erklärung des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft zu den Vorstellungen der Privatisierungskommission der Kölner CDU vom 10.12.1999
- XII. Beschluss des Kreisvorstandes vom 25.06.2001 zum geplanten Verkauf der Wohnungen von GAG und Grubo
- XIII. Erklärung des Kreisvorstandes zur Diskussion über längere Ladenöffnungszeiten vom 26.08.1999
- XIV. Einladung zur Fachkonferenz für Betriebsratsarbeit in der IT-Branche
- XV. Positionspapier „Fit für Ausbildung und Beruf“
- XVI. Gemeinsam mit den Arbeitgebern Köln erarbeitete Beschlussvorschläge für den Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes Köln
- XVII. Flyer, Flugblätter
- XVIII. Pressespiegel (ausgewählte Presseartikel)

I. Erklärung des DGB-Kreisvorstandes Köln-Leverkusen-Erft zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Köln 1998

Der Vorstand des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft hat sich auf seiner Sitzung am 26. Januar 1998 mit den Haushaltsplanentwürfen der Stadt Köln, der Stadt Leverkusen und des Erftkreises befaßt. Nach eingehender Diskussion hat er folgende Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Köln beschlossen:

Der Kreisvorstand teilt die Bewertung des Rates, des Oberstadtdirektors und des Stadtkämmerers, daß die wirtschaftliche Situation in Köln nach wie vor außerordentlich prekär ist. Sie zeichnet sich durch eine hohe Arbeitslosenquote von 14,7 % im Dezember 1997, durch den Wegfall von einigen tausend Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe im Jahre 1997 und durch Betriebsschließungen aus. Dem gegenüber steht aber auch, daß Kölner Unternehmen ob im produzierenden Bereich oder im Dienstleistungssektor expandiert sind und hohe Gewinne zu verzeichnen hatten. Die wirtschaftliche Lage ist deswegen sehr differenziert zu betrachten. Es kann daher nicht nur von Verfalls- und Verlustercheinungen gesprochen werden, sondern es müssen bei der Beurteilung der ökonomischen Situation auch die positiven Seiten der wirtschaftlichen Entwicklung in Köln miteinbezogen werden.

I. Bewertung der wirtschaftlichen und sozialen Lage:

Nach fester Überzeugung des Kreisvorstandes muß der Mensch im Mittelpunkt der Politik stehen und nicht das Gemeinwesen, ob Kommune, Land oder Bund. Die Politik muß sich den gesamten Lebens- und Existenzinteressen des Menschen unterordnen und sich an diesen orientieren. Wirtschaftliche Entwicklung ist kein Selbstzweck, sondern ein Weg, das menschliche Leben glücklicher und friedlicher zu gestalten. Aus diesen Erwägungen heraus unterstützen wir die positiven Ansätze, die im Haushaltsentwurf der Verwaltung für den Haushaltsplan 1998 in der Wirtschaftspolitik dargestellt werden, weisen aber auch darauf hin, daß die sozialen Entwicklungen in einer Stadt mit der gleichen Ernsthaftigkeit und Bewertung beurteilt werden müssen. Eine Kommunalpolitik, die sich nur auf die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung einer Stadt konzentriert, kann von uns nicht unterstützt werden. Wir unterstützen und tragen nur eine Politik, die beide Elemente des städtischen Lebens berücksichtigt, das wirtschaftliche und das soziale Dasein.

Der Kreisvorstand ist der Meinung, daß Köln nach wie vor eine "reiche Stadt" mit zum Teil außerordentlich reichen Bürgern ist, was sich auch daran festmacht, daß das verfügbare Einkommen der Bürger per 31.12.1995 bei 31.444,-- DM liegt. Zum Vergleich liegt das verfügbare Einkommen für den gleichen Zeitraum für den Erftkreis bei 27.315,-- DM, das der Stadt Leverkusen bei 29.512,-- DM. Zu diesem verfügbaren Einkommen ist noch festzustellen, daß es ein Mittelwert ist, der selbstverständlich eine Einkommensdifferenzierung von erheblichem Maße vom Einkommensmillionär bis zum Sozialhilfeempfänger beinhaltet.

Der Kölner DGB-Kreisvorstand begrüßt die positiven Entwicklungen im Bereich des Kölner Flughafens, der Kölner Häfen sowie der Entwicklungsplanung für den Stadtteil Kalk.

Er fordert von der Stadt Köln verstärkte Anstrengungen, .damit die Fernbahnanbindungen in Richtung Belgien sowie Frankfurt zeitgerecht zustande kommen. Der Kölner DGB unterstützt die Weiterentwicklung des Medienstandorts Köln, macht aber in diesem Zusammenhang auf seine bekannte Forderung aufmerksam, daß bei aller notwendigen Weiterentwicklung des Dienstleistungssektors der produktive Wertschöpfungssektor wie z.B. der Auto- und Motorenbau, die Chemische Industrie nicht vernachlässigt werden darf.

Der DGB-Kreisvorstand würde es begrüßen, wenn bei der Einbringung des Haushaltes nicht nur die positiven Seiten der wirtschaftlichen Entwicklung herausgestrichen werden, sondern daß auch das dargestellt wird, was nicht erreicht werden konnte, wo es Fehler gab bzw. wo die Wirtschafts- und Flächenpolitik der Stadt Köln eine Niederlage hinnehmen mußte. Wir sind der festen Überzeugung, daß man aus Niederlagen lernen kann und die Fehler, die man begangen hat, korrigieren muß.

II. Bewertung einiger konkreter sozialer Fragen

1) Steigende Arbeitslosigkeit

Der Stadtbereich Köln zeichnet sich nach wie vor durch eine hohe Arbeitslosigkeit aus, die weit über 60.000 Menschen betrifft. Von denen sind ein großer Teil von Langzeitarbeitslosen und nicht Qualifizierten sowie weniger Qualifizierten. Wir fordern, daß die Möglichkeiten, die die Stadt Köln zur Linderung der Arbeitslosigkeit hat, voll ausgeschöpft werden. Dies gilt für die Möglichkeit der Qualifizierung, für die Möglichkeit der Einstellung von minder Qualifizierten sowie für die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Träger von sozialen Einrichtungen, die wiederum die Aufgabe der Einstellung von Arbeitslosen vornehmen.

2) Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Stadtbereich Köln in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Heute sind mehr als 6.500 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos. Der prozentuale Anteil der Jugendarbeitslosigkeit liegt um bis zu 3 % über der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit in Köln. Wir können weder aus den Reden noch aus dem Haushalt selbst erkennen, daß der Rat sowie die Verwaltung bereit sind, ein gesondertes Programm, das von uns gefordert wird, aufzulegen, damit auch junge Menschen unter 25 Jahren die Chance erhalten, durch Arbeit in unsere Gesellschaft integriert zu werden. Die Kosten der Jugendarbeitslosigkeit, die langfristig entstehen, stehen in keinem Verhältnis zu den Kosten eines Programms, welches die Jugendarbeitslosigkeit mindern würde.

3) Armut

Der DGB beklagt, daß seit einigen Jahren die Schere von Reich und Arm in Köln weiter auseinandergeht. Es gibt immer mehr Menschen, insbesondere auch junge Menschen und Kinder, die von der Sozialhilfe leben müssen. Andererseits gibt es in Köln eine Minderheit, die immer reicher wird. Der Rat der Stadt Köln und die Verwaltung sind nach Meinung des DGB verpflichtet, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Sozialkosten sind kei-

ne unzumutbare Belastung, sondern ein Ausgleich für die soziale Benachteiligung und die unverschuldete Armut.

4) Einkommensentwicklung

Auch in Köln ist wie in der gesamten Bundesrepublik ein Kaufkraftschwund der Gehälter und Löhne zu verzeichnen. Es ist nicht mehr gelungen, einen Ausgleich für die Inflation der letzten Jahre herzustellen. Dieser Kaufkraftschwund hat Auswirkungen auf das Konsumverhalten und den Lebensstandard. Die Gewerkschaften selbst werden dafür eintreten, daß die Kaufkraft wieder steigt. Sie brauchen dafür die moralische und politische Unterstützung des Rates und der Verwaltung. Die positive Entwicklung der Kaufkraft wird sich auch positiv auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Kraft dieser Stadt auswirken. Nur wenn Geld verdient wird, kann auch Geld ausgegeben werden.

5) Jugendpolitik

In den letzten Jahren sind die Haushaltsmittel für die kommunale Jugendverbandsarbeit weitestgehend stabil geblieben. Es wurde zwar nicht gekürzt, dennoch hat sich die finanzielle Situation der Jugendverbände aufgrund von Preissteigerungen und Tarifentwicklungen bei gleichbleibenden kommunalen Fördermitteln verschlechtert. Bisher konnte jedoch ein Einschnitt in die Trägerlandschaft verhindert werden. Umso mehr entrüstet uns nun der Vorschlag der Verwaltung, die finanziellen Mittel für Jugendverbandsarbeit um rund 30 Prozent zu kürzen. Dies hätte weitreichende Konsequenzen für einzelne Träger. Erfahrungsgemäß ist eine solche Entwicklung später nicht mehr umkehrbar. Es hieße Eulen nach Athen zu tragen, wenn wir an dieser Stelle zum wiederholten Male auf die für die Gesellschaft ungleich höheren Folgekosten von unterlassener Jugendarbeit hinweisen würden. Hier fordern wir den Rat der Stadt auf, den von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzungen im Jugendetat nicht zuzustimmen.

III. Erwartungen des Kreisvorstandes an den Haushalt 1998

1. Verstärkung von Bildung und Qualifikation

Der Kreisvorstand schließt sich der Kritik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft an, die folgendermaßen lautet: "Die zur Verteilung kommenden Handlungsmittel reichen bei weitem nicht für die Deckung der Ausgaben im Rahmen des schulischen Bildungsauftrages aus, so das Fazit der SchulleiterInnen aller Kölner Schulformen. Die Lehr- und Unterrichtsmittel, die Ausstattung und Geräte für den täglich umzusetzenden Bildungsauftrag werden weiter gekürzt und die Ansätze für die Gebäudeunterhaltung und die Sanierung schadstoffbelasteter Schulen sind nicht ausreichend. Eine Aufstockung dieser Haushaltsansätze - geringe Summen im Vergleich zu den Großprojekten - führen auch und konkret zu Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen bei Kölner Klein- und Mittelbetrieben."

Der Kreisvorstand vertritt nach wie vor die Meinung, daß im Bereich aller Schulformen einiges im Argen liegt. Wir sind der Meinung, daß der Rat und die Verwaltung verpflichtet sind, Anstrengungen zu unternehmen, um die Qualität aller Schulformen zu verbessern.

Dies gilt insbesondere für die Berufsschulen. Wir wissen, daß in diesem Bereich in den letzten Jahren viel geschehen ist. Allerdings sind wir der Meinung, daß die ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um eine optimale schulische Qualifikation junger Menschen herbeizuführen. Wir teilen die Meinung der Industrie- und Handelskammer, daß die Schule junge Menschen auf das Berufsleben vorbereiten und ihnen die Grundlagen für die Durchführung einer beruflichen Qualifikation vermitteln muß. Die Verantwortung für die Zukunftschancen junger Menschen liegt nicht nur alleine bei ihnen selbst und dem auszubildenden Betrieb, sondern auch bei Rat und Verwaltung dieser Stadt, die dafür sorgen müssen, daß durch ein qualifiziertes Schulwesen die Voraussetzungen für Qualifikation im Betrieb gegeben ist.

Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß uns die weitere Einschränkung der finanziellen Möglichkeiten der Volkshochschule mit großer Sorge erfüllt, weil wir die Gefahr sehen, daß die Weiterbildung eingeschränkt wird oder zum Teil gar nicht mehr gegeben ist. Auch hier appellieren wir an die Verantwortung des Rates und der Verwaltung, dafür Sorge zu tragen, daß Bürger dieser Stadt eine Chance erhalten, sich über die Volkshochschule weiterqualifizieren zu können.

2. Soziale Einrichtungen und Wohnungsbau

Wir haben in unseren Stellungnahmen immer wieder darauf hingewiesen, daß für die arbeitenden Menschen, insbesondere die Frauen, die Bereitstellung von Kindergartenplätzen eine wichtige Voraussetzung für Arbeitstätigkeit ist. Dies gilt auch für die Bereitstellung von Hortplätzen bzw. von Ganztagschulen. Viele Frauen können einer Berufstätigkeit nur nachgehen, wenn die Möglichkeit besteht, daß ihre Kinder auch in der Schule oder nach der Schule eine qualifizierte Betreuung bis zum Arbeitsschluß haben.

Wir begrüßen, daß im Haushaltsplan zum Ausdruck kommt, daß die Stadt wie in den Jahren zuvor 5.000 Neubauwohnungen im Wohnungsbau unterstützen und fördern will. Wir sind im Gegensatz zu anderen nicht der Meinung, daß in Köln keine Wohnungsnot mehr besteht. Unsere Feststellungen besagen im Gegenteil, daß nach wie vor ein hoher Bedarf an sozial erträglichen Mietwohnungen besteht.

3. Privatisierung und Eigenbetriebe

Wir begrüßen, daß der Rat und die Verwaltung sich auch zum Haushaltsplan 1998 eindeutig und unmißverständlich gegen die Privatisierung von städtischen Aufgaben ausgesprochen haben.

Was uns mit Sorge erfüllt ist, daß zunehmend städtische Aufgaben und Verwaltungsbereiche in Eigenbetriebsformen umgewandelt werden. Wir sehen hierin deswegen ein großes Problem, weil sich Entscheidungsprozesse in diesen Eigenbetrieben nicht mehr unmittelbar lenken und kontrollieren lassen. Wir befürchten, daß es eine Verletzung des Demokratiegebots im Bereich der kommunalen Aufgabenstellung gibt. Der Rat der Stadt Köln setzt sich dem Risiko aus, zunehmend als Aufsichtsrat über Verwaltungs- und Aufsichtsräte zu fungieren. Mit dem unmittelbaren Verlust von Einflußnahme und Entscheidungskompetenz des Rates gehen aber auch Einflußmöglichkeiten der Bürgerinnen und

Bürger auf Entscheidungen und Leistungen, die sie mit ihren Steuern finanziert haben, und die sie betreffen, verloren. Aufgrund dieser Erwägungen sind wir der Überzeugung, daß die Umwandlung kommunaler Aufgaben und Verwaltungseinheiten in Eigenbetriebsformen nur unter festgelegten Kriterien und im Ausnahmefall stattfinden kann.

4. Moderne, leistungsfähige Verwaltung

Einer der bedeutendsten und wichtigsten Punkte, die mit diesem Haushalt angegangen werden sollen, ist die weitere Modernisierung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Dies wird vom Kreisvorstand, aber insbesondere auch von der zuständigen Gewerkschaft, der ÖTV, unterstützt.

Wir halten es nach wie vor für erforderlich, daß, wie wir schon früher in dieser Diskussion angemerkt haben, solche Prozesse der Modernisierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit nur im Einklang mit den Betroffenen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, stattfinden sollten. Wenn die Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweggehen, führt dies in der Regel zum Verlust der Motivation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Motivation ist nach unserer festen Überzeugung einer der wichtigsten Produktionsfaktoren. Eine leistungsfähige Verwaltung kann nur erreicht werden, wenn die Motivation ein Höchstmaß erreicht hat. Wir sind der festen Überzeugung, daß gerade in diesem Bereich der Motivationsverbesserung noch erhebliche Reserven in der Stadtverwaltung vorhanden sind. Es trägt auch zur Motivation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei, wenn ihre Gewerkschaft, die ÖTV, in diese Modernisierungsprozesse miteinbezogen wird.

5. Auszubildende bei der Stadt Köln

Der Kreisvorstand begrüßt, daß sich die Stadt Köln um die Ausbildung von jungen Frauen und Männern bemüht hat. Wir fordern jedoch vom Rat und der Verwaltung, daß sie nicht nur ihre Ausbildungsquote hält, sondern sind der Meinung, daß auch über die bestehenden Ausbildungsquoten der Jahre 1996 und 1997 hinaus Auszubildende eingestellt werden sollten. Selbst dann, wenn diese Ausbildung über den notwendigen Einstellungsbedarf hinausgeht.

6. Fachmarktkonzept und Ladenöffnungszeiten

Der Kreisvorstand teilt die Meinung des Oberstadtdirektors, daß es notwendig war, daß ein Fachmarktkonzept von der Verwaltung dem Rat vorgelegt wurde. Auch wir sind der Meinung, daß sich die chaotisch entwickelte Situation bei Fachmärkten einer Regelung unterworfen wird, die weder die Innenstadt und Stadtbezirkszentren noch die dort gewachsenen Einzelhandelsstrukturen zerstört, was zu einer Vernichtung von Vollzeit Arbeitsplätzen führen würde. Wir unterstützen die Meinung der zuständigen Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, daß die Ladenöffnungszeiten nicht erweitert werden dürfen. Wir halten die Genehmigung von Ausnahmeregelungen für falsch und schädlich. Insbesondere wehren wir uns dagegen, daß es verkaufsoffene Sonntage gibt. Gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Einzelhandel, die nicht zu den Besserverdien-

den unserer Gesellschaft gehören, haben einen Anspruch auf einen arbeitsfreien Sonntag.

7. Verbesserung der Verkehrssituation

Wir unterstützen das Bemühen des Rates und der Verwaltung, die Verkehrssituation im Bereich der Stadt Köln sowie deren Fernanbindung zu verbessern. Wir müssen aber feststellen, daß zwar das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr zugenommen hat, aber die Qualität was Pünktlichkeit, Sauberkeit und Sicherheit betrifft, sich verschlechtert hat. Die Stadt Köln als mittelbarer Träger und verantwortlicher Träger für den öffentlichen Personennahverkehr trägt hier eine große Verantwortung. Wir kritisieren, daß nicht alle Möglichkeiten, die zur Verbesserung der Situation des ÖPNV bestehen, wahrgenommen werden. Nach unserer Überzeugung verlieren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch den ÖPNV bzw. durch die schlechte Anbindung von Betrieben an den Straßenverkehr zu viele freie Zeit.

Der Kreisvorstand erwartet, daß der Rat und die Verwaltung seine kritischen Anmerkungen, seine Vorschläge und seine Überlegungen bei den weiteren Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 1998 berücksichtigen bzw. einbeziehen wird.

II. Aufruf des DGB-Kreises/Region Köln-Leverkusen-Erft zur Oberbürgermeisterwahl am 03. bzw. 17. September 2000

Am 03. September oder in einer Stichwahl am 17. September 2000 wird ein/eine neue(r) Oberbürgermeister/in für Köln direkt von der Bevölkerung gewählt. Der Vorstand des DGB-Kreises/Region Köln, Leverkusen, Erft fordert alle Wahlberechtigten auf, am 03. bzw. 17. September 2000 zur Wahl zu gehen und die Kandidatinnen und Kandidaten demokratischer Parteien zu wählen. Der/Die direkt gewählte Oberbürgermeister/in hat ein wesentlich höheres Gewicht in der Kommunalpolitik, als dies bisher der Fall war.

Kommunalpolitische Entscheidungen, sei es in der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Gesundheits-, Verkehrspolitik – um nur einige wenige Politikbereiche zu nennen - , treffen besonders die Arbeitnehmer bei der Gestaltung ihres Alltages unmittelbar und direkt. Daher rufen wir besonders die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Köln auf, ihre Wahlentscheidung an politische Inhalte und nicht an Äußerlichkeiten der KandidatInnen zu orientieren. Das Verharrungsvermögen eines/einer Kandidaten/in in einem Container sagt wenig über dessen Qualifizierung für das Amt eines Kölner Oberbürgermeisters aus. Der Vorstand des DGB-Kreises/Region Köln, Leverkusen, Erft empfiehlt besonders den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern folgende Punkte für ihre Wahlentscheidung zu Grunde zu legen:

1.) **Arbeitsmarktpolitik:** Trotz positiver Entwicklungen auf dem Kölner Arbeitsmarkt bedarf dieser der besonderen Wachsamkeit durch den/die zu wählende(n) Oberbürgermeis-

ter/in. Nach wie vor müssen im Rahmen der Kölner Arbeitsmarktpolitik von der Stadt in ausreichendem Masse Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Obschon das 100000-job-Programm der Bundesregierung erhebliche Entlastung im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit und des Ausbildungsplatzmangels auch in Köln gebracht hat, gibt es nach wie vor eine relativ große Anzahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Deswegen ist eine enge Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Arbeitsamt zur Eingliederung der jugendlichen Arbeitslosen zwingend erforderlich. Ferner bedarf es der Fortführung jener Maßnahmen, die sich mit dem Begriff „Job-Börse“ verbinden. Es ist auch – besonders angesichts des hohen Qualifikationsbedarfes der Kölner Betriebe – unbedingt erforderlich, dass die Stadtverwaltung und das Arbeitsamt an den Fort- und Weiterbildungsprogrammen verstärkt zusammenarbeiten. Wesentliche Messlatte für die Beurteilung der OB-Kandidaten/in ist ihr Engagement im Sektor „Stadt Köln als Arbeitgeber“. Hier handelt es sich um ein Politikfeld, in dem der/die Kölner Oberbürgermeister/in direkt und unmittelbar Verantwortung hat.

2.) **Bildung und Schule:** Gerade für Arbeitnehmerkinder handelt es sich bei diesem Politikfeld um eine zentrale Lebenschance. Auch hier trägt der/die Oberbürgermeister/in eine wesentliche Verantwortung. Die Sanierung der Kölner Schulgebäude steht daher weiterhin auf der Agenda. Dabei ist zu fordern, dass bei dieser Sanierung ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Für die „Medienstadt Köln“ ist es unerlässlich, dass die Errichtung des Medienberufskollegs in Ossendorf und der zweite Bauabschnitt für die Bereiche „Gestaltung und Printmedien“ vorangetrieben werden. Ferner muss die Schulsozialarbeit, die Übermittags- und Ganztagsbetreuung ausgeweitet werden.

3.) **Soziales Köln:** Dieser Politikbereich ist für sehr viele Arbeitnehmer – besonders solche ohne derzeitigen Arbeitsplatz – von hoher Bedeutung. An erster Stelle steht hier der soziale Wohnungsbau. Nach wie vor gibt es in Köln große Bevölkerungsgruppen, die auf den sozialen Wohnungsbau angewiesen sind. Die Notwendigkeit öffentlichen Wohnungsbesitzes begründet sich aus folgenden Faktoren: 1.) durch den öffentlichen Wohnungsbesitz wird kostengünstiger Wohnraum zur Verfügung gestellt. 2.) durch öffentlichen Wohnungsbesitz wird die Mietpreisentwicklung positiv beeinflusst. Untersuchungen belegen, dass in Städten mit auskömmlichem öffentlichem Wohnungsbesitz die Mietpreisentwicklung weit unter der in Städten mit zu geringem öffentlichem Wohnraumbesitz liegt. Des Weiteren ist die Position der OB-KandidatInnen zum „Köln-Pass“ von großem Interesse. hier zeigt sich exemplarisch, ob der Kampf gegen Armut und Ausgrenzung nur in Sonntagsreden zum Ausdruck kommt oder im Alltagsgeschäft eines/einer Oberbürgermeisters/in von Köln seinen Widerhall findet. Grundlage der Wahlentscheidung für einen / eine OB-Kandidaten/in ist auch das Engagement für die Integration ausländischer ArbeitnehmerInnen. In der Vergangenheit haben nicht alle Parteien und KandidatInnen an der Verständigungs- und Integrationsarbeit teilgenommen, sondern im Gegenteil durch unseelige Kampagnen, z.B. gegen die „doppelte Staatsbürgerschaft“, Ausländerhaß und Gewalt gefördert. Gerade die ausländischen ArbeitnehmerInnen, die wahlberechtigt sind, kennen ihre Verpflichtung, sich für einen Kandidaten / eine Kandidatin zu entscheiden, der/die das soziale Leben in den Betrieben und außerhalb der Betriebe fördert.

4.) **Wirtschaftsentwicklung:** Wiewohl die Wirtschaftsentwicklung sowieso als günstig eingeschätzt wird, sollten die OB-KandidatInnen konkrete Aussagen zur Kölner Situation machen. Der DGB-Kreis hat immer betont, daß die Umstrukturierung der ökonomischen Prozesse von ihm positiv begleitet wird. Dabei muß aber darauf geachtet werden, daß nicht einseitig auf den Dienstleistungs- und Mediensektor gesetzt wird. Wirtschaftsförderung ist ein wichtiges Element in diesem Prozess. Sie darf aber nicht nur auf die neuen Strukturen setzen, sondern muss auch dafür sorgen, dass sich die der künftige Oberbürgermeister / die künftige Oberbürgermeisterin weiterhin um den Industriestandort Köln bemüht. Wir erwarten, dass die angekündigte Industriekonferenz durchgeführt wird.

III. Aufruf zur Ausländerbeiratswahl der Stadt Köln am 07. November 1999

Der Ausländerbeirat der Stadt Köln wird am 07. November 1999 gewählt.

Die Ausländerbeiratsmitglieder sollen die Interessen aller hier in Köln lebenden Migrantinnen und Migranten vertreten. Dabei arbeiten sie hauptsächlich für die Gleichberechtigung und ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern.

Der Ausländerbeirat hat bereits eine lange und gute Tradition in Köln. Lange vor der gesetzlichen Verankerung von Ausländerbeiräten in der Gemeindeordnung NRW haben auf der Grundlage eines Beschlusses des Rates der Stadt Köln Ausländerbeiratswahlen stattgefunden. Seither konnten die anfangs bescheidene Mitwirkung und Gestaltungsmöglichkeiten des Ausländerbeirates kontinuierlich ausgebaut und fortentwickelt werden.

Der DGB-Kreisvorstand fordert alle wahlberechtigten ausländischen Kolleginnen und Kollegen auf, an der Wahl teilzunehmen.

IV. Erklärung vom 22.02.1999: Die Kurdenfrage kann nur politisch gelöst werden

Der DGB-Kreisvorstand des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft hat sich auf seiner Sitzung am 22.2.1999 mit den öffentlichen Protesten auseinandergesetzt und ist zu folgendem Meinungsbild gekommen:

1. Wir fordern eine politische Lösung und lehnen jede gewalttätige militärische oder polizeiliche Lösung des Kurdenkonfliktes in dem betroffenen Gebiet ab.

2. Wir sind dafür, daß den Kurden politische und kulturelle Autonomie im Rahmen der unverletzlichen Gesamtstaatlichkeit der Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien gewährt wird.

3. Wir fordern, daß Abdullah Öcalan ein rechtsstaatlich fairer Prozeß vor einem unabhängigen Zivilgericht bei öffentlicher Verhandlung, zu dem auch internationale Beobachter zugelassen werden, gemacht wird.

4. Angesichts der legitimen Demonstrations- und Protestmöglichkeiten fordern wir von den Anhängern und Sympathisanten der PKK die Einhaltung der rechtsstaatlichen Normen in der Bundesrepublik Deutschland.

V. **Stellungnahme vom 25.03.1999: Kölner CDU und Bündnis 90/Die Grünen gefährden Arbeitsplätze und Investitionen am Köln-Bonner Flughafen und Godorfer Hafen**

Durch die unheilige Allianz der Kölner CDU sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Stadtrat sieht der Deutsche Gewerkschaftsbund den Wirtschaftsstandort Köln und Umgebung gefährdet. Die jüngsten durch diese beiden Parteien gefassten Beschlüsse im Hauptausschuss des Kölner Rates sind kontraproduktiv bei den in den letzten Jahren erfolgreichen Bemühungen, den wirtschaftlichen Strukturwandel in Köln zu organisieren und ein leistungsstarkes Infrastrukturangebot in Köln zu erhalten und auszubauen.

Vor zwei Jahren wurde den Betreibern des Köln/Bonner Flughafens eine Genehmigung für nächtliche Passagierflüge bis ins Jahr 2015 erteilt. Diese nun durch erneute Initiativen in Richtung Bundesverkehrsministerium wieder in Frage zustellen, hieße, den Investoren der letzten Jahre vor den Kopf zu stoßen und weitere geplante Investitionen zu gefährden. Dies wird, unabhängig vom fraglichen Erfolg der schwarz-grünen Beschlüsse, negative Folgen sowohl für den Standort Köln als auch für dessen Arbeitsmarkt haben. Die Planungsunsicherheit, die sich durch solche parteipolitischen Querelen ergeben, werden auch von anderen Branchen registriert.

Ebenso unverständlich ist der Versuch, die planungsrechtlichen Entscheidungen für den bereits seit langer Zeit vorgesehenen Ausbau des Godorfer Hafens immer weiter hinauszuzögern. Eine logische Erklärung kann nur lauten, dass man auf die Kommunalwahl 1999 setzt und auf andere politische Mehrheiten im Kölner Stadtrat spekuliert. Und das kann nur bedeuten, dass dann andere Entscheidungen getroffen werden sollen. Auch hier ist Planungssicherheit für die Betreiber und Unternehmen des Godorfer Hafens unerlässlich.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Köln-Leverkusen-Erft fordert die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen auf, die für den Standort und Arbeitsmarkt Köln wichtigen strukturpolitischen und zukunftsorientierten Projekte Flughafen und Hafen nicht länger

durch ihre Anti-Politik zu sabotieren und stattdessen die einmal getroffenen Entscheidungen mitzutragen und dadurch für Planungssicherheit und Verlässlichkeit zu sorgen.

VI. Pressemitteilung vom 09.12.1998: Spendenaufruf für Corinto / Nicaragua

Der Vorsitzende des DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft, Konrad Gilges, hat heute in einem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Köln mitgeteilt, daß der DGB, seine Mitgliedsgewerkschaften und die Gewerkschaftsjugend bis zum heutigen Tag 8.615,75 DM für die Katastrophenopfer der Kölner Partnerstadt Corinto in Nicaragua gesammelt haben.

Die Spenden wurden von den Gewerkschaften und Einzelpersonen aufgebracht, sowie auf Gewerkschaftsveranstaltungen und -versammlungen von unseren Mitgliedern gesammelt. Der DGB-Kreisvorsitzende geht davon aus, daß in den nächsten Wochen noch weitere Spenden bei den Gewerkschaften eingehen, um die Not der Menschen in Corinto/Nicaragua zu lindern. Die Gewerkschaften unterstützen diese Solidaritätsaktion auch vor dem Hintergrund, daß viele Kolleginnen und Kollegen engagiert gewesen sind, den Aufbau demokratischer Strukturen Nicaraguas zu unterstützen. Aus dieser Zeit bestehen nach wie vor gewerkschaftliche Kontakte zur Stadt Corinto in Nicaragua.

Der DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft und seine Mitgliedsgewerkschaften hoffen, daß diese Spendenaktion den Menschen in Corinto hilft und ihnen gerade vor Weihnachten und bei Beginn des neuen Jahres zusätzliche Hoffnung gibt.

VII. Pressemitteilung vom 18.02.1998: DGB-Kreisvorstand informiert sich bei Direktor und Direktorinnen der Arbeitsämter Köln, Brühl und Bergisch-Gladbach über die Arbeitsmarktsituation

Der Vorstand des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft hat sich über die Arbeitsmarktsituation im DGB-Kreis Köln, Leverkusen, Erft am 16. Februar 1998 beim Arbeitsamt Köln ausgiebig informiert. Gemeinsam mit Direktor Fuß vom Arbeitsamt Köln und den Direktorinnen Lentzen vom Arbeitsamt Brühl und Strobel vom Arbeitsamt Bergisch-Gladbach wurde über die Situation der Arbeitsämter und die neuen Möglichkeiten, die das neue Arbeitsförderungsrecht beinhaltet, diskutiert.

Den Gewerkschaftern wurde unterbreitet, daß in allen drei Arbeitsamtsbezirken die Arbeitslosenzahlen die Höchsten seit Neugliederung der Arbeitsämter im Jahre 1980 sind. An positiven Signalen konnte vermittelt werden, daß es auch Zuwächse bei der Zahl der

sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse gibt. Die Hauptursache für die rapide Zunahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen liegt aber in der in der Bundesregierung verordneten Zurückführung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, insbesondere der ABM als auch Fortbildung und Umschulung. Die Verringerung dieser Maßnahmen schlagen voll negativ in die Arbeitslosenstatistik um.

Das angeblich "passgenaue" Instrument des Eingliederungsvertrages, bei dem den Arbeitgebern alle Beschäftigungsrisikofaktoren vom Arbeitsamt abgenommen werden, findet nach Aussage der Arbeitsamtsdirektorinnen und des Arbeitsamtsdirektors bei weitem nicht den erwarteten Anklang.

Alle Arbeitsämter wollen aber auch weiterhin neue Wege für den Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie besonders für den Bereich von Fortbildung und Umschulung gehen. In der Diskussion mit den Gewerkschaftern wurde deutlich, daß jedwede Form von Qualifikation im beruflichen Leben für die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt von hoher Bedeutung ist. Um gerade bei jungen Menschen die Zeit der Arbeitslosigkeit zu verkürzen, sind Wege von ABM und Fortbildung oder Umschulung in Kombination gangbar. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß keinerlei Appelle Arbeitsplätze schaffen, sondern nur Anreize für Unternehmen, Arbeitsplätze einzurichten, sinnvoll sind, muß die Arbeitsverwaltung den Weg des Angebotes eines ganzen "Straußes" von kombinierten Maßnahmen gehen.

Insbesondere aber die neue Form der freien Verfügung für örtlich "angepasste" aktive Arbeitsmaßnahmen werden von den drei Arbeitsämtern in unterschiedliche Intensität aber allemal über dem Bundesdurchschnitt stark benutzt.

In der abschließenden Diskussion wurden die Problembereiche der Teilzeit, der geringfügigen Beschäftigung sowie der Jugendarbeitslosigkeit ausgiebig diskutiert.

VIII. Pressemitteilung vom 05.11.1999: DGB empört über Debatte um künftigen Kölner Polizeipräsidenten

Der DGB-Kreisvorsitzende des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft, Konrad Gilges, MdB, sieht sich angesichts der anhaltenden Debatte um den künftigen Kölner Polizeipräsidenten zu folgender Stellungnahme veranlasst:

Eigentlich entspricht es guter Tradition, sich nicht in die Benennung der Position vom Polizeipräsidenten einzumischen, die in der alleinigen Verantwortung des Landesinnenministers liegt.

Dennoch ist Konrad Gilges sehr erstaunt, wie über einen so erfahrenen und bewährten Mann, wie Herrn Steffenhagen, der in der Vergangenheit bewiesen hat, dass er sowohl als Gewerkschaftsvorsitzender wie als Polizeipräsident ausgezeichnete Arbeit leistet, diskutiert und geredet wird. Der DGB weist die öffentliche Behandlung von Herrn Steffenha-

gen durch die Mehrheit im Rat der Stadt Köln entschieden zurück. Der DGB geht von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Herrn Steffenhagen aus.

Nicht zuletzt seine Fähigkeit, die Anliegen der Arbeitnehmer wirkungsvoll in sein Handeln einzubeziehen, belegt seine Qualifikation.

Der DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft ist allerdings schockiert, dass diejenigen, die sonst gegen parteipolitischen Postenschacher - wie Herr Bietmann - aufschreien, nun sich selber daran weidlich beteiligen.

Sowohl der DGB-Kreisvorsitzende als auch der gesamte DGB-Kreis Köln-Leverkusen-Erft hält jeden derzeit im Gespräch befindlichen Kandidaten für geeignet und respektabel, die Aufgaben des Polizeipräsidenten in Köln erfüllen zu können.

IX. Erklärung des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft zu den Vorstellungen der Privatisierungskommission der Kölner CDU vom 10.12.1999

Als völlig überzogen und in der Sache nicht gerechtfertigt bezeichnet der DGB Kreis Köln-Leverkusen-Erft die bekannt gewordenen Pläne der Kölner CDU zur Privatisierung.

Wie wohl niemand einer weiteren hohen Verschuldung der Stadt zustimmen kann, so ist aber auch die schuldenfreie Stadt Köln kein unbedingt anzustrebendes Ziel. Dafür aber nun auch noch das öffentliche Tafelsilber zu verscherbeln, wird der Finanzlage der Stadt Köln überhaupt nicht gerecht.

Dabei verweigert sich der DGB mitnichten der Erkenntnis, dass die öffentliche Verwaltung ebenso wie der öffentliche Besitz in kommunaler Hand anders geordnet werden kann. Wer aber nur das Heil in der Privatisierung sieht und keine anderen Vorschläge macht, liegt bei der "Fitmachung" der Stadt Köln für die Zukunft voll daneben. Was sich so schön unter der Floskel Privatisierung versteckt, ist eine groß angelegte Umverteilung öffentlichen Vermögens in private Hände.

Der DGB kann dem auf keinen Fall tatenlos zusehen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in ihrer überwältigenden Zahl in der Stadt Köln auf eine aktiv handelnde Stadt mehr angewiesen, als diejenigen, die sich nun des öffentlichen Vermögens bemächtigen sollen. Wie die verschiedenen Vorschläge zeigen, geht es bei der Privatisierung in erster Linie nicht um eine breite Streuung des öffentlichen Besitzes, sondern die bewusste Lenkung der Kapitalien in die Hände einiger weniger Investoren. Mit einem solchen Vorhaben vernachlässigt die CDU in Köln nachhaltig ihre Verpflichtung zur Daseinsvorsorge für alle Bürger. So ist z.B. der größere Besitz an öffentlichen Wohnungen in Köln wohlthuend für den Mietspiegel im Verhältnis zu vergleichbaren Großstädten wie z.B. München. Vor diesem Hintergrund warnt der DGB eindringlich die CDU, die Schritte ihrer Privatisie-

rungskommission nachzuvollziehen. Nicht zuletzt die Politik der sozialen Marktwirtschaft verlangt eine starke - d.h. auch vermögende - Stadt. Eine Stadt im Kleide des Nachwächterstaates wäre für die Allgemeinheit nicht erträglich.

Daher sagt der DGB in Köln diesen bekannt gewordenen Privatisierungsplänen in aller Entschiedenheit den erbitterten Widerstand an. Gleichzeitig bringt der DGB aber auch die Hoffnung zum Ausdruck, dass man bei der "neuen Mehrheit" im Rat zur Besinnung kommt und zu gemeinsamen vertretbaren vernünftigen Lösungen gelangt.

X. Pressemitteilung vom 26.06.2001: DGB lehnt Verkauf der Wohnungen von GAG und Grubo strikt ab.

Auf seiner Sitzung vom 25.06.2001 hat sich der Vorstand des DGB-Kreises/Region Köln, Leverkusen, Erft mit dem möglichen Verkauf der Wohnungen von GAG und Grubo durch die Ratsmehrheit von CDU und FDP beschäftigt. Der Vorstand des DGB-Kreises/Region Köln, Leverkusen Erft lehnt dieses Vorhaben strikt und kategorisch ab und unterstützt aktiv alle Maßnahmen, die Widerstand dagegen beinhalten.

Es wird in Kürze ein gemeinsames Gespräch zu dieser Thematik zwischen DGB, Mieterverein Köln und den Mieterbeiräten der GAG geben. Dort werden die weiteren Schritte beraten.

XI. Beschluss des Kreisvorstandes vom 25.06.2001 zum geplanten Verkauf der Wohnungen von GAG und Grubo

Mit großer Sorge und auch Verärgerung nimmt der Vorstand des DGB-Kreises/Region Köln, Leverkusen, Erft die Absicht der CDU und FDP-Fraktion im Rate der Stadt Köln zur Kenntnis, den gesamten Wohnungsbestand von GAG und Grubo an die Immobiliengesellschaft der Stadtsparkasse zu verkaufen. Besonders aber die Absicht, den essentiellen Teil dieses Vorhabens im Wege der Dringlichkeitsentscheidungen im Rat abzuwickeln, befremdet den Vorstand des DGB doch sehr.

Der Vorstand des DGB-Kreises Köln, Leverkusen, Erft verlangt vor der Schaffung von vollendeten Tatsachen eine offene und öffentliche Debatte über den Sinn und Zweck eines solchen Vorhabens. Insbesondere muss in dieser Debatte die Sicherheit der Mieter, die in ihrer überwiegenden Mehrheit gleichzeitig Arbeitnehmer sind, thematisiert werden.

Der Vorstand des DGB-Kreises Köln, Leverkusen, Erft ist besorgt über die wohnungspolitische Wirkung einer solchen Maßnahme. Im Vergleich mit anderen Städten in der Bun-

desrepublik Deutschland ist der Kölner öffentliche Wohnungsbesitz ein Mitgarant für ein niedrigeres Mietniveau.

Geht dieser öffentliche, gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsbesitz verloren, so ist am Beispiel vergleichbarer Kommunen – exemplarisch seien hier München und Frankfurt/Main genannt - überall abzulesen, dass das Mietniveau deutlich ansteigt.

Der Vorstand des DGB-Kreises/Region Köln, Leverkusen, Erft wird alle Möglichkeiten des Protestes und Widerspruchs gegen diese mieterfeindliche Politik unterstützen. An einem möglichen Bürgerentscheid gem. Gemeindeordnung NRW wird er sich in einem ersten Schritt aktiv beteiligen.

XII. Erklärung des Kreisvorstandes zur Diskussion über längere Ladenöffnungszeiten vom 26.08.1999

Der Vorstand des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft hat sich auf seiner Sitzung am 23.08.1999 mit der derzeit laufenden Debatte zum Ladenschluss befasst.

Er sieht keine Veranlassung, von den derzeitigen Bestimmungen des Ladenschlussgesetzes abzurücken. Das derzeitige Ladenschlussgesetz wurde erst in der letzten Legislaturperiode des Deutschen Bundestage novelliert, um eine höhere Flexibilität zu erreichen. Die seinerzeitigen Erwartungen bezüglich der Schaffung neuer Arbeitsplätze wurden in keiner Weise erfüllt.

Mit Verwunderung nimmt der Vorstand des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft aber zur Kenntnis, dass immer wieder versucht wird, die Ladenöffnungszeiten auch angesichts der bestehenden Bestimmungen weiter zu öffnen. Dabei ist dem Bundespräsidenten Rau zuzustimmen, der noch einmal darauf hingewiesen hat, dass ein Gesetz eben ein Gesetz ist und nicht zur Beliebigkeit herab degradiert werden kann.

Kein Verständnis zeigt der Vorstand des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft durch die in anderen Orten praktizierten Rechtsbrüche durch die Kaufhauskonzerne. Der Vorstand beklagt dabei das mangelnde Unrechtsbewusstsein. Wer den Ladendiebstahl als Deliktstrafatbestand erhalten wissen möchte, soll von vorsätzlichem Rechtsbruch Abstand nehmen.

Dabei unterstützt der Vorstand des DGB-Kreises Köln-Leverkusen-Erft auch die Erklärung des Katholikenausschusses der Stadt Köln gegen die Kommerzialisierung der Sonntagskultur. Er verweist aber gleichzeitig darauf, dass nicht nur die Sonntagskultur erhalten bleiben soll, sondern auch die Gesetzkultur.

Besonders verweist der DGB-Kreisvorstand Köln-Leverkusen-Erft noch einmal auf den "Schutz" der Beschäftigten - überwiegend Frauen - im Einzelhandel. Bei einer Öffnung der Verkaufszeiten z.B. auch auf den Sonntag handelt es sich nicht - wie in anderen Berei-

chen - um eine soziale Arbeit, die im Dienste der Menschen notwendig ist. Es ist kein Grund ausfindig zu machen, 3 Mio. Beschäftigte nun auch noch erweitert zum Zwecke der Gewinnausweitung arbeiten zu lassen.

XIII. Pressemitteilung vom 25.04.2000: Der DGB ruft zur Teilnahme an der 1.-Mai-Kundgebung in Köln auf

Die Bedingungen für die Wirtschaft sind so gut wie lange nicht. Das Wachstum wird bei drei Prozent liegen. Die Produktivität steigt weiter. Davon müssen alle, auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, profitieren. Auch diejenigen, die noch ohne Arbeit sind. In allen Branchen und allen Altersstufen. Dies gilt in der Industrie genauso wie im öffentlichen Dienst.

Und jetzt wird über fehlende Spezialisten geklagt Diese Klage ist der eindrucksvolle Beleg für die falschen Entscheidungen der Arbeitgeber. Jetzt rächen sich die jahrelangen Versäumnisse in der Aus- und Weiterbildung. So lautet das Motto des diesjährigen 1. Mai: Jetzt aufbrechen: Für mehr Beschäftigung

Der DGB, der Bund der Gewerkschaften will das Eis brechen, um neuen Ideen und neuen Initiativen für mehr Beschäftigung zum Durchbruch zu verhelfen. Wer, wenn nicht wir?

Daher ruft der DGB alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Leverkusen zur Teilnahme an der zentralen Maikundgebung des DGB-Kreises Köln, Leverkusen, Erft auf dem Alter Markt in Köln auf.

XIV. Flugblatt

Fachkonferenz

für Betriebsratsarbeit in der Informations- und Telekommunikationsindustrie

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Öffentlichkeit herrscht der Eindruck vor, dass die Informations- und Telekommunikationsindustrie keine gesetzlich geschützte Interessenvertretung – sprich Betriebsrat – bedürfe. Die Praxis spricht dagegen. Um die Reform der Betriebsverfassung auch für den Bereich der Informations- und Telekommunikationsindustrie zu diskutieren, führt der DGB-Kreis Region Köln-Leverkusen-Erft diese Fachkonferenz durch:

***16. Mai 2001 um 18.00 Uhr im KOMED,
Raum 1 - 3 im MediaPark 6, 50670 Köln***

Einführung:

**Wie viel Mitbestimmung braucht die >Shareholder Value<-
Gesellschaft? Auswertung aktueller Studien**

Referent: **Dr. Klaus Dörre**
*Direktor des Forschungsinstitutes für
Arbeiterbildung / Universität Bochum*

**Arbeitnehmer brauchen mehr als >Aktienoptionen<
Mitbestimmungserfordernisse in IT-Berufen**

Referent: **Dipl. Ing. Dieter Scheitor**
Teamleiter IT-Industrie beim Vorstand der IG Metall

Praxisberichte von Betriebsräten aus IT-Betrieben

Moderation: **Dr. Witich Rossmann**
IG Metall Köln

XV. Gemeinsames Positionspapier mit Arbeitgebern Köln

Fit für Ausbildung und Beruf - Die Qualifikationen von Schulabgängern verbessern

Viele Betriebe klagen darüber, dass die Bewerber/-innen häufig nicht die gewünschten Qualifikationen aufweisen. Zum Teil können dadurch Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Defizite bestehen sowohl bei den fachlichen als auch fächerübergreifenden und sozialen Kompetenzen. Dies ist nicht beschränkt auf Bewerber bestimmter Schulformen oder –abschlüsse.

Die Gemeinschaft ARBEITGEBER KÖLN und der Deutsche Gewerkschaftsbund Kreis Region Köln – Leverkusen – Erft halten dies für ein gesamtgesellschaftliches Problem mit vielfältigen Ursachen, zu dessen Lösung sie beitragen wollen. Beide Organisationen wollen mithelfen,

- die Ausbildungsbereitschaft der Jugendlichen wie der Betriebe zu sichern und zu erhöhen
- die Qualität der Schulabgänger zu steigern
- die Übergangsberatung und Nachqualifizierung zu optimieren
- die Qualität der Ausbildung zu sichern.

ARBEITGEBER KÖLN und DGB Köln verweisen zudem darauf, dass es an Schulen auch in Köln bereits zahlreiche erfolgreiche Modellversuche – meist Kooperationen mit anderen Trägern - gibt, um Jugendliche intensiv auf die Arbeitswelt vorzubereiten und die bestehenden Defizite zu mindern oder gar zu beseitigen. Diese Erfahrungen müssen stärker als bisher genutzt werden, wofür keine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen notwendig ist. Veranstaltungen wie z.B. das „Forum Hauptschule,“ können hilfreich sein. Hierbei fordern ARBEITGEBER KÖLN und DGB Köln, dass Schulen von Schulen lernen, auch von Schulen anderer Schulformen.

ARBEITGEBER KÖLN und DGB Köln bieten ihre Unterstützung an, folgende Kölner Modelle an weiteren Schulen aller Schulformen einzusetzen:

Verbesserung der fachlichen Qualifikationen

Schwerpunkte müssen die Kernfächer Deutsch und Mathematik sein. Umfassende sprachliche Fähigkeiten sind die Grundvoraussetzung für Lernerfolge in vielen anderen Fächern ebenso wie für die Entwicklung einer angemessenen Medienkompetenz und die Bewältigung der kommunikativen Ansprüche in unserer Gesellschaft. Dies trifft insbesondere, aber nicht ausschließlich, auf die Zielgruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu; hierbei sehen die ARBEITGEBER KÖLN und der DGB Köln erheblichen Handlungsbedarf.

Die neu entwickelten Konzepte zum Thema „Arbeitssprache Deutsch“, insbesondere die inzwischen vergriffene CD-ROM „Fit für Deutsch“ sollten in den Schulen und Weiterbildungseinrichtungen effektiv umgesetzt werden. Die CD „Fit für Deutsch“ sollte weiterent-

wickelt und neu aufgelegt werden. Die bestehenden schulischen Qualitätszirkel Deutsch müssen mit diesen Materialien bekannt gemacht werden und deren schrittweise Einführung an den Schulen sorgfältig begleiten.

Dabei sollten die Erfahrungen aus dem Projekt „Integrierte Sprachförderung“ (Arbeitsamt/Tageskolleg) mit seinem fächerübergreifenden Ansatz genutzt werden. Dieses Projekt beinhaltet einerseits Konzepte zur Visualisierung und zur räumlichen Wahrnehmung, andererseits handlungsorientierte und medienorientierte Unterrichtssequenzen. Sein Einsatz im Mathematikunterricht hat insbesondere bei bildungsbenachteiligten Jugendlichen überraschende Erfolge gebracht und deren Ausbildungsfähigkeit deutlich verbessert. Auch dieses Projekt sollte weiterentwickelt werden.

Im Rahmen der Lehrerfortbildung sollten diese Konzepte mit Hilfen zur Praxis vorgestellt und Anleitungen zur Umsetzung dieser Methoden konkret vor Ort gegeben werden.

Projektorientierte Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben

In Köln bestehen zahlreiche kooperative Projekte, auf deren Erfolge und Konzepte verwiesen werden kann:

- Jahrespraktikum
- Trans-Job und KURS bzw. KIS
- Handwerkslernen/Schulwerkstatt
- Wegeplaner
- Job-Coaching
- FIT (Frauen in technischen Berufen)
- JUNIOR
- Treffpunkt Ausbildung des Arbeitsamtes Köln.

Diese Projekte zur arbeitsweltbezogenen Praxisorientierung haben einen besonderen Erfolg beim Transfer des schulischen Wissens. Schülerinnen und Schüler erleben intensiver als beim Schülerbetriebspraktikum, dass schulisches Lernen nicht Selbstzweck ist, sondern Grundvoraussetzung für Ausbildung und Arbeit im Unternehmen. Dies fördert häufig die Motivation zum Lernen. Gleichzeitig wird die Berufswahlorientierung, die in manchen Schulformen immer noch vernachlässigt wird, erheblich verbessert. Zudem wird durch das entstehende persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Schulen und Betrieben die Vermittlung Lernschwächerer erleichtert. Nebeneffekt bei solchen Projekten ist zudem, dass in besonderem Maße die fächerübergreifenden und die sozialen Kompetenzen der Jugendlichen gefördert werden.

Für alle Projekttypen gilt, dass die daran Beteiligten sich regelmäßig austauschen; durch die aus unterschiedlichen Gesichtspunkten gewonnenen Erfahrungen können inhaltliche Verbesserungen in die Projekte einfließen. Zugleich ist dies ein Ansatz, die ökonomische Bildung der Jugendlichen zu fördern. Letztendlich sollten Methoden wie z.B. die projektorientierte Zusammenarbeit bereits Bestandteil der Lehrerausbildung sein.

Lehrerfortbildung

Die sich ständig wandelnde Arbeitswelt mit neuen Berufen, neuen Organisationen und neuen Techniken macht es erforderlich, dass sich Lehrerinnen und Lehrer eingehend über diese Veränderungen informieren. Dies gilt in besonderem Maße für Lehrerinnen und Lehrer, die mit der Berufswahlvorbereitung und der Durchführung der Betriebspraktika beauftragt sind. Zugleich sind Lehrerinnen und Lehrer, die mathematisch-naturwissenschaftliche oder gesellschaftspolitisch relevante Fächer unterrichten, aufgefordert, gleichfalls das bestehende Weiterbildungsangebot intensiv zu nutzen.

Hierbei ist insbesondere auf die von den Arbeitgeberverbänden eingerichteten Arbeitskreise Schule/Wirtschaft sowie den Arbeitskreis Schule/Gewerkschaft der GEW zu verweisen. Sie vermitteln schwerpunktmäßig durch betriebliche Erkundungen und Gespräche mit Betriebsmitarbeitern ein reales Bild der Arbeitswelt. Bei entsprechendem Bedarf ließe sich das Angebot problemlos deutlich ausweiten.

Eine gleichfalls noch zu selten genutzte Weiterbildungsmaßnahme ist das vom Schulamt für die Stadt Köln angebotene Lehrerbetriebspraktikum. Lehrerinnen und Lehrer werden aufgefordert, sich hier stärker – ggf. auch in der unterrichtsfreien Zeit – zu engagieren. Dabei sollte nicht, wie dies überwiegend geschieht, den persönlichen Interessen Vorrang gegeben werden (z.B. Elektro- oder Schreinerhandwerk); die Praktika sollten in den Betrieben durchgeführt werden, in denen auch die Schülerinnen und Schüler ihre Betriebspraktika absolvieren.

Nutzung der neuen Medien für den Bereich Übergang Schule/Beruf

Hier gilt es, zwei verschiedene Entwicklungen zu integrieren:

- Nutzung der Medien als Lerninstrument, was in den Schulen dominiert
- Einsatz der Medien als Instrument der Informationsbeschaffung und Berufsorientierung, was bisher maßgeblich außerschulischen Einrichtungen vorbehalten ist.

Beide Nutzungsarten sollten verschmolzen werden, um sicher zu stellen, dass die neuen Medien auch in der schulischen Berufsorientierung und zur Vorbereitung des Übergangs Schule/Beruf genutzt werden. Auch hierzu gibt es erfolgreiche Projekte.

Die hiermit gewonnenen Erfahrungen sollten konzentriert an weiteren Pilotprojektstandorten vertieft und gebündelt werden z.B. in dem regionalen Projektverbund „Berufsorientierung regional“. Auf diese Weise soll ein Informationspool entstehen, der für alle Beteiligten – Jugendliche, Schulen, Betriebe, Beratungseinrichtungen – zur Verfügung steht und zugleich den kommunikativen Austausch ermöglicht bis hin zur Erweiterung der Medienkompetenz von Jugendlichen, denen so auch die Frage der Ausbildung lebenspraktisch vor Augen geführt wird. Dies setzt natürlich voraus, dass Schulen über ISDN-Anschlüsse und Internet-Zugang sowie genügend Hard- und Software verfügen.

Elternarbeit und Einbeziehung von Ehrenamtlichen

Die Verbesserung der Qualifikationen und des Berufswahlverhaltens von Schulabgängern ist ohne Einbeziehung der Eltern kaum denkbar. Dabei herrscht in den Schulen der Eindruck vor, dass das Engagement der Eltern in den letzten Jahren eher gesunken ist. Dieser Trend muss umgekehrt werden. Vor diesem Hintergrund müssen neue Konzepte für eine systematische und wirkungsvolle Elternarbeit erarbeitet werden. Elternarbeit muss dabei als ein langfristiger und begleitender Prozess gesehen werden und darf sich nicht auf punktuelle Informationen beschränken. Hierbei sollten Schulen und ausbildende Unternehmen bzw. Maßnahmenanbieter eng zusammen arbeiten. Erste Maßnahmen zur Intensivierung der Elternarbeit können sein:

- Eltern und Schülern sind Möglichkeiten eines frühzeitigen Einstiegs in die Ausbildung sowie des damit verbundenen Aufstiegs nahe zu bringen, wie dies z.B. bei der CD-ROM „Einstieg zum Aufstieg“ geschieht.
- Das Ausbildungsangebot und die entsprechenden Berufsbilder sollten vor allem in den Berufen stärker als bisher den Eltern zugänglich gemacht werden, in denen tendenziell Nachwuchsmangel besteht. Im Vorfeld der Praktikumsplanung könnten Elternabende unter Einbeziehung der Berufsberater und von Vertretern aus den Unternehmen, die in Berufen mit Nachwuchsmangel ausbilden, abgehalten werden.
- Während des Praktikums könnten die Praktikumsbetriebe auch die Eltern einladen, um sie mit dem Unternehmen und dessen Ausbildung vertraut zu machen. Alternativ könnten auch „Tage der offenen Tür“ durchgeführt werden, zu denen gezielt die Eltern der Praktikanten des letzten Jahres eingeladen werden.
- Im Rahmen von Projektwochen sollen ausbildende Unternehmen mit eigenen Projekten einbezogen werden. Die Ergebnisse sind dann nicht nur den Mitschülerinnen und -schülern, sondern auch den Eltern vorzustellen. Es empfiehlt sich daher, solche Präsentationen an einem Samstag durchzuführen.
- Speziell in Bezug auf Migrantenkinder müssen die Lehrerinnen und Lehrer, die den muttersprachlichen Unterricht erteilen, bei der Elternarbeit wesentlich intensiver einbezogen werden. Hierzu zählt vor allem, dass die Lehrerinnen und Lehrer selber mit dem Berufsbildungssystem in Deutschland vertraut sind und in das Konzept der Berufswahlvorbereitung einbezogen werden. Hierbei kann aufgebaut werden auf die Erfahrungen der früheren BQN (Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte), der heutigen „Pro Qualifizierung“.

Schaffung kleinräumiger kooperativer Arbeitsstrukturen

Aus Sicht der ARBEITGEBER KÖLN und des DGB Köln ist es notwendig, die beschriebenen Maßnahmen und Projekte miteinander zu verzahnen. Dies sollte zu einem intensiven Erfahrungsaustausch einerseits auf Ebene der Stadtteile führen und könnte sich dabei an den kleinräumigen kooperativen Strukturen des Wegeplaner-Modells orientieren. Andererseits sollte aber auch eine regionale Koordinierung der Kooperationsverbände

einschließlich der hierzu notwendigen administrativen Arbeit – möglichst durch das Schulamt – erfolgen. Dies ist erfahrungsgemäß Voraussetzung und zugleich Grundlage für die Nachhaltigkeit dieser Entwicklung und sollte als besondere Dienstleistung für die Schulen vorgesehen werden [...]

XVI. Gemeinsam mit den Arbeitgebern Köln erarbeitete Beschlussvorschläge für den Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes Köln

Beschlussvorschlag: Aufteilung der Mittel des Eingliederungstitels 2001

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mit folgenden Änderungen zu:

1. Der Verwaltungsausschuss beschließt, dass der prozentuale Anteil beim Vorschlag für den Haushaltsvorschlag/Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 2001 von 21 % auf 20 % zurückgeführt wird. Der Betrag von 1 % wird als Reservebetrag eingesetzt und soll dazu dienen im Jahre 2001 aktuelle Probleme im Eingliederungstitel zu beheben. Die Entscheidung über die Verwendung des Betrag von 1 % soll spätestens bis Juni 2001 gefällt werden.
2. Wir schlagen vor, dass bei dem Titel Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Prioritäten soweit verändert werden, dass die Maßnahmen in der Förderung von nicht städtischen Trägern gegenüber dem städtischen Träger begünstigt werden.

Beschlussvorschlag: Beitrag zum Haushalt 2001

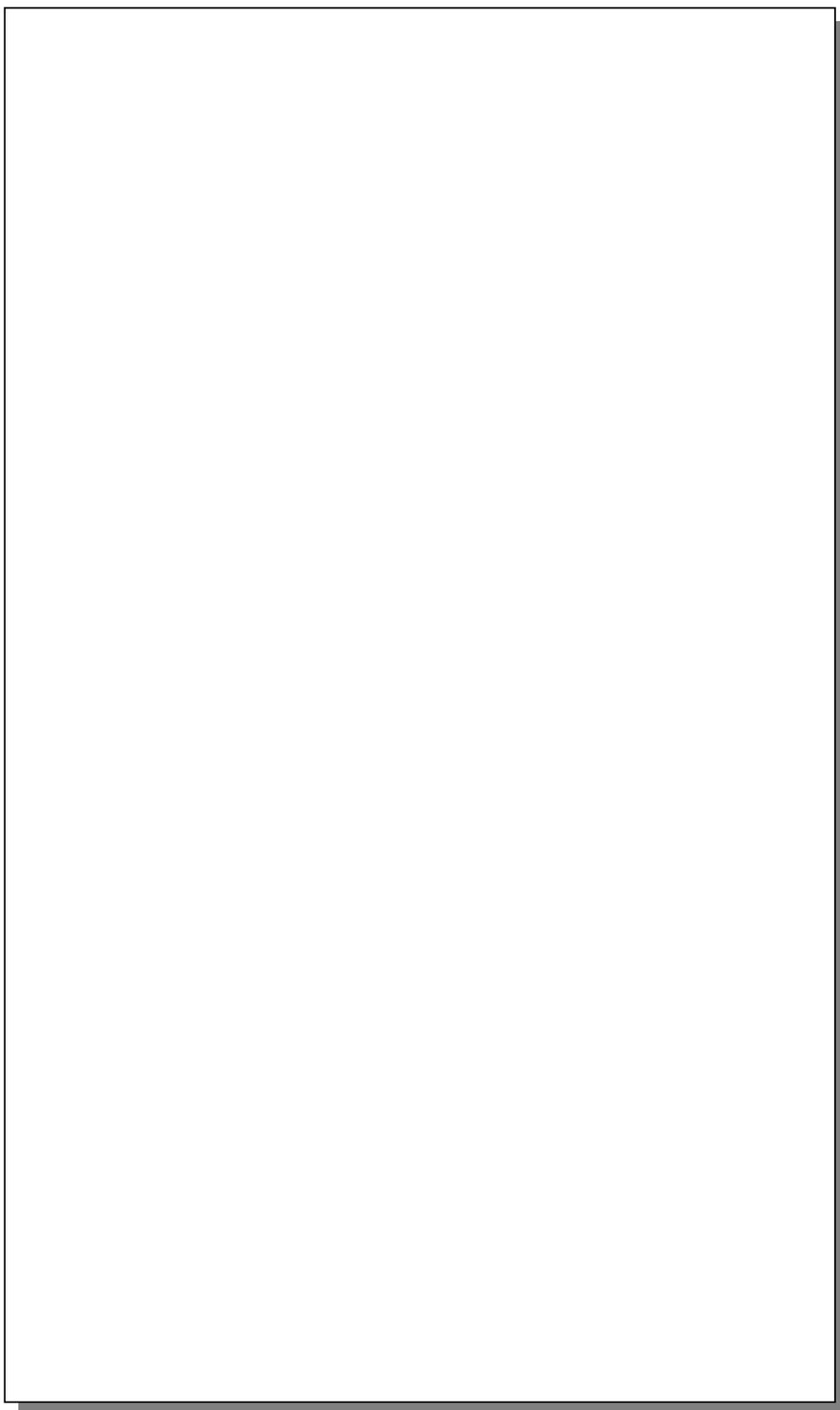
Der Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes Köln stimmt der Vorlage mit folgenden Anregungen zu:

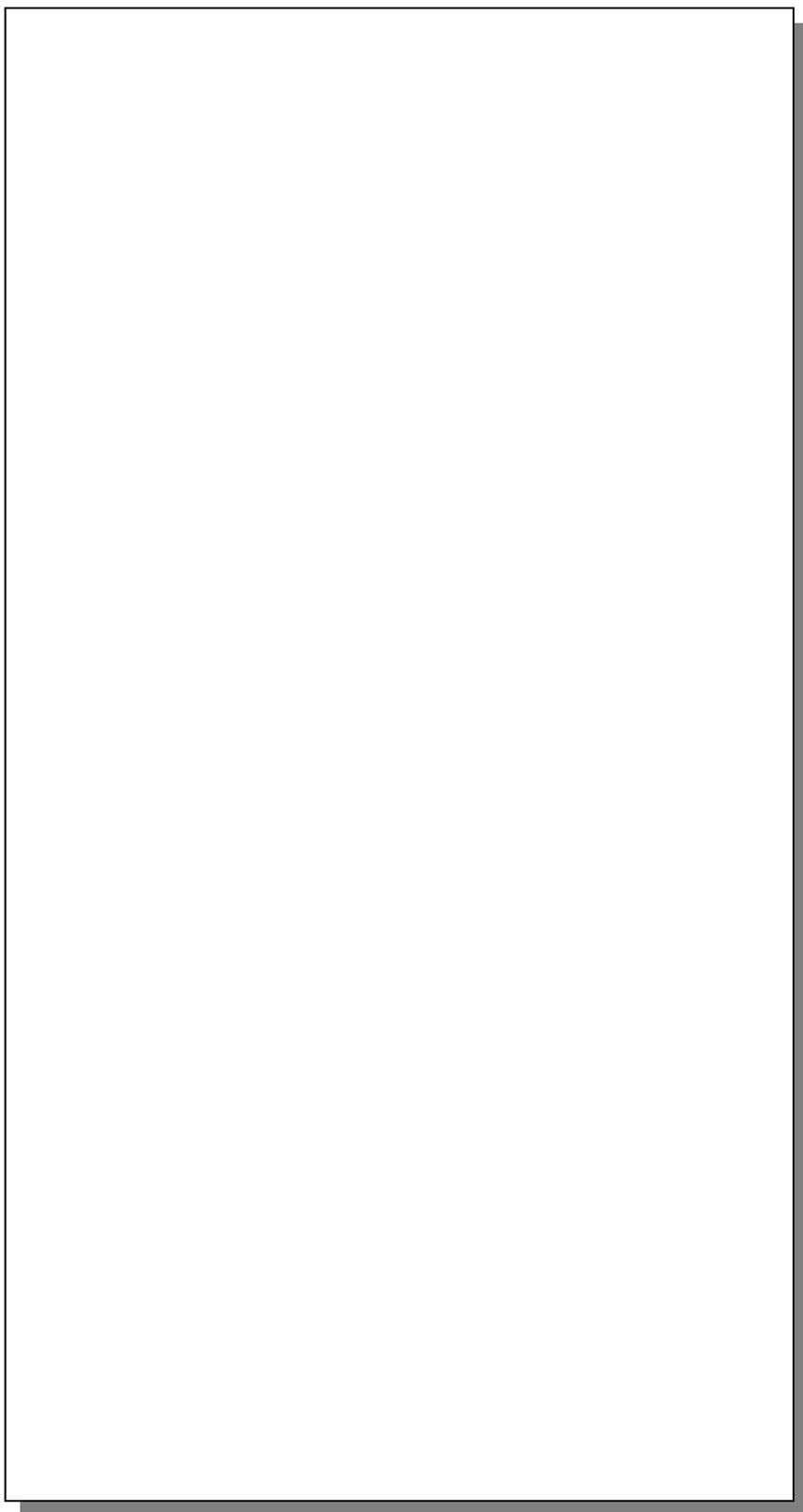
1. Der Verwaltungsausschuss ist der Meinung, dass trotz verbesserter Arbeitsmarktlage auf Grund der besonderen Situation im Arbeitsamtsbezirk Köln nach wie vor spezifische Angebote für un- und angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeboten werden müssen.
2. Die weitere Zuspitzung des Strukturwandels und der damit einhergehende Verlust von weiteren industriellen Arbeitsplätzen und der Zunahme von Arbeitsplätzen im Dienstleistungs- und Medienbereich erfordert einen erhöhten Einsatz von Maßnahmen im Bereich der Förderung der beruflichen Eingliederung. Dazu muss auch in Zukunft der Mittelansatz erhöht werden.

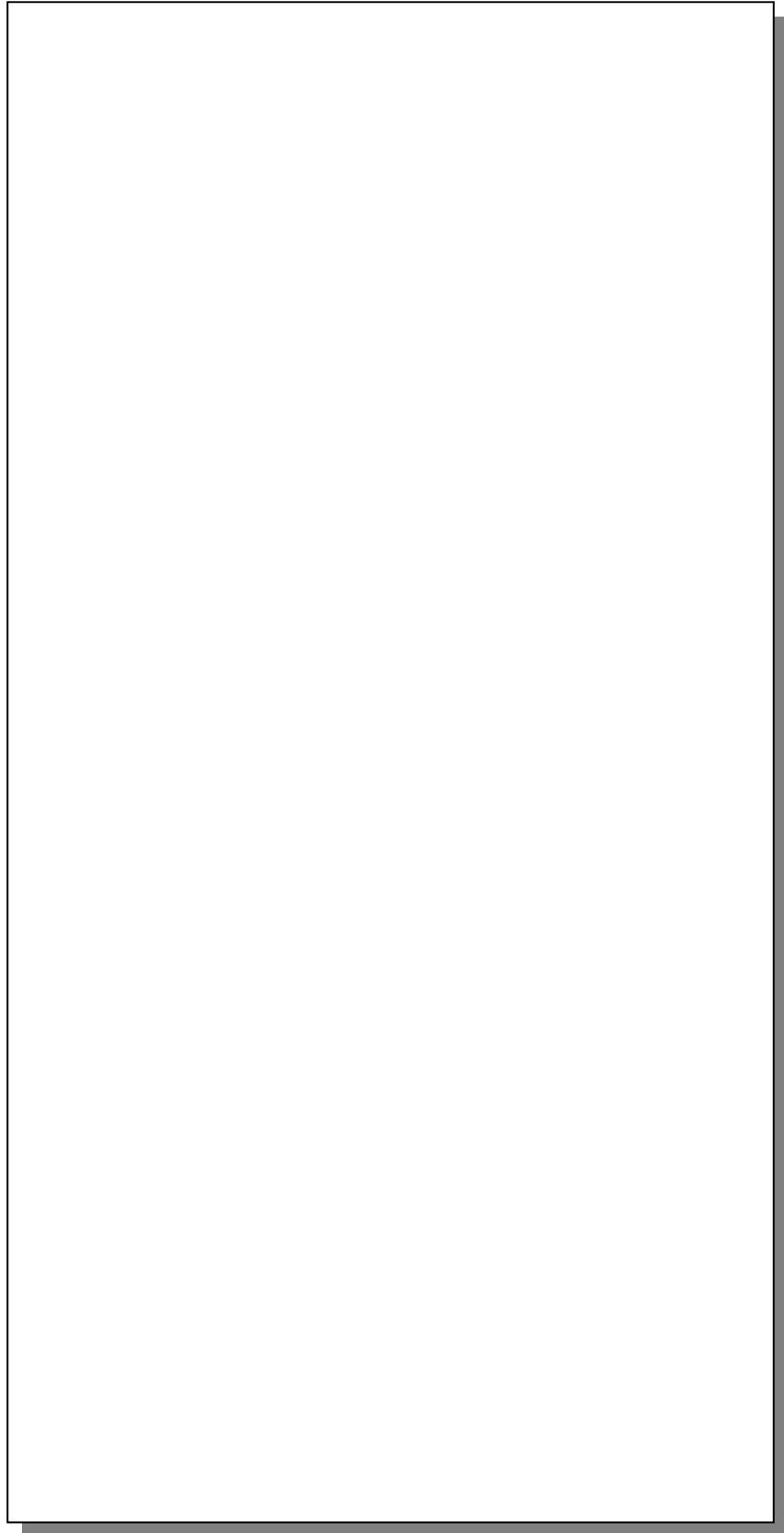
3. Der Verwaltungsausschuss ist der Auffassung, dass auch für den Haushalt 2001 Eingliederungsangebote für gelernte und ungelernete ältere Arbeitnehmer gefördert werden müssen.

4. Der Verwaltungsausschuss ist der Meinung, dass der Haushalt 2001 trotz Abbau von Arbeitslosigkeit in Köln auf gleicher Höhe wie im Jahre 2000 gehalten werden sollte, auch wenn dies tendenziell dazu führt, dass die Kosten pro Arbeitsloser steigen. Solange die spezielle Situation in Köln vorhanden ist, hält die Arbeitnehmerseite eine Zurückführung des Versicherungsbeitrages von 6,5 % nicht für sinnvoll. Wobei wir, die Arbeitnehmerseite davon ausgehen, dass der Versicherungsbeitrag von 6,5 % bei weiterer Besserung der Arbeitsmarktlage zur Disposition gestellt werden kann.

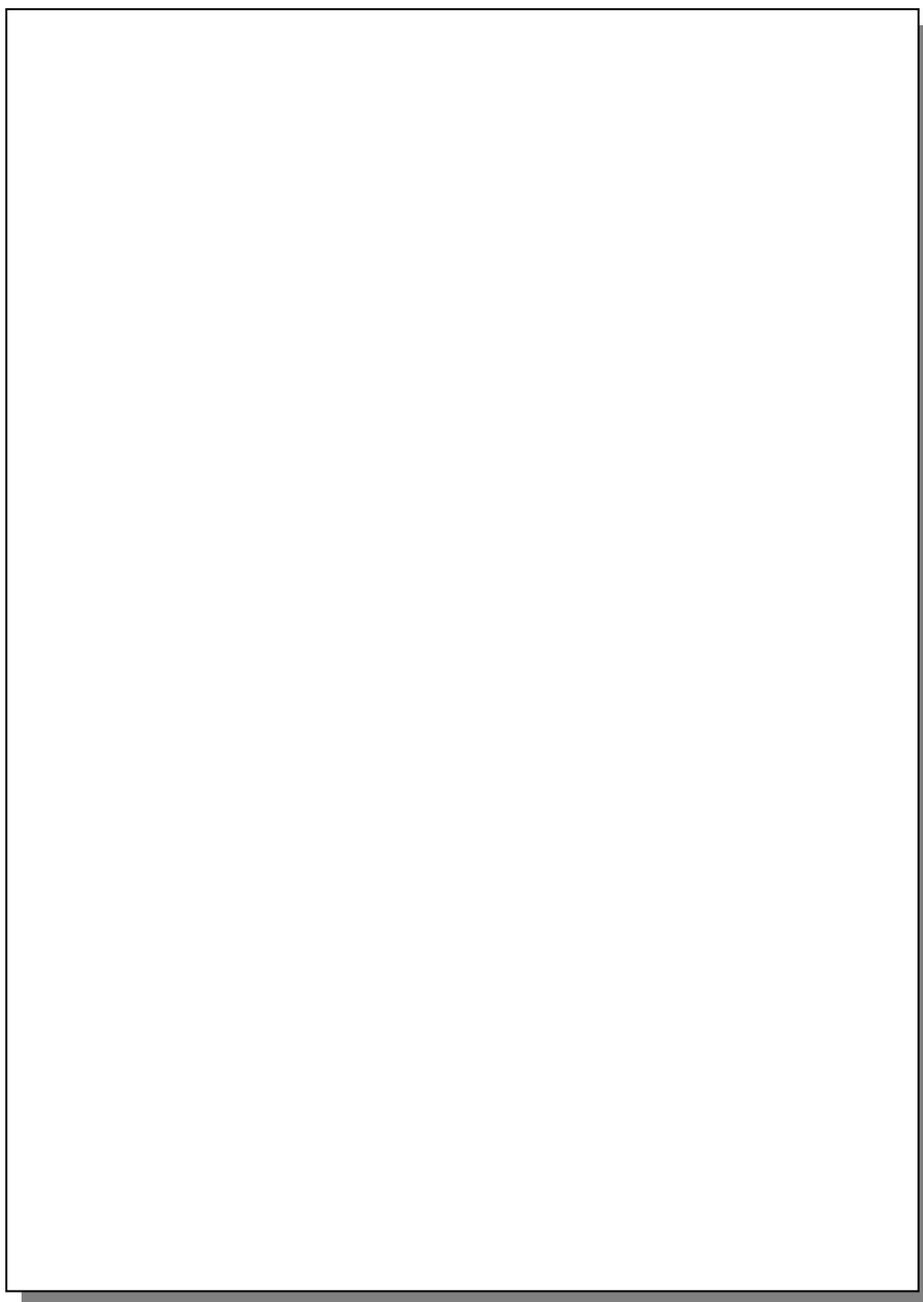
XVII. Flyer







Flyer: Betriebsrätekonferenz

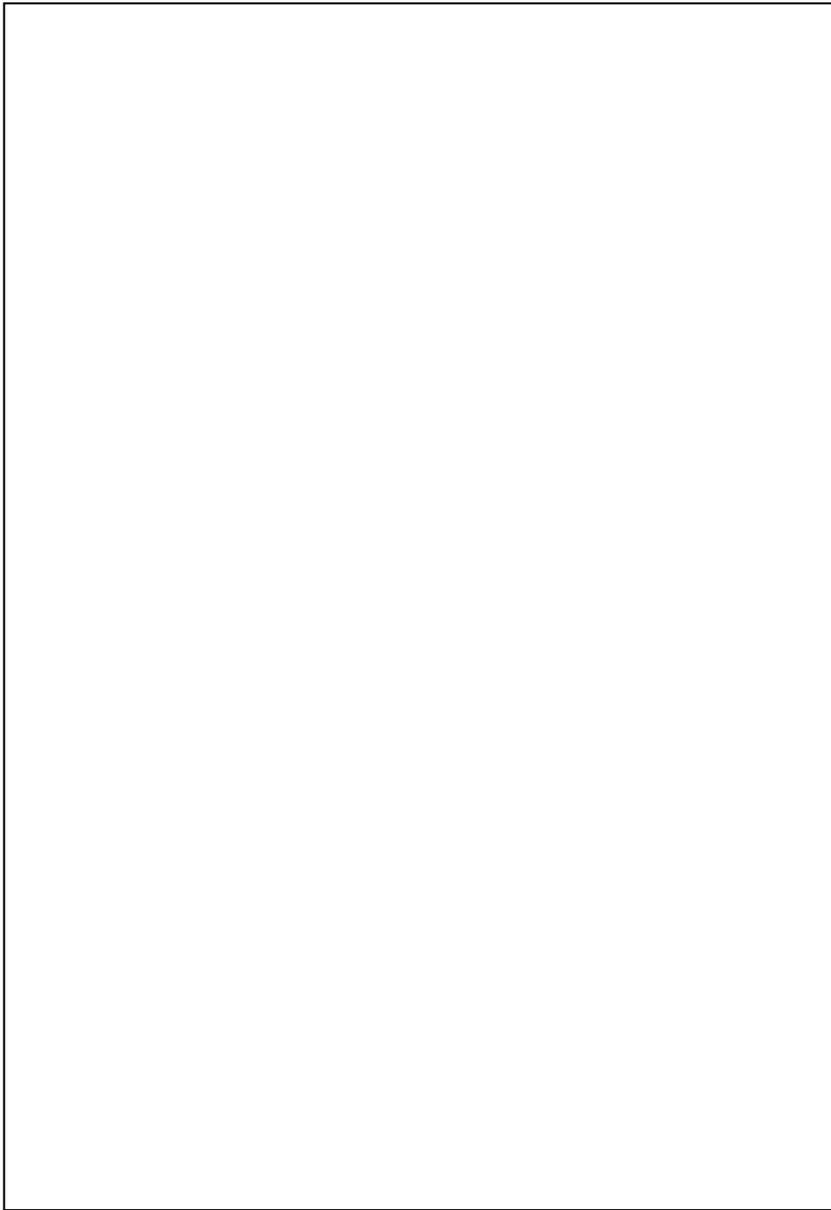


Mitbestimmungs-Kurier: Zeitung zum 1. Mai 2001, Format: A3

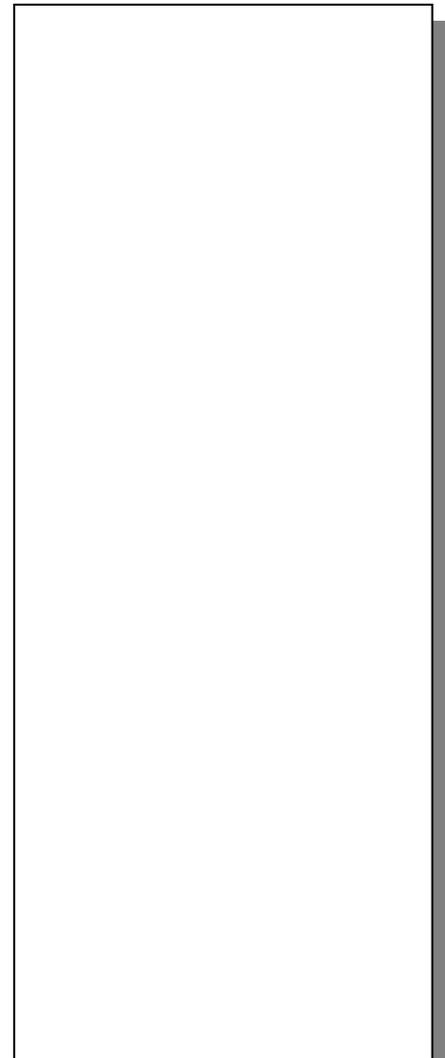
XVIII. Pressespiegel

Im folgenden haben wir eine kleine Auswahl an Presseauschnitten zusammengefasst.

Kampagne des DGB-Kreis Region Köln-Leverkusen-Erft zur Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes

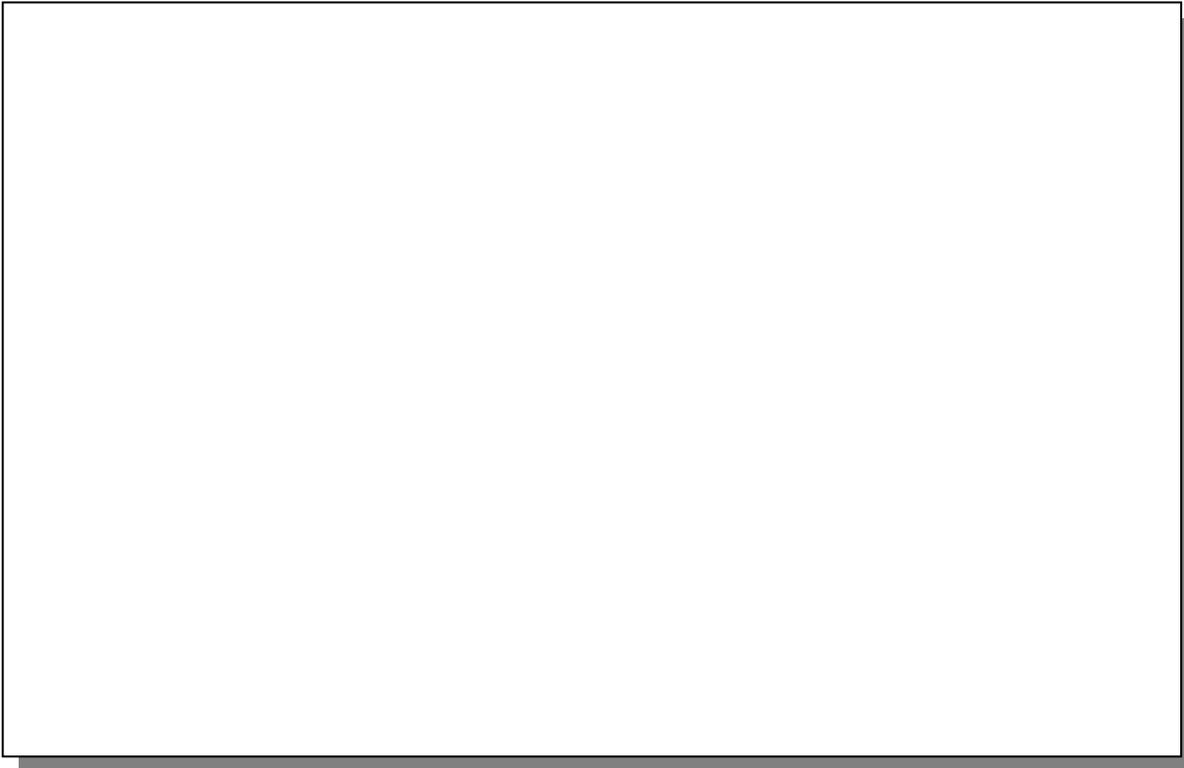


Kölner Rundschau, 01.02.2000



Kölner Stadt-Anzeiger, 01.02.2000

Positionspapier von Arbeitgebern Köln und DGB-Kreis Region Köln-Leverkusen-Erft „Fit für Ausbildung und Beruf“



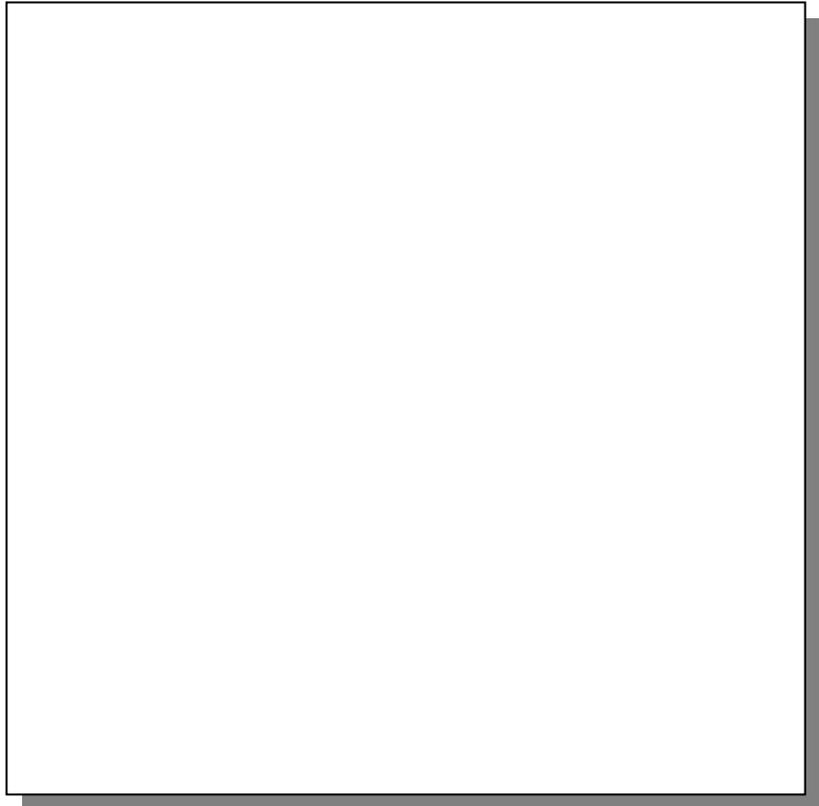
Kölner Rundschau, 22.11.2000



Kölner Rundschau, 07.11.2000

„Bündnis für Arbeit“ vor Ort

Kölner Rundschau,
30.01.1999

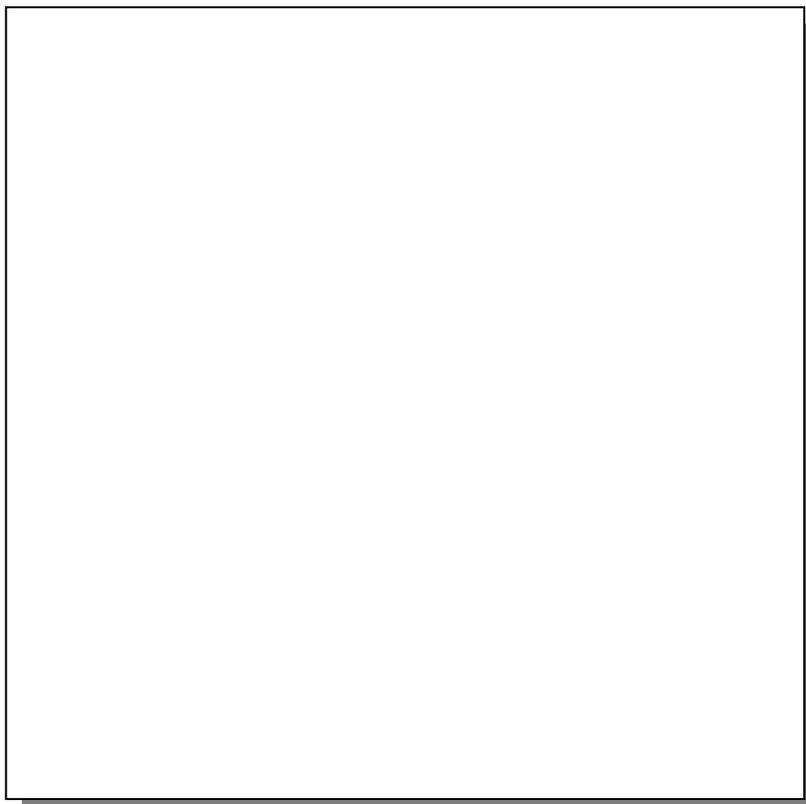


Kölner Rundschau,
29.04.1999



DGB-Stellungnahme zum Haushalt

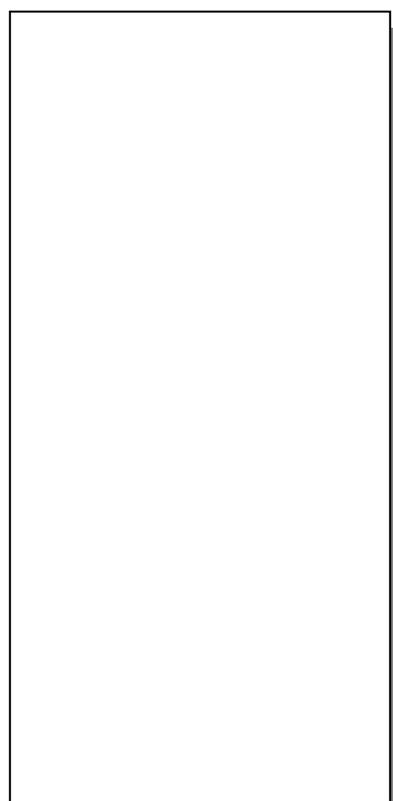
Kölner Stadt-Anzeiger,
29.01.1999



Zum öffentlichen Personennahverkehr



Kölner Rundschau, 01.04.1999

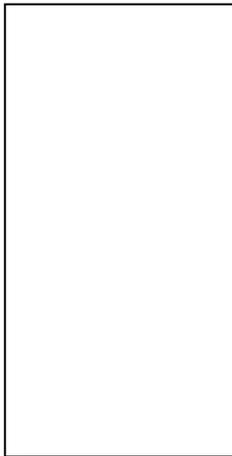


Kölner Stadt-Anzeiger, 07.04.1999

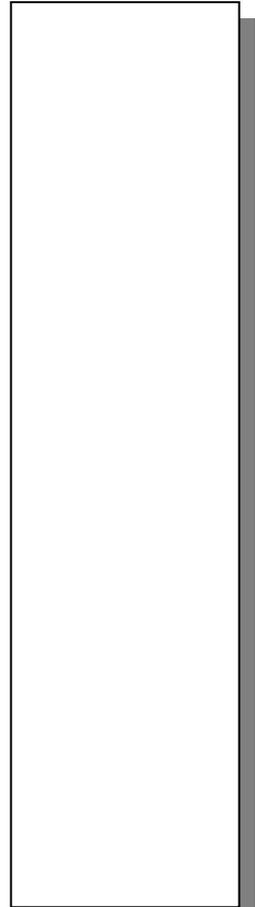
Zum Thema Privatisierung



Kölner Stadt-Anzeiger, 03.11.1999

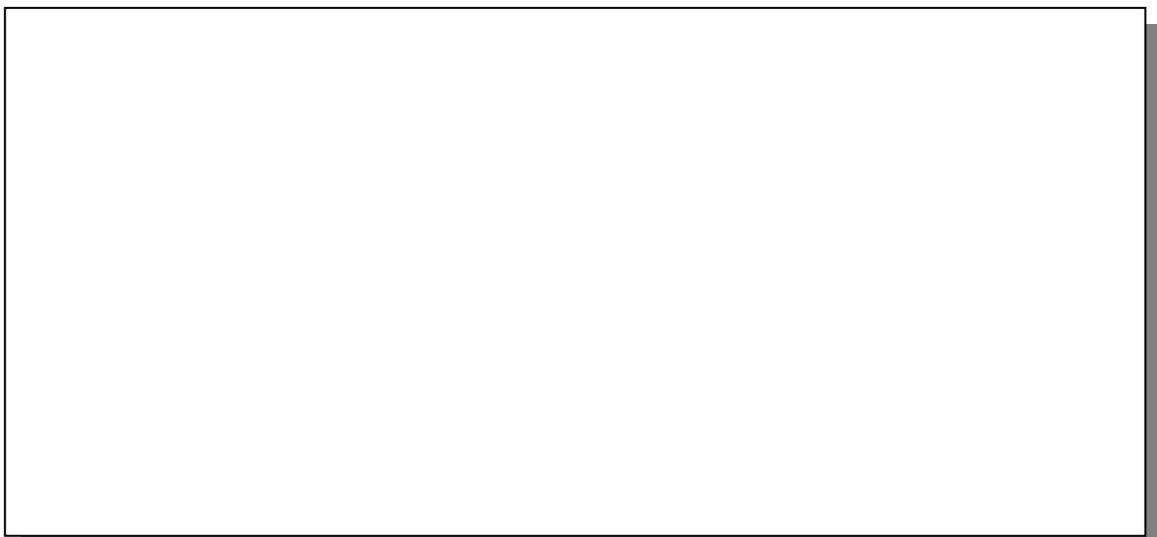


Kölner Rundschau,
13.12.1999



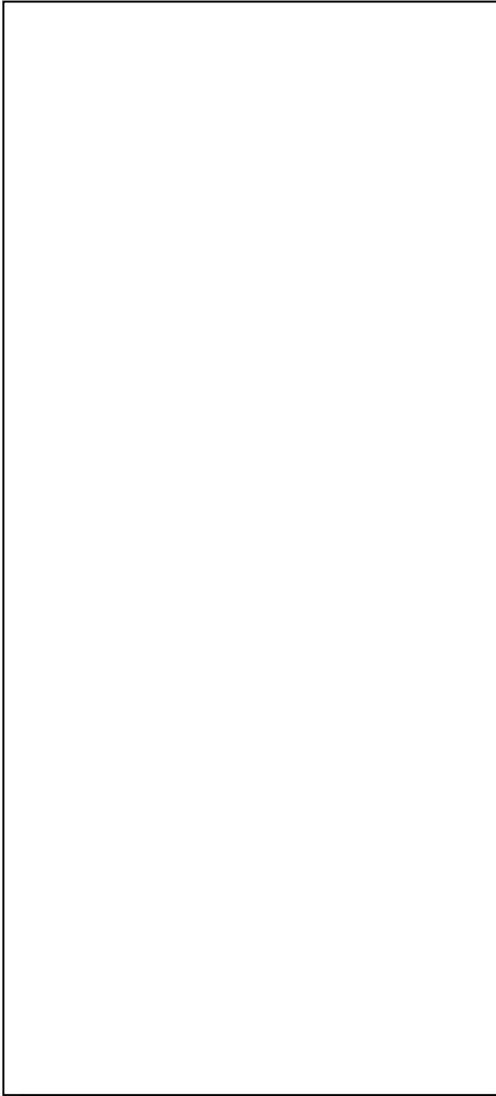
Kölner Stadt-Anzeiger,
11.12.1999

Express, 02.12.1999

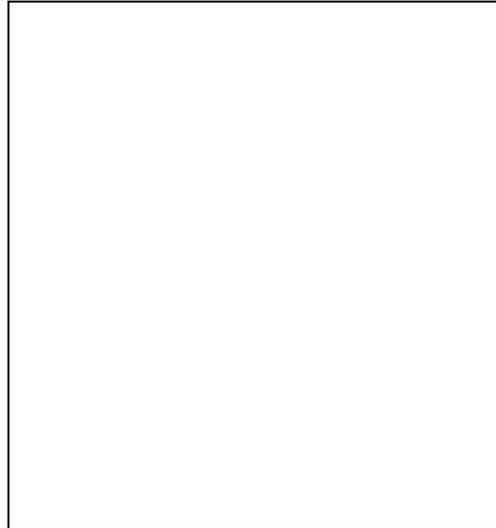


Kölner Stadt-Anzeiger, 27.06.2001

Demonstration gegen Rechts

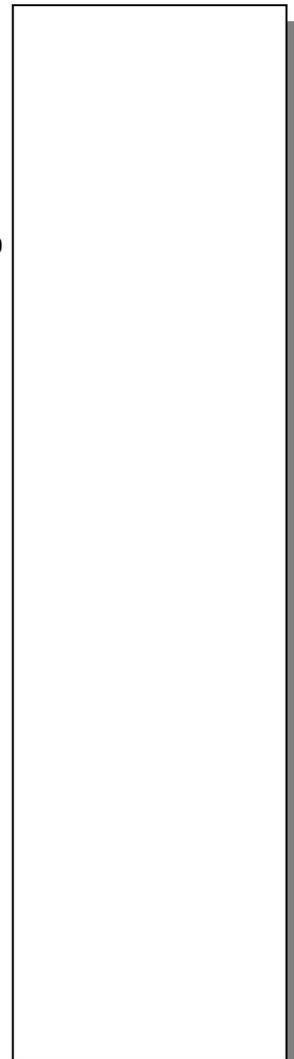


Kölner Stadt-Anzeiger, 29.11.2000



Kölnische Rundschau,
30.11.2000

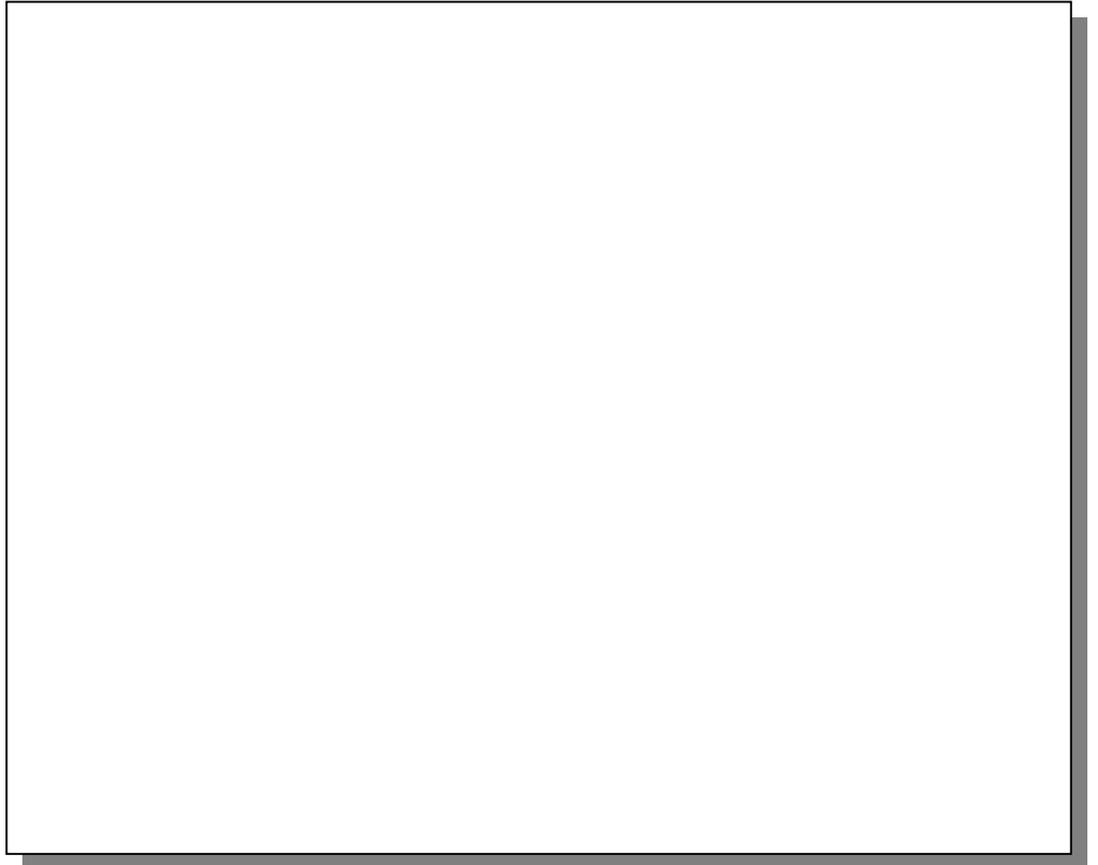
Kölner Rundschau
29.11.2000



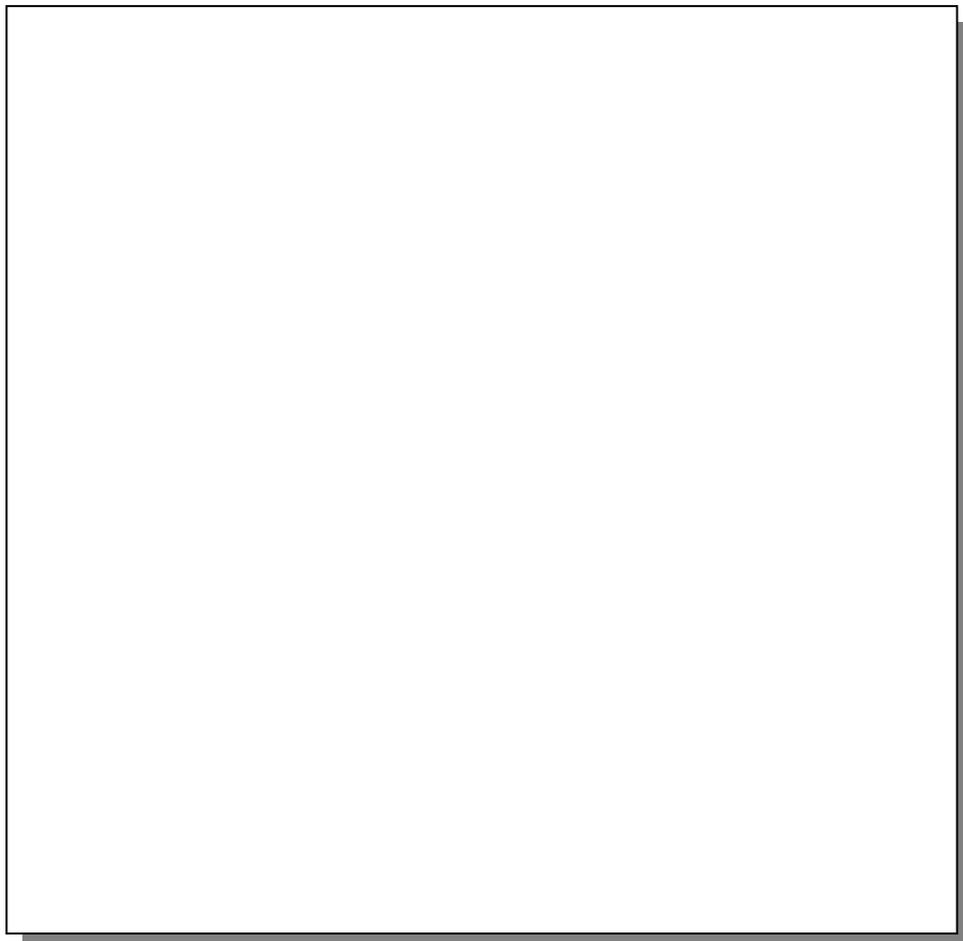
Kölnische Rundschau, 30.11.2000

1. Mai

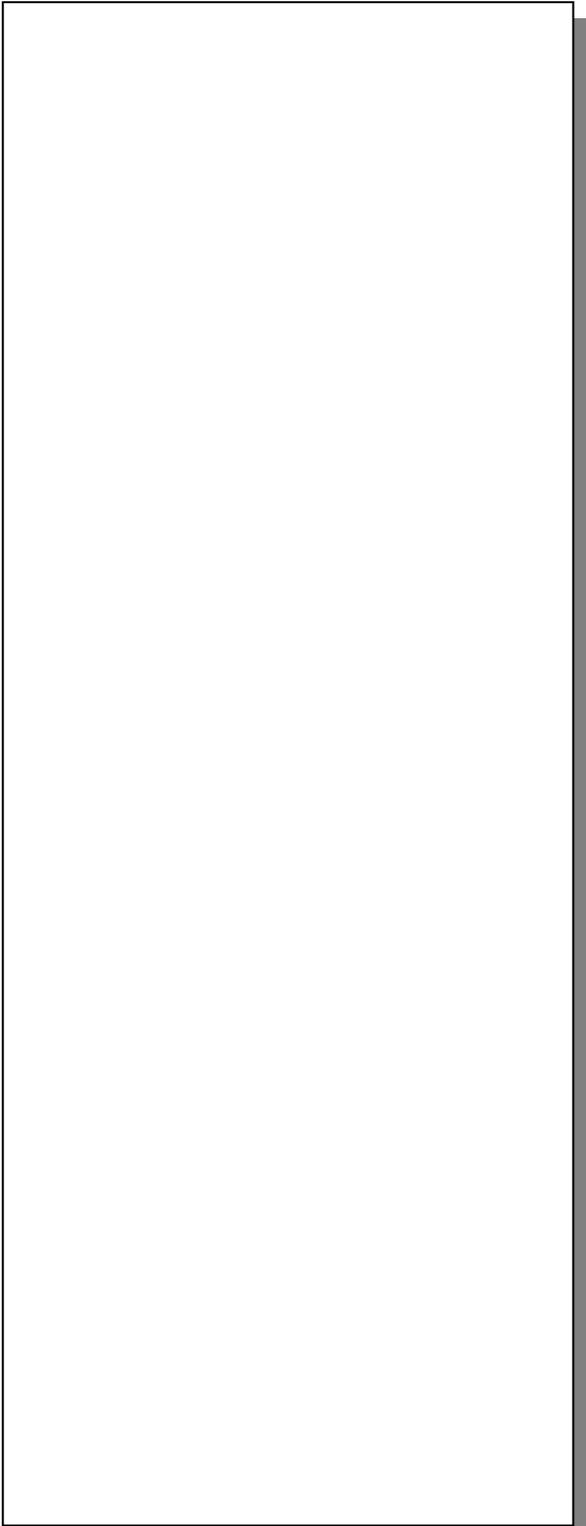
Kölnischer Stadt-Anzeiger, 27. 04. 1999



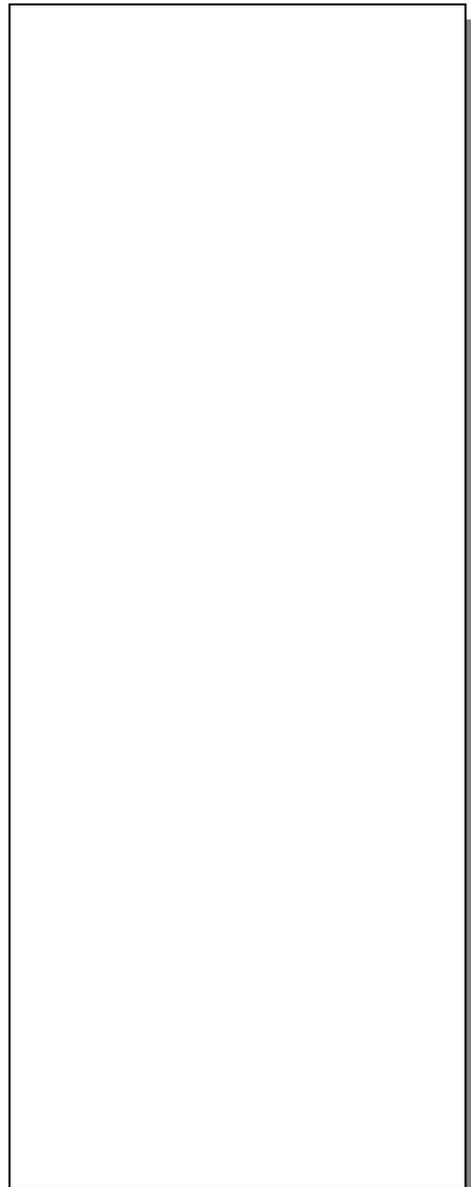
Kölnischer Stadt-Anzeiger, 02.05.2001



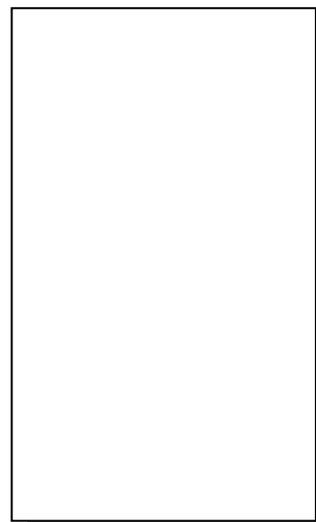
1. Mai



Frankfurter Rundschau, 05.05.2001

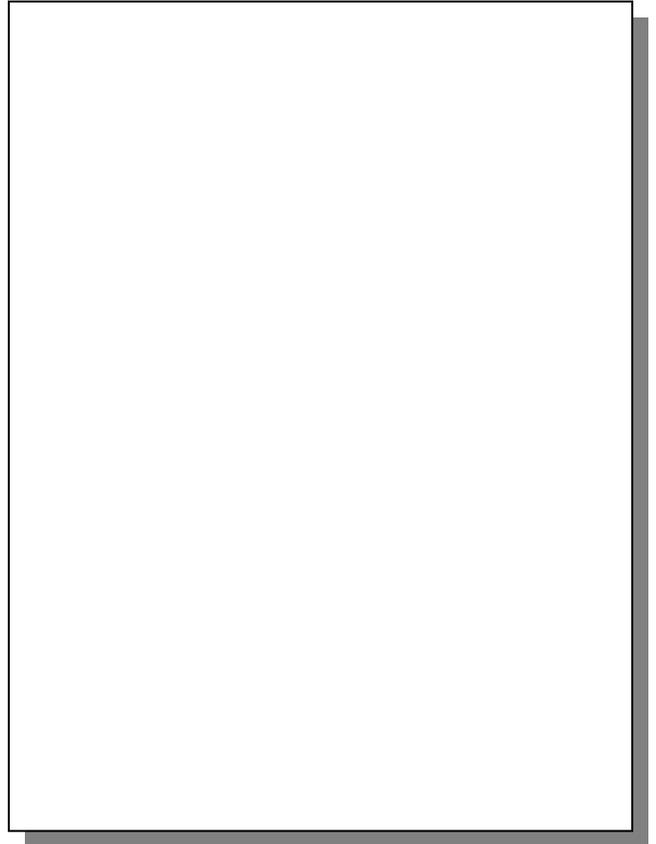


Bild, 02.05.2001

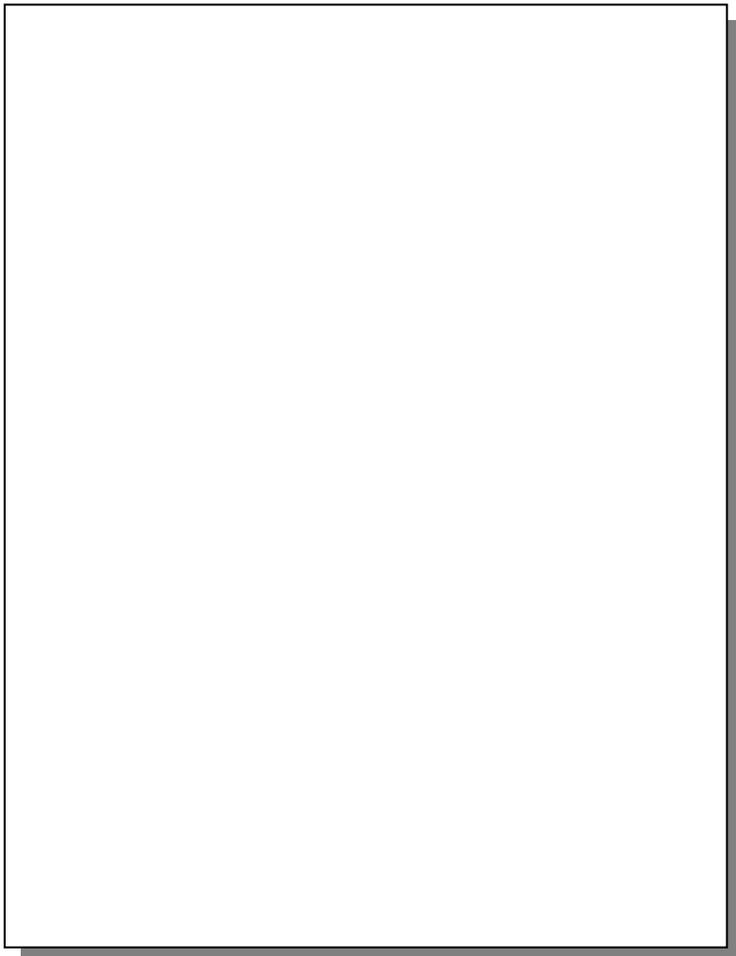


Kölner Stadt-Anzeiger, 20.04.2001

150 Jahre Märzrevolution

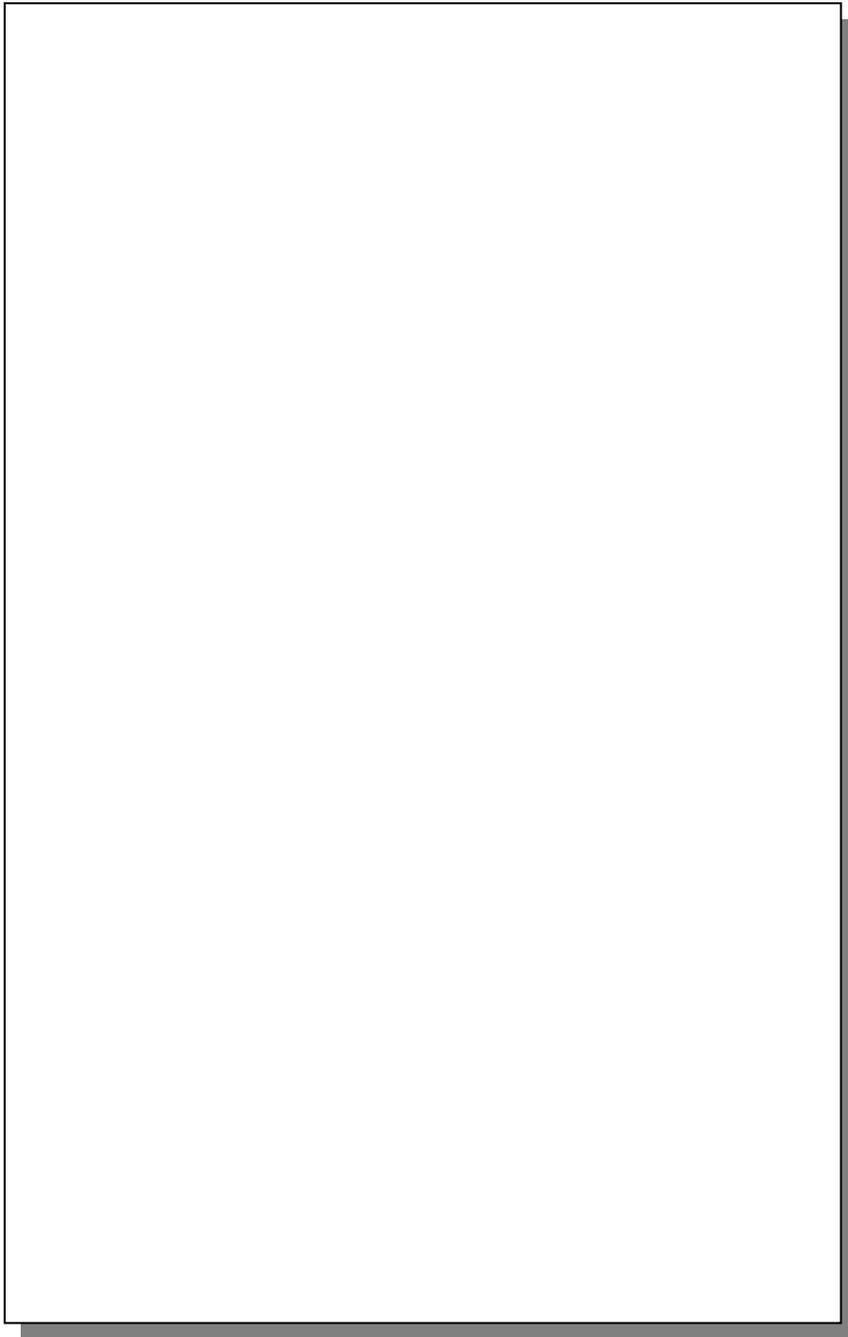


Kölner Stadt-Anzeiger, 17.04.1998



Kölner Rundschau, 17.04.1998

150 Jahre Märzrevolution



Einladung der DGB-Jugend Köln zu einem „Historischen Rundgang“

150 Jahre Märzrevolution



Gedenkfeier am Grabmal von Andreas Gottschalk



Fotos: Karin Bernhardt, Köln



DGB-Kreis Region Köln-Leverkusen-Erft
Hans-Böckler-Platz
50672 Köln

Tel: 0221 / 500032-0

Fax: 0221 / 500032-20

Mail: Köln@DGB.de